



Nr.50  
September  
III/2010

# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
beider Parteien

**DIE LINKE.**



## Editorial

Liebe LeserInnen,  
während diese Zeilen verfasst werden, bewegen gerade zwei grundlegende Umweltthemen Deutschland. - Nein, diesmal ist es nicht der Klimawandel an sich: Die Nachfolgetagung der so blamabel abgelaufenen Konferenz von Kopenhagen findet in Cancún (Mexiko) erst im Dezember statt. Wir haben uns aber trotzdem in dieser Ausgabe den Platz genommen, die Erklärung des Alternativgipfels in Cochabamba im Frühjahr abzu drucken (S. 7 ff.). Weil man kaum besser als hier dargelegt die ökologischen Notwendigkeiten und wirtschaftlichen Hintergründe darstellen kann und weil wir uns als Linke natürlich der internationale Solidarität und Gerechtigkeit den anderen Völkern gegenüber verpflichtet fühlen. – Das ökologische Themen Deutschland stärker bewegen, macht etwas Hoffnung: Die Bundesregierung hat mit ihrer offen vertretenen Lobbypolitik gegenüber den Energiekonzernen durch die Verlängerung der Laufzeiten der Atommeiler bei einer sehr marginalen „Abschöpfung“ der Gewinne und der Bemäntelung als „Brückentechnologie“ jetztauch ökologisch alle Hemmungen verloren und schadet damit massiv der Energiewende zu den Erneuerbaren – sozial hat sie sich mit den Hartz-IV-Sätzen ja schon längst disqualifiziert – und öffnet dadurch hoffentlich mehr Menschen die Augen darüber, wie „demokratisch“, nämlich rein plutokratisch bestechlich als verlängerter Arm der Großindustrie CDU, CSU und FDP sind. Zu diesem Thema wird gegenwärtig in den Medien genug gesagt. Wir haben aber ein paar Bilder von der Anti-Atom-Demo am 18.09.2010 in Berlin mit in die Zeitschrift aufgenommen, um einen Eindruck von den Protesten zu vermitteln.

Auch bei „Stuttgart 21“ wacht offenbar der Bürger endlich auf. Hier soll ein völlig überzogenes Prestige projekt durchgesetzt werden. Deutschland investiert ja leider dank der Lobbyisten der Auto konzerne nach wie vor mehr Geld in die Autobahnen statt in das Schienennetz im Gegensatz z. B. von Frankreich oder der Schweiz. Und dann noch gerade in solche Projekte, die nicht geeignet sind, vor allem mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu holen.

Die Linkspartei macht bei diesen Protesten aktiv mit, ist aber in Bezug auf Umweltthemen in der Öffentlichkeit immer noch nicht präsent genug. – Einen kleinen Schritt in diese Richtung hat hoffentlich die Konferenz zur „Linken ökologischen Programmatik“ bewirkt, die die Ökologische Plattform am 11.09.2010 zusammen mit der BAG Umwelt-Energie-Verkehr durchgeführt hat. Ziel ist es jeden falls, den Begriff des Wachstums aus dem Parteiprogramm zutragen (siehe S. 1). Aber es gibt leider nach wie vor starke Kräfte in der Partei, und nicht nur Gewerkschafter, die Wirtschaftswachstum als einziges Mittel zur Lösung der sozialen Probleme

ansehen – offenbar hofft man immer noch, einer wirklichen Umverteilung und damit Konfrontation mit den herrschenden Kräften so aus dem Wege gehen zu können, wenn man nur von dem „Mehr“ etwas für die sozial Schwachen einfordert. – Wir werden die Konferenz in der nächsten Broschüre der „Beiträge zur Umweltpolitik“, die noch in diesem Jahr erscheinen soll, ausführlich dokumentieren. – Zur Wachstumsfrage ist auch bereits eine neue Konferenz in Vorbereitung, die im Frühjahr stattfinden soll und wieder gemeinsam von der ÖPF und der BAG Umwelt-Energie-Verkehr organisiert werden wird. Hierbei wird sich auch das Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“ eine Rolle spielen, zu dem wir ursprünglich einen Artikel angekündigt hatten. Leider hat der Autor zurückgezogen.

Liebe LeserInnen,  
diese Ausgabe trägt die Nummer 50, und wir haben uns bemüht, diesem Jubiläum Rechnung zu tragen. In Zeiten der schnellen DSL-Verbindungen ist es ja vielleicht vertretbar, wenn die Größe der PDF-Datei nicht mehr unterhalb der 1-MB-Grenze bleibt. Und unsere „Bleiwüste“ kann damit etwas aufgelockert werden. – Insgesamt ist dies, wenn man die 3 Öko reader und die „Null“-Nummer mit zählt, bereits die 54. Ausgabe, das sind insgesamt immerhin fast 2000 Seiten. Über 600 Papierausgaben werden zurzeit per Post versandt, bald ein halbes Tausend Ausgaben werden auf elektronischem Wege verschickt. Zahlreiche Mitglieder der Plattform haben daran Anteil gehabt – stellvertretend sollen hier Peter Schott, Axel Kruschat, Marko Ferst und Manfred Wolf genannt werden, dass sich unsere Zeitschrift so entwickelt hat, dass die Tarantel bis heute so kontinuierlich erscheint. Wünschen wir uns, dass im März 2023 an dieser Stelle auf 100 Ausgaben zurückgeblickt werden kann, wenn auch bis dahin wieder viele ehrenamtliche Nächte für die Zusammenstellung, Durchsicht, Einholung der Veröffentlichungsrechte und die Gestaltung zu erwarten sind. Aber der Kampf für eine lebenswerte Umwelt wird es uns auch weiterhin wert sein.

In diesem Sinne verbleibt die Redaktion

PS. Zwei Wünsche zum Schluss: Schön wäre es, wenn sich dereine oder andere entschließen könnte, zukünftig auf die elektronische Ausgabe umzusteigen, da das Papierkontingent weiterhin ein Problem darstellt. Und wir wünschen uns mehr aktive Mitarbeit aus den einzelnen Bundesländern, damit vielleicht einmal in jeder Ausgabe Beiträge von LAG oder LPF abgedruckt werden könnten.

Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.

John Maynard Keynes

# INEIGENERSACHE

## Dank an die Redaktion

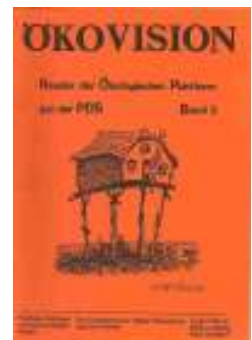
### Manfred Wolf

Am Anfang war ... die Aufgabe. Sie war für die neu-gegründete Ökologische Plattform nicht leicht. Aber wie es wohl oft der Fall ist, denken Anfänger nicht (so sehr) darüber nach, ob es schwer oder weniger schwer wird. Sie fangen einfach an. Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachteten es die Gründer der Plattform, der PDS zu helfen, bei ihren Mitgliedern insgesamt wie auch bei den Leitungen und Funktionsträgern aller Gliederungen ein größeres Verständnis für Fragen des Umweltschutzes und umweltspezifischer Aufgaben zu erlangen. Es wurde bald klar, dass es dazu auch einer regelmäßiger erscheinenden Zeitschrift bedurfte. Der Name dieser Zeitschrift sollte wohl auch andeuten, dass die Absicht bestand, mit ihr etwas an- bzw. aufzustacheln und vielleicht mitunter auch unangenehme Fragen und Forderungen zu stellen. Die Aufgabe wäre nicht zu schaffen gewesen ohne das Engagement vieler. Aber ebenso wäre es nicht ohne die engagierte Arbeit einiger unserer Aktivste gegangen, die sowohl mit einem großen Anteil eigener Beiträge als auch einem hohen Aufwand an Redaktions- und Organisationsarbeit für gute Qualität und regelmäßiges Erscheinen sorgten. Ich denke, dass jedervon uns, der bisher ebenfalls viel Zeit und Arbeit in die Zeitschrift investiert hat, z. B. beim Lektorieren und beim Layout, zustimmen wird, dass an dieser Stelle ein Name besonders genannt werden muss, nämlich der von Marko Ferst. Es ist schwer vorstellbar, dass ohne ihn die Sache bisher so erfolgreich gelaufen wäre. Deshalb gebührt ihm dafür besonderer Dank. Alle Leser der Tarantel wissen darüber hinaus, wer durch eine Vielzahl von Beiträgen besonders zu ihrer hohen Qualität beiträgt. Aber sie können sich vielleicht auch denken, dass in dieser Arbeit auch Problem gegeben hat. Dann haben andere aus dem Sprecherrat und seines Umkreises die Lücken gefüllt. Einige Male haben uns die LAG in Sachsen und Brandenburg geholfen, indem sie eine ganze Ausgabe fertig gestellt haben. Eine Erfahrung, die übrigens nicht vergessen werden sollte.



Ökoveision Band 1 (12/1994)

**Ökoveision Band 2 (05/1995)**  
Radikale Abrüstung und solare Energiewende  
Zum Umbaukonzept Joschka Fischers  
Meine Traumschule  
Ist die PDS unfähig zu alternativem Denken?



Alle, die jemals zum Gelingen einer Ausgabe beigetragen haben, taten dies mit Idealismus und dem Wissen von der Wichtigkeit dieser Arbeit. Nicht zuletzt gilt es dabei auch, die guten Bedingungen zu erwähnen, die uns für die Herstellung und den Versand der Zeitschrift in der Geschäftsstelle in Berlin gewährt werden. Erst das Zusammenwirken aller dieser Faktoren machte es möglich, dass die Tarantel, nunmehr also die 50. Ausgabe, jedes Quartal mehr oder weniger pünktlich ihre Leser erreichen konnte. Wir hoffen, dass das auch mit dem nächsten halben Hundert so und evtl. noch besser geschehen kann und wünschen unserer Zeitschrift auch künftig viel Erfolg.

## PROGRAMMDISKUSSION

### Weiterer Schritt der Verständigung über Grundsatzfragen des Programmentwurfs

#### Götz Brand, Manfred Wolf

Die Konferenz der Ökologischen Plattform und der BAG Umwelt, Energie, Verkehr zur „Linken ökologischen Programmatik“ am 11.9. im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin konnte als voller Erfolg verbucht werden. Die ca. 70 Teilnehmer erlebten eine Beratung zum Programmentwurf der Partei DIE LINKE auf hohem wissenschaftlichen und politischen Niveau. - Die Referate und Diskussionsergebnisse wird die Plattform veröffentlichen. Die Auswertung hingegen wird durch die Teilnehmer sicher sofort beginnen. In diesem Beitrag soll nun zunächst auf einige wichtige Aussagen der Konferenz verwiesen werden. In einer Frage zog sich Einmütigkeit durch alle Vorträge sowie die Debatte: Das war die im Programmentwurf postulierte Zentralität der ökologischen Frage. Sie wurde mit Anerkennung als ein wichtiger Fortschritt gegenüber bisherigen Programmen der Partei vermerkt. Aus ihr ergibt sich jedoch sowohl für die Referenten als auch die Diskussionsredner die

Forderung, dass einige Fragen des Programm-  
wurfs radikaler gestellt und andere neu hinzugefügt  
werden müssen. Die Notwendigkeit ergibt sich nicht  
nur aus dem Zustand unserer Umwelt, sondern auch  
daraus, dass uns die kapitalistische Wachstumspoli-  
tik, wie Prof. Altvater meint, an das Ende der Res-  
ourcen und an die Grenzen der Verwertbarkeit der  
menschlichen Arbeitskraft geführt hat. Daraus erge-  
besich u.a. die Gefahr neuer Rohstoffkriege.

Vor der menschlichen Zivilisation stehe deshalb, wie  
Prof. Rogall darlegte, nicht die Alternative nachha-  
ge Entwicklung oder weiter so, sondern nachhaltige  
Entwicklung oder Abgrund. Diese Situation verlange  
ein völlig neues Herangehen an die Fragen der ge-  
sellschaftlichen Entwicklung, denn die traditionell  
Ökonomie ist nicht mehr zukunftsfähig.

Thies Gleiss plädierte für eine Revolution in der  
Umweltpolitik, wofür nur die radikalsten Forderungen  
geeignet sind. Daraus müssten strategische Hand-  
lungsanleitungen für konkrete Politik abgeleitet we-  
den. Da die zunehmende Zentralisierung der Eigen-  
tums- und Besitzverhältnisse einer ökologischen Poli-  
tik im Wege steht, muss das eine dringend zu lö-  
sende Frage sozialistischer ökologischer Politik bei  
jeder ökologischer Politik sein. Daraus müsse u.a.  
die Forderung nach Enteignung der großen Konzerne  
abgeleitet werden.

Prof. Altvater pflichtete dem mit der Feststellung  
bei, dass Wachstumskritik vor allem Kritik der Akkumula-  
tion des Kapitals sein muss. Die Zentralisierung de-  
r Eigentumsverhältnisse sei z.B. auch auf dem Gebiet  
der erneuerbaren Energie eine große Gefahr.

Die Referenten machten klar, dass die Kritik des  
Wirtschaftswachstums natürlich auch viele politisch  
für die Bündnispolitik wichtige Facetten hat. So  
machte Altvater, der alle, die heute noch der Psych-  
logie des Wachstums verfallen sind, als kranke Men-  
schen bezeichnete, auf Widersprüche aufmerksam,  
mit denen wir umgehen müssen. Soz. B. betrachten  
Gewerkschaften Wirtschaftswachstum als wichtig für  
die Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Rogall, der entschieden für selektives Wachstum  
eintrat, dies aber nicht als Planwirtschaft bezeich-  
nen wollte, sondern als nachhaltige Marktwirtschaft, li-  
eß dabei die Frage offen, wer selektieren soll. Er ver-  
wies darauf, dass in Deutschland in den letzten  
20 Jahren der absolute Ressourcenverbrauch auf-  
grund von Effizienz und Produktivitätssteigerung ge-  
sunken sei.

Der Eindruck entstand, dass die Mehrheit auf der  
Konferenz den Begriff Wachstum nicht im Programm  
sehen will, wenngleich sich niemand der Tatsache

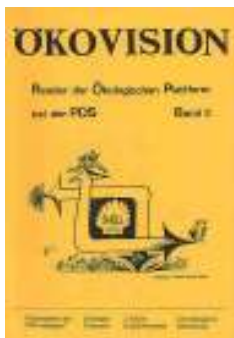
verschließt, dass nachhaltiges Wirtschaften natürli-  
ch auch Wachstum bestimmt, um Umwelt zu schonen und  
ressourcenneutraler Teile der Wirtschaft einschließ-  
t. Prof. Methling hat mit seinem Referat eine wichtige  
Grundlage für unsere weiteren Überlegungen zum  
Programm entworfen gegeben. Er legte dar, dass sich  
das Programm der Partei DIE LINKE im Unterschied  
zu den Programmen der anderen Parteien dadurch  
auszeichnen muss, dass es die Verbindung zwi-  
schen Ökologie und den anderen Politikfeldern her-  
stellt. Erst dadurch könnte die Zentralität der öko-  
logischen Frage sichtbar gemacht und für die Politik  
erschlossen werden. Er verwies dabei auf die Ver-  
bindung der Ökologie zu 9 Politikfeldern von der Ab-  
- lehnung der kapitalistischen Ordnung und der sozia-  
- len Frage bis hin zur Bildungspolitik, dem Politik-  
- til und der politischen Kultur.

Man kann als erstes Resümee der Konferenz also  
durchaus feststellen, dass sie uns für die weitere  
Debatte vielen nützlichen Hinweisen gegeben hat.

## Sozial und ökologisch. Die Zentralität der ökologischen Frage erfordert Zentra- lität der ökologischen Antwort. Ein Bei- trag zur Programmdiskussion

### Wolfgang Methling

Der im März 2010 veröffentlichte Entwurf für ein  
Programm der Partei DIE LINKE hat verdienterma-  
ßen und erfreulicherweise ein breites Echo innerhalb  
b und außerhalb der Partei gefunden. In regelmäßigen  
Abständen publiziert das Neue Deutschland Stel-  
lungnahmen, Wortmeldungen und Leserbriefe zu  
diesem Entwurf. Entsprechend der im Programm-  
entwurf postulierten Zentralität der ökologischen  
r Frage gibt es erstaunlich viele Positionierungen zu  
Bedeutung des sozialökologischen Umbaus der  
Wirtschaft und der Ökologisierung der Gesellschaft  
sowie zur Stellung der Umweltpolitik in der Pro-  
grammatik und politischen Praxis der Partei DIE  
LINKE und in der Linken überhaupt. Ein Grund für  
diesen Umstand könnte darin liegen, dass der Pro-  
grammentwurf zwar von einer Zentralität der öko-  
logischen Frage ausgeht, die ökologische Antwort je-  
doch alles andere als zentral ist. Überraschender-



**Ökovicision Band 3 (03/1996)**  
Bündnisgrüne und PDS vereinen?  
Lebensgut Pommritz  
2. Bucher Zukunftswerkstatt  
Die ökologische Zeitenwende



**tarantel Nr. 0 (1995/09)**

weise räumte Michael Brie in seinem Auftaktbeitrag (wie alle folgenden Verweise: Neues Deutschland, 22.3.) dem Ökologischen keine zentrale Bedeutung ein. In weiteren Statementsspielen jedoch die ökologische Frage eine wesentliche Rolle, vor allem bei Mario Candeias (29.3.), Dieter Klein (6.4.), Saralakar und Michael Schlecht (9.4.), Eva Bulling-Schröter (23.4.), Franz Groll (17.5.), Hubert Fetzer (31.5.), Georg Fülberth (7.6.), Elmar Altvater (14.6.) sowie Klaus Müller (18.6.).

Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt/Energie/Verkehr und in der Ökologischen Plattform organisierten Mitglieder und SympathisantInnen haben in ersten Beratungen den vorliegenden Programmentwurf diskutiert. Am 11. September 2010 werden sie sich in einer diesbezüglichen Arbeitstagung weiter zu Änderungsvorschlägen verständigen. In den bisherigen Diskussionen wurden folgende Positionen herausgearbeitet:

Die Programmgruppe der ökologisch Engagierten in der LINKEN ist der Auffassung, dass der Programmentwurf eine gute Grundlage für die Entwicklung eines anspruchsvollen Programms des Kampfes für eine andere Gesellschaft darstellt, auch wenn wir durchaus großen Änderungsbedarf sehen und dafür Vorschläge unterbreitet haben bzw. unterbreiten werden.

Die ökologischen Programmteile sind nach Inhalt und Umfang bestenfalls ebenbürtig mit denen der SPD, nicht konkurrenzfähig mit dem Programm der Grünen; selbst die CDU äußert sich ausführlicher zu Umweltpolitik als unser Programmentwurf.

Durch den Programmentwurf zieht sich weitgehend sichtbar auch ein „grüner Faden“, wenn gleich manche Formulierung zu „sozialökologischen Erfordernissen“ eher plakativen Charakter trägt. In diesen Passagen muss eine inhaltliche Vertiefung bzw. Präzisierung erfolgen.

Grundsätzlich positiv ist die Verbindung der sozial und ökologischen Frage. Diesem muss ausgebaut und vertieft werden. Das kann und muss unser Alleinstellungsmerkmal gegenüber den GRÜNEN und anderen Parteien sein.

Der sozialökologische Umbau der Wirtschaft, aber auch anderer Bereiche der Gesellschaft kann nur gelingen, wenn das auf höchste Profite orientierte Monopolkapital zurückgedrängt wird, durch staatliche,

kommunale, genossenschaftliche und andere Eigentumsformen ersetzt wird, privates Eigentum einer strikten demokratischen und öffentlichen Kontrolle unterworfen wird. Allerdings entscheidet die Form des Eigentums nicht allein über die soziale und ökologische Qualität der Entwicklung (siehe auch Dieter Klein, 6.4.). Staatliches oder kommunales Eigentum ist nur dann „besser“, wenn der Eigentümer dieses für nachhaltige Entwicklung nutzt. An dieser Stelle sei angemerkt, dass zum Beispiel Vattenfall ein schwedischer Staatskonzern ist und die Deutsche Bahn sich im Bundeseigentum befindet.

Von überragender Bedeutung ist die Stärkung des öffentlichen Eigentums in der Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Mobilität, Energie, Wasser/Abwasser u.a.), insbesondere in der Energiewirtschaft. Die Erkenntnis der „Zentralität der ökologischen Frage“ ist ein großer programmatischer Fortschritt. Die sich daraus ergebende Konsequenz ist die „Zentralität der ökologischen Antwort“. Diesem Anspruch wird der Programmentwurf keinesfalls gerecht.

Sehr zu begrüßen ist die an verschiedenen Stellen zu findende Wachstumskritik. Diese muss jedoch wesentlich verstärkt und inhaltlich umgesetzt werden. Wir sollten unser Anliegen ökologisch nachhaltiger Entwicklung ohne den Begriff Wachstum deutlich machen, denn auch ein „reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerbaren Energien“ wird keine nachhaltige Entwicklung gewährleisten können.

Angesichts der Erkenntnis: „Die große Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel“, müsste unter den linken Reformprojekten auch der Kampf gegen den Klimawandel auftauchen. Im Abschnitt „Umverteilung und gerechte Steuern“ (in „Linke Reformprojekte“) sollten wir uns für eine Ökosteuer mit einer wirksamen Lenkungsfunktion in Richtung Senkung des Ressourcenverbrauchs, Abschaffung schädlicher und nicht erforderlicher Produktionen und Technologien, Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit von Gebrauchsgegenständen einsetzen. Es müssen Steuern sein, die die Produktion ohne Ausnahme und nicht den Endverbraucher belasten.

Die Darstellung des „sozialökologischen Umbaus“ als eines von vier linken Reformprojekten ist prinzipiell die richtige Konsequenz aus der Zentralität der ökologischen Frage, bleibt jedoch in Umfang, Detailtiefe und inhaltlicher Tiefe weit hinter dem Anspruch zurück:

- Die Konsequenzen für den Lebensstil müssen deutlicher werden.

\* Anmerkung d. Red: Die Konferenz fand zwischenzeitlich statt. Es ist vorgesehen, die Dokumentations-Broschüre 1/2010 in der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ zu veröffentlichen (voraussichtlicher Erscheinungstermin: November 2010).



**tarantelNr.1  
(01/1996)**



**tarantelNr.2  
(03/1996)**

**tarantelNr.3  
(11/1996)**



- Die Energiepolitik muss konkreter und konsequenter werden (klare Haltung zur Kohleverbrennung, CCS-Technologie, dezentralen und regionalen Energieerzeugung und -versorgung u.a.).
- Im Abschnitt „Regionale Wirtschaftskreisläufe und Verkehrswende“ müssten auch der Begriff Raumplanung und die Zusammenführung von Wohnen, Arbeiten, sozialem Umfeld und Kultur mit dem Ziel der Verminderung des Verkehrs sowie der Reduzierung der Zersiedelung und Bodenversiegelung aufgenommen werden. Wir sollten ebenfalls den Stopp des weiteren Ausbaus des Autobahnnetzes und weitergehende Geschwindigkeitsbegrenzungen fordern.
- Die Verkehrspolitik muss konkretisiert werden und ist ebenfalls mit der Eigentumsfrage zu verbinden. Es muss klargestellt werden, dass der erste Zweck der Verkehrspolitik die Sicherung der Mobilität ist. Nicht nur der Güterverkehr, sondern auch der Personenverkehr muss weitgehend auf die Schiene verlagert werden. Es sollte noch stärker deutlich werden, dass die Verkehrspolitik zu Recht einen beträchtlichen Teil der öffentlichen Ausgaben in Anspruch nimmt, eine hohe soziale Bedeutung hat und wesentlich das Erreichen der Klimaschutzziele beeinflusst.
- Die Forderung nach Dezentralität und Regionalität gilt nicht nur für die Energieversorgung, sondern auch für andere Bereiche der Daseinsvorsorge (Wasser/Abwasser, Abfall, Gesundheit, Bildung, Kultur, soziale Betreuung u.a.).
- Viele wichtige Bereiche der Umweltpolitik fehlen (Biodiversität, Naturschutz, Gewässerschutz, Emissionsschutz, Bodenschutz, Gentechnik, Umweltbildung, Forschungs- und Technologiepolitik u.a.). Sie müssten in diesen oder anderen Kapiteln berücksichtigt werden.

Der Zusammenhang zwischen Umwelt- und Ressourcenpolitik und Friedenspolitik muss bedeutend stärker herausgearbeitet werden. Der Kampf um Energie, Bodenschätze und Wasser ist eine große Gefahr für den Frieden. DIE LINKE sollte sich auch aus ökologischen und Ressourcenschutzgründen für vollständige Abrüstung aussprechen. Diese Forderung würde auch den Anstoß für eine in diesbezügliche längerfristige Debatte geben. Krieg tötet nicht nur Menschen, sondern zerstört und belastet auch die Umwelt.

Der Umgang mit den Begriffen Ökologie, ökologisch, Umweltschutz und ähnlichen sollte präziser werden.

Obwohl die BAG Umwelt/Energie/Verkehr bzw. die Ökologische Plattform nur begrenzt zuständig sind, weisen wir darauf hin, dass zum Beispiel Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, ländlicher Raum, Verbraucherschutz vollkommen fehlen oder nur mit einzelnen Begriffen in anderen Kapiteln auftauchen (zum Beispiel Agrosprit). Das ist aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen nicht akzeptabel.

Es sollten nicht „nur“ soziale und friedenspolitische rote Leit- bzw. Grenzl意思ien für Regierungsbeteiligungen, sondern ebenfalls grüne Grenzl意思ien für Beteiligungen an Regierungen und die Übernahme von Verwaltungsverantwortung formuliert werden. Diese müssen übrigens auch für das politische Agieren in der Opposition gelten, wenn man glaubwürdig sein will.

Wir dürfen uns auch nicht vor schwierigen Fragen und Antworten auf Konflikte zwischen sozialen und ökologischen Zielen drücken, zum Beispiel zu Arbeitsplätzen in ökologisch unsinnigen Branchen (wie Rüstungsindustrie, Kohlekraftwerke, Automobilindustrie u.a.), zur Entfernungspauschale.

Wir hoffen, dass in den im September stattfindenden Regionalkonferenzen und auf dem Programmkonvent am 6. November in Hannover deutlich wird, dass in der Programmatik und in der praktischen Politik der Partei DIE LINKE das Ökologische tatsächlich von zentraler Bedeutung für die Lösung der Zukunftsfragen der Gesellschaft in Deutschland und in der Welt ist. Letztendlich sind weder die sozialen noch die ökologischen, kulturellen, emanzipatorischen und anderen Probleme unter kapitalistischen Bedingungen zu lösen. Es wird keinen „grünen Kapitalismus“ geben. Deshalb wollen wir eine andere Gesellschaft, die wir „demokratischen Sozialismus“ nennen. Ich fände auch die Bezeichnung „ökologischer Sozialismus“ passend und sympathisch. Denn man kann sehr wohl ökologisch engagiert sein, ohne Sozialist zu sein, aber man kann nicht Sozialist sein, ohne zugleich ökologisch engagiert zu sein. Das ist auch ein meiner Schlussfolgerungen aus dem misslungenen Sozialismusversuch in der DDR.

Eines muss den demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten klar sein: Eine solche Gesellschaft werden wir auf demokratischem Wege nicht erreichen, wenn wir nicht eine breite Mehrheit für unsere Ziele und Wege gewinnen, Bündnispartner in Parlamenten, außerhalb der Parlamente, in der Wirtschaft, in

\*\* Anmerkung der Redaktion: Zahlreiche Regionalkonferenzen fanden inzwischen statt.



tarantel Nr. 4  
(08/1997)

tarantel Nr. 5  
(12/1997)



tarantel Nr. 6  
(05/1998)



Tarantel Nr. 50 III/2010

Verbänden, in Gewerkschaften, auch in anderen (linken) Parteien haben. Ich gebe Hermann Scheer Recht, wenn er meint: „Dabei kommt es darauf an, die Grenzen der eigenen Partei zu überschreiten... Das Gift jeder Diskussion ist, unkritisch gegenüber dem Eigenen und überkritisch gegenüber dem Anderen zu sein.“ (ND, 19.7.).

*Prof. Dr. Wolfgang Methling ist Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE, Sprecher für Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik und Mitglied des Sprecherats der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt/Energie/Verkehr.*

Quelle:

DISPUT August 2010, S. 20-21 ([http://die-linke.de/politik/disput/aktuelle\\_ausgabe/detail/browse/1/zurueck/aktuelle-ausgabe-1/artikel/sozial-und-oekologisch/](http://die-linke.de/politik/disput/aktuelle_ausgabe/detail/browse/1/zurueck/aktuelle-ausgabe-1/artikel/sozial-und-oekologisch/))

## GRUNDSATZFRAGEN UND PERSPEKTIVEN

### Wachsen und Weichen – Produktion, Lebensweise und Konsumumwälzen

Detlef Bimboes

#### Gegenwart meistern, Zukunft anpacken

Auf dem Globus, in Europa und hierzulande türmen sich die Probleme. Die Zukunft verlangt nach einer vollständigen Umwälzung der bisherigen kapitalistischen energie-, stoff- und raumverschlingenden industriellen und agrarischen Produktions-, Konsum- und Lebensweise. Mit entscheidenden Schritten muss in den großen kapitalistischen Industriestaaten der Triade (USA, EU, Japan) begonnen werden. Sie müssen bis 2050 geschafft sein. Bis dahin hat mit Blick auf den Klimaschutz, damit die mittlere Erderwärmung auf zwei Grad begrenzt bleibt, hierzulande der Ausstoß an Treibhausgasen von derzeit ca. 11 Tonnen pro Kopf und Jahr auf maximal 1,5 Tonnen gesenkt zu sein. Dafür ist der Ressourcenverbrauch in Verbindung von Effizienz und absoluter Einsparung um den Faktor 10 (90%) dras-

tisch zu senken. Zentrale Säulen für den erforderlichen Strukturwandel sind eine Energiewende, eine Agrar- sowie eine Verkehrs- und Siedlungswende. Gemeinsam mit dem Energiebereich weisen die drei Bereiche zusammen den höchsten Grad an Umweltbelastung, Ressourcenverbrauch und Landnutzung auf. Mit geringem Ressourcenverbrauch und dezentraler Energieversorgung werden wichtige Voraussetzungen für eine friedlichere Welt geschaffen, denn Konflikte, Krisen und Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte sind bislang ständige Begleiter der Menschheitsgeschichte. Hinzu treten muss eine konsequente Abrüstung und eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung, die ihre Entsprechung auf globaler Ebene braucht. Militär und Rüstung verschwenden enorme und kostbare Ressourcen.

### Strukturwandel in Gang setzen

Damit wird eine Umwälzung in Gang gesetzt, die künftig wenig Energie und Rohstoffe beansprucht und verstärkt regionale Wirtschaftskreisläufe samt einer solidarischen, kooperativen Regional- und Strukturpolitik schafft. Sie konzentriert sich auf regionale und kommunale Potenziale statt auf grenzenlose Expansion und sorgt für gute Lebensverhältnisse und Arbeitsplätze, für eine gesündere Ernährung und Lebensweise in Stadt und Land. Ein System kurzer Wege mit anderen Arbeits-, Mobilitäts- und Versorgungsstrukturen wird entstehen und mit ihnen neue Lebensverhältnisse, Bedürfnisse, Bedarfe und Lebensstile. Das setzt völlig neue Infrastrukturen voraus. Dafür werden zunächst in erheblichem Umfang knappe Ressourcen gebraucht, die heute in Wegwerfprodukten und nicht nachhaltigen Strukturen verschleudert werden. Vollbeschäftigung und Wohlstand mit neuen Formen für Arbeit und Lebensweise sowie eine andere Arbeitsgesellschaft mit veränderten Klassen- und Besitzstrukturen werden sich entwickeln. Souveränität statt Abhängigkeit, Selbst- statt Fremdbestimmung, Kultur statt Hamsterrads sind zentrale Elemente des Wandels. Vorrang hat dafür die Binnenwirtschaft. Ein neues Gleichgewicht zwischen globaler, europäischer und regionaler, lokaler Wirtschaft ist zu schaffen. Dieser gesellschaftliche sozialökologische Umbau ist mit „Wachsen und Weichen“ verbunden. Ohne die Vergesellschaftung von Schlüsselbereichen in Wirtschafts- und Finanzwelt, Investitionssteuerung, eine Renaissance der Kommunalwirtschaft und ohne eine Ver-



tarantel Nr. 7 (07/1998)

**tarantel Nr. 8 (01/1999)**  
 Erklärung der Ökologischen Plattform  
 PDS: Gefangenschaft im Klientelismus  
 Autobahn A 17  
 Bericht aus dem Jahr 2049  
 Neue Lebensformen in der Entwicklungslogik



bindung von Markt und Plan wird der Umbau nicht gelingen. Aufgeblähte ressourcen- und energieintensive industrielle Produktionsstrukturen mit dementsprechendem Güterausstoß müssen schrumpfen, insbesondere mit Blick auf den Export. Dafür werden branchen- und wirtschaftszweigbezogene Umbau- und Umstrukturierungsprogramme gebraucht, die Zugum Zug auch neue und andere Arbeitsplätze lokal und regional entstehen lassen. Ein solcher qualitativer Sprung macht neue gesellschaftlich fortgeschrittliche, breit getragene Mehrheiten notwendig. In einem längeren historischen Prozess, deutlich über 2050 hinaus, ist eine Gleichgewichtsökonomie („steady-state“) zu schaffen, die die an bisherigem Wirtschaftswachstum angelegte kapitalistische Produktionsweise überwindet.

### Konturen des Strukturwandels in 2050:

- Strukturwandel und Dominanz der Binnenwirtschaft haben Sogwirkung auf die gesamte Wirtschaft entfaltet.
- Lokal und regional orientierte Binnenwirtschaft dominiert vor Exportwirtschaft. Ressourcenverbrauch drastisch reduziert. Weniger Rohstoffimport heißt geringere (außen)wirtschaftliche Verwundbarkeit, mehr globale Ressourcengerechtigkeit und Friedensfähigkeit.
- Die gesamte Energiewirtschaft ist auf erneuerbare Energien umgestellt. Dezentrale Energieversorgung dominiert („so viel dezentral wie möglich, so viel zentral wie nötig“), Energieeinsparung ist durchgreifend, Biosprit spielt keine wesentliche Rolle.
- Die gesamte Landwirtschaft ist auf den Biolandbau umgestellt. Tier- und Fleischproduktion sind gegenüber der konventionellen Produktion halbiert, die Getreideproduktion um ca. ein Drittel geringer gegenüber den jetzigen Erträgen der konventionellen Landwirtschaft. Handel und Ernährungswirtschaft sind größtenteils in den Umbau einbezogen.
- Im Forstbereich ist eine ökologische Waldbauwende, die die Ziele des Natur- und Klimaschutzes in die Bewirtschaftung integriert, mit entsprechend schonender und nachhaltiger Holznutzung auf den Weg gebracht. Der Wald erfüllt umfassend seine Aufgabe als Speicher und Senke für Kohlendioxid. Langlebige stoffliche Holznutzung hat Vorrang vor energetischer Nutzung (Verbrennung). Der Holzeinschlag bewegt

sich als Richtgröße zwischen 40 Mio. bis 60 Mio. Kubikmeter pro Jahr (Menge bezogen auf gefällte Bäume ohne Krone, Äste und Rinde). Genauere Festlegungen müssen vor dem Hintergrund bestehender Umweltbedingungen (Luftschadstoffe, Klimawandel) noch getroffen werden. Vom Bundesforstministerium werden bis 2042 fast 80 Millionen Kubikmeter Holzeinschlag pro Jahr für möglich gehalten. Holzwirtschaft und Papierindustrie sind größtenteils in den Umbau einbezogen.

- Die Verkehrswende auf Grundlage der Elektromobilität ist in den Bereichen Personen- und Güterverkehr größtenteils abgeschlossen. Öffentliche Bahnen, Busse und bedarfsgesteuerte Kleinbusse (letztere insbesondere im ländlichen Raum) dominieren. Der Einsatz von Mietwagen, Car-Sharing und Taxidiensten hat sich breit entwickelt. Nicht der Besitz eines eigenen Autos, sondern die freie Wahl eines nutzeffizienten Mobilitätsangebots ist bestimmend. Statt derzeit ca. 41 Mio. privaten Pkw reichen künftig 4 Mio. leichte Elektroautos für reibungslosen Transport. Der LKW-Güterferntransport ist im Wesentlichen auf die Schiene verlagert. Schienengebundene Regional- und Citylogistik in Kombination mit LKW-gebundenem Güternahverkehr ist kräftig ausgebaut.
- Im Siedlungsbereich dominieren Modernisierung, Umbau und Umnutzung statt Neubau. Das ist ein entscheidender Beitrag zur Ressourcenschonung und gegen Flächenfraß, denn bei Wohnbauten entfallen mindestens 80 Prozent der Bauwerksmasse und 70 Prozent des Primärenergieaufwands alleine auf die Tragkonstruktion. Die Verlängerung der Nutzungsdauer von Bauwerken hat deshalb großes Gewicht gewonnen.
- Kürzere Arbeitszeiten, gesetzliche Mindestlöhne, neue Formen humaner Beschäftigung, sozialer Sicherung und bürgerschaftlichen Engagements haben sich breit durchgesetzt.
- Neue ressourcenleichtere und gesündere Lebens- und Konsumstile haben sich größtenteils etabliert. Ein gutes, genussreiches und gesundes Leben bestimmt weithin den Alltag, lässt sich nicht vom Gedanken an Verzicht leiten und wendet sich allein gegen verschwenderischen Umgang mit Natur und Ressourcen.
- Militär und Rüstung, die alten Kriegstreiber und Ressourcenräuber, sind weitestgehend zurück-



#### tarantel Nr. 9 (09/1999)

29.–31. Oktober in Berlin: Ökologische Konferenz  
Ökopolitik und Verfassung des Bewusstseins  
Ökonomie und Umwelt

Tendenzen der Produktivkraftentwicklung und des  
Gelb, Blau oder Grün – welche Farbe hat der Strom?  
Wir brauchen Leute aus der Stadt, die auf dem Land  
Seele und Ökologie

Ein Volk zwischen Tradition und Zivilisation. Die

der PDS

hnischen Fortschritts

etwas bewegen wollen

hilippinischen Aeta



gedrängt. Hierfür haben eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung sowie entscheidende Schritte hin zu einer globalen Friedensordnung gesorgt.

*Anmerkung d. Red.:*

*Wir drucken diesen Artikel ohne das umfangreiche, erläuternde Hintergrundmaterial, dass etwa 6/7 des Dokuments umfasst. Das Dokument ist in seiner gesamten Länge auf [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) verfügbar.*



Am Berliner Hauptbahnhof sammelten sich am Mittag des 18.09.2010 Tausende Demonstranten aus allen Teilen der Bundesrepublik, um gegen die von der schwarz-gelben Regierungskoalition beschlossene Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke zu demonstrieren.

dass die unserer Mutter Erde zugefügten Schäden irreversibel sein werden. Zwischen 20 Prozent und 30 Prozent der Arten laufen Gefahr zu verschwinden. Große Waldflächen wären betroffen, die Dürren und Überschwemmungen würden viele Regionen des Planeten schädigen, die Wüsten würden sich ausdehnen, und das Abschmelzen der Pole und der Gletscher in den Anden und im Himalaja würde sich beschleunigen. Viele Inselstaaten würden verschwinden, und Afrika würde einen Temperaturanstieg um mehr als drei Grad Celsius erleben. Auch

die Produktion von Nahrungsmitteln in der Welt würde sich verringern, was katastrophale Auswirkungen auf das Überleben der Bewohner vieler Regionen der Erde hätte, und die Zahl der Hungernden, die bereits 1,02 Milliarden Menschen übersteigt, würde dramatisch zunehmen. Die Unternehmen und die Regierungen der Länder, die „entwickelt“ genannt werden, bieten uns unter Beihilfe eines Teils der wissenschaftlichen Gemeinschaft an, den Klimawandel als ein Problem zu diskutieren, das sich auf den Anstieg der Temperatur reduziert, ohne nach der Ursache zu fragen, die im kapitalistischen System besteht.

Wir stehen der Endkrise des patriarchalischen Zivilisationsmodells gegenüber, das sich auf die Unterwerfung und Zerstörung von Menschen und Natur stützt, ein Prozess, der sich mit der industriellen Revolution

beschleunigte.

Das kapitalistische System hat uns eine Denkweise der Konkurrenz, des Fortschritts und des Wachstums ohne Grenzen aufgezwungen. Dieses Produktions- und Konsumregime strebt nach schrankenlosem Profit, es trennt den Menschen von der Natur und richtet ein folgerichtiges System der Herrschaft über diese auf, es verwandelt alles in Ware: das Wasser, den Boden, die menschlichen Gene, die überlieferten Kulturen, die Biodiversität, die Gerechtigkeit, die Ethik, die Rechte der Völker, den Tod und selbst das Leben.

Im Kapitalismus wird die Mutter Erde nur zu einer Quelle von Rohstoffen und die Menschen zu Produktionswerkzeugen und Konsumenten, zu Personen, deren Wert danach bemessen wird, was sie haben, nicht danach, was sie sind.

## KLIMA UND ENERGIE

### „Die Ursache für Klimawandel liegt im Kapitalismus“. Abkommender Völker

#### Erklärung der Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde

Wenn die globale Erwärmung über zwei Grad Celsius ansteigt, denn das wäre die Konsequenz der so genannten Kopenhagener Vereinbarung, ist mit einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen,

#### tarantel Nr. 10 (01/2000)

Die Umwelthaben oder im Oikos sein  
Zukunftsarbeit: Von der Last zur Selbstverwirklichung  
Wendeverlierer Natur  
20. Mai: Erich-Fromm-Konferenz  
Ökologische Konferenz der Bündnisgrünen  
Programmthesen der Ökologischen Plattform  
Ökologisch-emanzipatorischer Wandel ist geboten



Der Kapitalismus braucht eine leistungsfähige Militärindustrie für seinen Akkumulationsprozess und die Kontrolle von Territorien und Naturressourcen, um den Widerstand der Völker zu unterdrücken. Er handelt sich um ein imperialistisches System der Kolonisierung des Planeten.

Die Menschheit befindet sich vor einer großen Entscheidungsfrage: den Weg des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortzusetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einzuschlagen.

Wir müssen ein neues System schaffen, das die Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen wiederherstellt. Gleichgewicht mit der Natur kann es nur geben, wenn es Gleichheit zwischen den Menschen gibt.

Wir schlagen den Völkern der Welt die Rückgewinnung, Wiederaufwertung und Stärkung der überlieferten Kenntnisse, Weisheiten und Praktiken der indigenen Völker vor, die sich in der Lebensweise und dem Modell des „Vivir Bien“ (Guten Lebens) bestätigen, indem die Mutter Erde als ein lebendiges Wesen anerkannt wird, zu dem wir in einer unteilbaren, wechselseitigen, sich gegenseitig ergänzenden und spirituellen Beziehung stehen.

Um dem Klimawandel entgegenzutreten, müssen wir die Mutter Erde als Quelle des Lebens anerkennen und ein neues System herausbilden, das sich auf die Prinzipien gründet:

- Harmonie und Gleichgewicht unter allen und mit allem;
- Komplementarität, Solidarität und Gleichheit;
- kollektives Wohlergehen und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller in Harmonie mit der Mutter Erde;
- Achtung der Rechte der Mutter Erde und der Menschenrechte;
- Anerkennung des Menschen für das, was er ist, nicht für das, was er hat;
- Beseitigung jeder Form von Kolonialismus, Imperialismus und Interventionismus;
- Frieden zwischen den Völkern und mit der Mutter Erde.

Das Modell, für das wir eintreten, beinhaltet weder zerstörerische noch grenzenlose Entwicklung. Die Länder brauchen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, um die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen. Aber auf keine Weise können sie den Weg der Entwicklung fortsetzen, auf dem die reichsten Länder fünfmal mehr Ressourcen beanspruchen, als der Planet liefern kann. Gegen-

wärtig ist die Fähigkeit des Planeten zur Regeneration bereits um 30 Prozent überschritten. Bei diesem Tempo der Überausbeutung unserer Mutter Erde braucht man 2030 zwei Planeten.

In einem System der wechselseitigen Abhängigkeit, in dem wir Menschen eine der Komponenten sind, kann man nicht nur Rechte auf der Seite der Menschen anerkennen, ohne ein Ungleichgewicht des ganzen Systems zu provozieren. Um die Menschenrechte zu garantieren und die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen, muss man die Rechte der Mutter Erde anerkennen und zur Geltung bringen. Deshalb schlagen wir die beigefügte Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde vor, in der ihr zugesichert werden:

- das Recht auf Leben und Existenz;
- das Recht, respektiert zu werden;
- das Recht auf Fortsetzung ihrer Zyklen und Lebensprozesse frei von menschlichen Eingriffen
- das Recht auf Erhaltung ihrer Identität und Integrität als unterschiedliches, selbstreguliertes und untereinander in Beziehung stehendes Wesen;
- das Recht auf Wasser als Lebensquelle;
- das Recht auf saubere Luft;
- das Recht auf integrale Gesundheit;
- das Recht, frei von Kontamination und Verschmutzung, von giftigen und radioaktiven Abfällen zu sein;
- das Recht, keine genetischen Veränderungen und Modifizierungen ihrer Struktur zu erleiden, die ihre Integrität oder ihre lebenswichtigen und gesunden Funktionen bedrohen;
- das Recht auf volle und schnelle Wiederherstellung bei Verletzungen der in dieser Erklärung anerkannten Rechte, die durch menschliche Aktivitäten verursacht werden.

Unsere gemeinsame Vorstellung ist, die Konzentration von Treibhausgasen zu stabilisieren, um den Artikel 2 der Rahmenvereinbarung der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen zur Anwendung zu bringen, der „die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau (...), auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird“, bestimmt. Unsere Vorstellung ist, auf der Basis des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten historischen Verantwortung zu fordern, dass die entwickelten Länder sich zu quantifizierten Zielen der Reduzierung von Emissionen verpflichten, die es ermöglichen, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre auf 300 ppm zurückzuführen und so



### **tarantel Nr. 11 (08/2000)**

Nachdem Parteitag in Münster  
Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege  
Nachhaltigkeit und Macht  
Konfliktpotential zwischen Naturschutz und Windkraftnutzung  
Im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis - Bericht vom ADELE-Landestreffen  
Westliche Technologie und „Dritte Welt“  
Mit Ökologie wäre die PDS wählbar

den globalen Temperaturanstieg auf maximal ein Grad Celsius zu begrenzen.

Wir bekräftigen die Dringlichkeit des Handelns, um dieses Zukunftsbild zu erreichen. Mit Unterstützung der Völker, Bewegungen und Staaten sollten die entwickelten Länder sich zu anspruchsvollen Zielen der Emissionsreduzierung verpflichten, die es ermöglichen, kurzfristig Ergebnisse zu erreichen. Wir erhalten unsere Vision vom Gleichgewicht des Klimasystems der Erde entsprechend dem obersten Ziel der Konvention aufrecht.

Die „gemeinsame Sicht“ für die „langfristige Zusammenarbeit“ darf sich in der Verhandlung über den Klimawandel nicht darauf beschränken, die Grenze für den Temperaturanstieg und die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu definieren. Sie muss in umfassender und ausgewogener Weise einen Komplex von finanziellen, technologischen, Anpassungs- und Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen, von Produktions- und Konsummustern und anderen wesentlichen Maßnahmen umfassen, wie die Anerkennung der Rechte der Mutter Erde, um die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen.

Die entwickelten Länder, die Hauptverursacher des Klimawandels, müssen in Anerkennung ihrer historischen und gegenwärtigen Verantwortung ihre Klimaschuld in allen ihren Dimensionen anerkennen und einlösen als Basis für eine gerechte, effektive und wissenschaftliche Lösung des Problems des Klimawandels. In diesem Rahmen fordern wir von den entwickelten Ländern, dass sie

- für die Entwicklungsländer den Raum der Atmosphäre wiederherstellen, der durch ihre Treibhausgasemissionen belegt ist. Das bedeutet die Entkolonisierung der Atmosphäre durch die Reduzierung und Absorption ihrer Emissionen;
- die Kosten und den erforderlichen Technologietransfer an die Entwicklungsländer für den Verlust von Entwicklungschancen wegen der Beschränkung des atmosphärischen Raumes übernehmen;
- die Verantwortung für die aufgrund des von ihnen verursachten Klimawandels erzwungene Migration von Hunderten Millionen von Menschen übernehmen, und dass sie ihre restriktive Einwanderungspolitik aufgeben und den Migranten ein würdiges Leben mit allen Rechten in ihren Ländern anbieten;
- die Kosten der Anpassungen übernehmen, die mit den Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern verbunden sind, indem sie die Mittel einplanen, um den Schäden vorzubeu-

gen, sie zu minimieren und zu beheben, die aus ihren exzessiven Emissionen entstehen;

- diese Schulden einlösen als Teil einer größeren Schuld gegenüber der Mutter Erde, indem sie die Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde in den Vereinten Nationen annehmen und verwirklichen.

Der Ansatz darf nicht allein ökonomische Kompensierung sein, sondern hauptsächlich wiederherstellende Gerechtigkeit, das heißt die Wiederherstellung der Integrität der Personen und der Glieder, die eine Lebensgemeinschaft auf der Erde bilden.

Wir beklagen den Versuch einer Gruppe von Ländern, das Protokoll von Kyoto zu annullieren, das einzige legal verbindliche spezifische Instrument für die Reduzierung der Treibhausgase in den entwickelten Ländern.

Wir machen die Welt darauf aufmerksam, dass die Emissionen der entwickelten Länder zwischen 1990 und 2007, ungeachtet ihrer legal gültigen Verpflichtung, statt zu sinken, um 11,2 Prozent gestiegen sind.

Die Vereinigten Staaten erhöhten auf Grund des schrankenlosen Konsums ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum 1990 bis 2007 um 16,8 Prozent und erzeugten im Durchschnitt pro Einwohner zwischen 20 und 30 Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich, was mehr als dem Neunfachen der durchschnittlichen Emissionen für einen Bewohner der Dritten Welt entspricht und mehr als das 20-Fache der Emissionen eines Bewohners des subsaharischen Afrikas darstellt.

Wir weisen strikt die illegitime „Vereinbarung von Kopenhagen“ zurück, die es den entwickelten Ländern erlaubt, auf der Basis von freiwilligen und individuellen Verpflichtungen ungenügende Reduzierungen von Treibhausgas zu offerieren, die die Umweltintegrität der Mutter Erde verletzen und zu einer Temperaturerhöhung um vier Grad Celsius führen werden.

Die nächste Konferenz über den Klimawandel, die Ende des Jahres in Mexiko stattfinden wird, muss den Zusatz zum Kyoto-Protokoll annehmen, der für die zweite Periode von Verpflichtungen von 2013 bis 2017 vorgesehen ist; in dieser Periode sollen die entwickelten Länder sich verpflichten, signifikante Reduzierungen von mindestens 50 Prozent zum Basisjahr 1990 vorzunehmen, ohne Kohlenstoffmärkte und andere Ausweichsysteme einzubeziehen, die die tatsächliche Nichterfüllung der Reduzierung von Treibhausgasemissionen verschleiern.

Wir fordern, als erstese Ziel für die Gesamtheit der entwickelten Länder festzulegen, um danach die



#### tarantel Nr. 12 (2001/02)

BSE und die neue Landwirtschaft  
Atomkonsens oder Ausstieg?  
Positionspapier zur Programmdiskussion der PDS  
Reformalternativen: Weichenstellungen für einen sozial-ökologischen Umbau

#### tarantel Nr. 13 (2001/05)

Atompolitik: Kein Konsens von Unten  
Bundesnaturschutzgesetz: Bewegung nach 20 Jahren Stillstand  
Nachhaltigkeit: Kriterien, Instrumente, Möglichkeiten



Einzelzuweisung für jedes entwickelte Land im Rahmen eines Vergleichs der Anstrengungen unter ihnen vorzunehmen, sodass das System des Kyoto-Protokolls für die Reduzierung der Emissionen beibehalten wird.

Die Vereinigten Staaten von Amerika als einziges Annex-1-Land der Erde, das das Protokoll von Kyoto nicht ratifiziert hat, haben eine bedeutende Verantwortung vor den Völkern der Welt, sie sollten daher das Kyoto-Protokoll ratifizieren und sich verpflichten, die Ziele der Emissionsreduzierung zu re- s- pektieren und im Maßstab ihrer gesamten Wirtschaft zu erfüllen.

Die Völker haben die gleichen Rechte auf Schutz vor den Einwirkungen des Klimawandels, und wir weisen den Begriff einer „Anpassung an den Klimawandel“ zurück, denn dieser bedeutet die Resignation vor den Auswirkungen, die die Emissionen der entwickelten Länder verursacht haben. Diese Länder sollten vielmehr ihren Lebens- und Konsumstil dieser planetaren Notlage anpassen. Wir sehen uns gezwungen, den Wirkungen des Klimawandels entgegenzutreten, aber diese Anpassung muss als ein Prozess und nicht als eine Auflage betrachtet werden, außerdem als ein Instrument, das dazu dienen soll, diesen Einwirkungen zu widerstehen, indem gezeigt wird, dass es möglich ist, innerhalb eines an- de- ren Lebensmodells in Harmonie zu leben.

Es ist erforderlich, einen Anpassungsfonds aufzubauen, einen Fonds, der ausschließlich dazu bestimmt ist, dem Klimawandel zu begegnen, als Teil eines Finanzmechanismus, der auf souveräne, transparente und ausgewogene Weise von unseren Staaten verwaltet und geleitet wird. Im Rahmen dieses Fonds sollen bewertet werden:

- die Auswirkungen und ihre Kosten in Entwicklungsländern;
- die Erfordernisse, die sich aus diesen Auswirkungen ableiten.

Auch die Unterstützung durch entwickelte Länder soll erfasst und ausgewertet werden. Dieser Fonds soll außerdem einen Mechanismus schaffen, der für den Ersatz von Schäden durch erfolgte und zukünftige Auswirkungen dient. Dieser Fonds soll ebenso greifen bei Schäden durch den Verlust von Chancen

und für die Wiederherstellung nach extremen und allmählich wirkenden klimatischen Ereignissen. Er soll auch zusätzliche Kosten bestreiten, die sich er- geben können, wenn unser Planet die ökologischen Schwellen überschreitet, wie auch jene Auswirkungen, die das Recht auf „Vivir Bien“ beeinträchtigen. Die den Entwicklungsländern durch einige Staaten aufgezwungene „Vereinbarung von Kopenhagen“ ist – außer dass sie einige unzureichende Ressourcen offeriert – darauf ausgerichtet, die Völker zu spal- ten und gegeneinander auszuspielen, und hat das Ziel, die Entwicklungsländer zu erpressen, indem sie den Zugang zu Ressourcen für die Anpassung an Minde- rungsmaßnahmen bindet. Zusätzlich erweist sich als inakzeptabel, dass in den internationalen Verhand- lingsprozessen versucht wird, die Entwicklungslän- der nach ihrer Verwundbarkeit für den Klimawandel in Kategorien zu erfassen, so dass Streitigkeiten, Ungleichheiten und Absonderungen unter ihnen her- vorgerufen werden.

Die immense Herausforderung, der wir als Mensch- heit gegenüberstehen, um die globale Erwärmung aufzuhalten und die weitere Erhitzung des Planeten zu vermeiden, ist nur zu bewältigen, wenn es gelingt, t, eine tiefgreifende Umgestaltung in der Landwirt- schaft hin zu einem Modell der nachhaltigen bäuerli- chen und indigen/originären landwirtschaftlichen Produktion und anderen überlieferten ökologischen Modellen und Praktiken vorzunehmen, die zur Lö- sung des Problems des Klimawandels beitragen und die Ernährungssouveränität sichern. Diese wird ver- standen als das Recht der Völker, ihr eigenes Saat- gut, ihren Boden, das Wasser und die Produktion von Nahrungsmitteln unter Kontrolle zu haben und durch eine Produktion in Harmonie mit der Mutter Erde, die den lokalen und kulturellen Gegebenheiten angepasst ist, den Zugang der Völker zu ausrei- chenden, abwechslungsreichen und nahrhaften Nah- rungsmitteln im Austausch mit der Mutter Erde zu garantieren sowie die Autonomie der (partizipativen, kommunitären und auf alle verteilten) Produktion je- der Nation und jedes Volkes zu vertiefen.

Der Klimawandel verursacht bereits tiefe Einschnitt e für die Landwirtschaft und die Lebensweise der indi- genen und Urvölker und Bauern der ganzen Welt, und die Auswirkungen werden sich in der Zukunft verschlimmern.

Das Agrobusiness mit seinem sozialen, ökonomi- schen und kulturellen Modell der globalisierten kap- i- talistischen Produktion und seiner Logik der Nah- rungsmittelproduktion für den Markt, nicht für das Recht auf Ernährung, ist eine der Hauptursachen

\* Anmerkung d. Red.: im Anhang 1 (Annex 1) der Klima- rahmen- konvention von 1992 aufgelistete Länder, die Selbst- verpflichtung bis zum Jahr 2000 auf das Niveau von 1990 über- nommen hatten, alle OECD-Länder (außer Korea und Mexiko) u- nd alle osteuropäischen Länder (außer Jugoslawien und Alban- ien) - oft synonym für Industrieländer verwendet.



#### **tarantel Nr. 14 (10/2001)**

Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Platt form  
Anträge zur 2. Tagung des 7. Bundesparteitages der PDS  
Stellungnahme des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz zum  
sogenannten „Atomkonsens“

#### **tarantel Nr. 15 (12/2001)**

Erklärung zur Grünen Gentechnik  
Hohe Erwartungen – keine Strategien. Warum die Grün- en in der Umweltpolitik so  
schlecht dastehen  
Nachhaltige Entwicklung – Rettungsversuch für eine sterbende Illusion  
Weltgipfel für eine nachhaltige Entwicklung – ein G- utachten



des Klimawandels. Seine technologischen, kommerziellen und politischen Instrumentarien vertiefen die Klimakrise und verstärken die Hunger in der Welt. Deshalb lehnen wir die Freihandelsverträge und Assoziierungsabkommen und jede Form der Anwendung der intellektuellen Eigentumsrechte über das Leben ab, ebenso die aktuell technologischen Pakete (agrochemische und gentechnische Maßnahmen) und jene Technologien, die sich fälschlicherweise als Lösungen anbieten (Agrotreibstoffe, Geoengineering, Nanotechnologie, Terminator-Technologie und ähnliche), denn sie verschärfen lediglich die gegenwärtige Krise.

Zugleich decken wir auf, wie dieses kapitalistische Modell Megaprojekte der Infrastrukturen durchsetzt, Regionen mit extraktiven Projekten überschwemmt, das Wasser privatisiert und vermarktet, die Territorien militarisiert, die indigenen und bäuerlichen Völker vertreibt und dadurch die Nahrungsmittelsouveränität hintertreibt und die soziale und Umweltkrise vertieft.

Wir fordern die Anerkennung des Rechts aller Völker, der Lebewesen und der Mutter Erde auf Zugang zu Wasser und seine Nutzung und unterstützen den Vorschlag der Regierung Boliviens, das Wasser als ein fundamentales Menschenrecht anzuerkennen. Die Definition von Nutzwald in den Verhandlungen zur Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen, die Pflanzungen einschließt, ist inakzeptabel. Die Monokulturen sind keine Wälder. Deshalb fordern wir für Verhandlungszwecke eine Definition, die die natürlich gewachsenen Wälder und Urwälder und die Diversität der Ökosysteme der Erde anerkennt.

Die Erklärung der UNO über die Rechte der indigenen Völker muss voll anerkannt, erfüllt und in die Verhandlungen über den Klimawandel integriert werden. Die beste Strategie und Handlungsweise, um die Entwaldung und die Waldschäden zu verhindern und die natürlichen Wälder und Urwälder zu schützen, besteht darin, die kollektiven Rechte an den Ländereien und Territorien anzuerkennen und zu garantieren, besonders in Anbetracht der Tatsache, dass die Mehrheit der Wälder und Urwälder sich in den Territorien indigener Völker und Nationen, bäuerlicher und traditioneller Gemeinden befinden. Wir verurteilen die Marktmechanismen wie den Mechanismus REDD<sup>\*\*</sup> (Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung der Wälder) und

seine Varianten, die die Souveränität der Völker und ihr Rechtaufreie, vorherige und informierte Einwilligung und die Souveränität der nationalen Staaten sowie die Rechte, Bräuche und Gewohnheiten der Völker und die Rechte der Natur verletzt.

Die für Kontaminationen verantwortlichen Länder haben die Pflicht, auf direktem Wege die ökonomischen und technologischen Ressourcen zugunsten der indigenen, originären und bäuerlichen Völker und ihrer überlieferten Organisationsstrukturen zu überweisen, um die Wiederherstellung und Erhaltung der Wälder und Urwälder zu bezahlen. Das wäre eine direkte Kompensation, zusätzlich zu den Finanzierungsquellen, die von den entwickelten Ländern zugesagt worden sind, außerhalb des Kohlenstoffmarktes und keineswegs als Kompensationen von Kohlenstoff (carbon offsets). Wir fordern die Länder auf, die lokalen Projekte zu stoppen, die mit Marktmechanismen auf Wälder und Urwälder zugreifen und fälschlicherweise und unter deren Bedingungen Ergebnisse versprechen. Wir fordern von den Regierungen ein weltweites Programm zur Wiederherstellung der natürlichen Wälder und Urwälder, das von den Völkern geleitet und verwaltet wird und durch das forstwirtschaftliches Saatgut, Obstbäume und Wildflora zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungen müssen die Forstkonzessionen kündigen und dafür eintreten, dass das Erdöl im Boden bleibt, und es dringend ist, die Förderung von Erdöl und Erdgas in den Urwäldern einzustellen.

Wir fordern von den Staaten, dass sie die wirksame Anwendung der internationalen Menschenrechtsstandards und der Rechte der indigenen Völker anerkennen, achten und garantieren, besonders der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker und die Konvention 169 der ILO<sup>\*\*\*</sup>, um nur zwei entsprechende Dokumente im Rahmen der Verhandlungen, Politiken und Maßnahmen zur Beantwortung der durch den Klimawandel hervorgerufenen Herausforderungen zu nennen. Insbesondere fordern wir die Staaten auf, die Präexistenz des Rechts über unsere Territorien, Ländereien und Naturressourcen juristisch anzuerkennen, um unsere traditionellen Lebensformen zu ermöglichen und zu stärken und wirksam zur Antwort auf den Klimawandel beizutragen.

Wir fordern die volle und wirksame Anwendung des Rechts auf Konsultation, Beteiligung und vorherige Einwilligung sowie freie Information der indigenen

\*\* Anmerkung d. Red.: Reducing Emissions from Deforestation and Degradation.

\*\*\* Anmerkung d. Red.: International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation).



**tarantel Nr. 16 (2002/04)**

Vonder Lizenz zum Plündern zur Lizenz zum Töten. Das globale Freihandelssystem als neokoloniales Kriegssystem Ein Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergie Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Chance für Gesellschaft. Herausforderung an die Politik

Schwerpunkt: Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung – Stellungnahmen und Analysen

Das Phänomen „Verkehr“ von Gangolf Stocker Vonder Lizenz zum Plündern zur Lizenz zum Töten – Das globale Freihandelssystem als neokoloniales Kriegssystem (Teil 2) von Maria Mies



**tarantel Nr. 17 (2002/07)**

Völker bei allen Verhandlungsprozessen wie auch beider Planung und Durchführung von Maßnahmen, die mit dem Klimawandel in Beziehung stehen. Gegenwärtig erreichen die Umweltschäden und der Klimawandel kritische Ausmaße, und eine der Hauptkonsequenzen ist die Binnen- und internationale Migration. Nach einigen Schätzungen gab es 1995 etwa 25 Millionen Klimamigranten; aktuell schätzt man sie auf 50 Millionen, und die Vorhersage für das Jahr 2050 spricht von 200 bis 300 Millionen Menschen, die durch Situationen, die vom Klimawandel verursacht sind, aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die entwickelten Länder müssen die Verantwortung für die Klimamigranten übernehmen, sie in ihren Ländern aufnehmen und ihnen die Grundrechte internationalen Verträgen gemäß gewähren, die die Definition eines Klimamigranten beinhalten, damit alle Staaten diese Bestimmungen befolgen. Es ist ein Internationaler Gerichtshof des Gewissens zu konstituieren, um die Verletzungen der Rechte der Migranten, Flüchtlinge und Vertriebenen in den Ursprungs-, Transit- und Zielländern sichtbar zu machen, zu dokumentieren, zu verurteilen und zu bestrafen, wobei die Verantwortung der Staaten, der Unternehmen und anderer Akteure eindeutig zu benennen ist. Die Finanzmittel, die gegenwärtig den Entwicklungsländern für den Klimawandel zugewiesen werden, und die Vereinbarung von Kopenhagen sind viel zu gering. Die entwickelten Länder müssen eine neue jährliche Finanzierung von mindestens sechs Prozent ihres BIP zusagen, und zwar zusätzlich zur offiziellen Entwicklungshilfe und aus öffentlichen Quellen, um dem Klimawandel in den Entwicklungsländern entgegenzutreten. Das ist realisierbar, wenn man berücksichtigt, dass sie eine ähnliche Summe für ihre Verteidigungszwecke ausgeben und fünfmal mehr zur Rettung von Banken und Spekulanten vor dem Bankrott gewähren, was ihre internationalen Prioritäten und ihren politischen Willen ernsthaft in Frage stellt. Diese Finanzierung soll direkt, ohne Bedingungen und ohne Verletzung der nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung der am meisten betroffenen Gemeinschaften und Gruppen erfolgen. In Anbetracht der Unwirksamkeit des gegenwärtigen internationalen Instrumentariums muss auf der Konferenz in Mexiko ein neuer Finanzierungsmechanismus eingerichtet werden, der unter der Autorität der Konferenz der Teilnehmerstaaten an der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel arbeitet und dieser gegenüber Rechenschaft ablegt, und zwar mit einer signifikanten Vertretung

der Entwicklungsländer, um die Erfüllung der Finanzierungsverpflichtungen der Annex-1-Länder zu garantieren. Man hat festgestellt, dass die entwickelten Länder ihre Emissionen im Zeitraum 1990-2007 erhöht haben, und das trotz ihrer Behauptung, die Reduzierung würde im Wesentlichen durch Marktmechanismen unterstützt werden. Der Kohlenstoffmarkt hat sich in ein lukratives Geschäft verwandelt, er vermarktet unsere Mutter Erde. Er stellt keine Alternative dar, um dem Klimawandel zu begegnen, da er die Erde, das Wasser und sogar das Leben selbst ausplündert und verwüstet. Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass der Markt unfähig ist, das Finanzsystem zu regulieren, dass es anfällig und unsicher ist angesichts der Spekulation und dem Auftreten von Vermittlern, deshalb wäre es völlig unverantwortlich, seinen Händen die Bewahrung und den Schutz der menschlichen Existenz selbst und unserer Mutter Erde zu überlassen. Wir betrachten es als unzulässig, dass die laufenden Verhandlungen auf die Schaffung neuer Mechanismen abzielen, die den Kohlenstoffmarkt erweitern und fördern, während die vorhandenen Mechanismen das Problem des Klimawandels weder lösen noch sich in reale und direkte Aktionen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen umsetzen. Es ist unerlässlich, die Erfüllung der durch die entwickelten Länder in der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Entwicklung und Übertragung von Technologie zu fordern sowie den „technologischen Schaukasten“ abzulehnen, der von den entwickelten Ländern vorgeschlagen wird, die die Technologie nur vermarkten. Es ist von grundlegender Bedeutung, die Richtlinien für die Schaffung eines multilateralen und multidisziplinären Mechanismus für die partizipative Kontrolle, die Verwaltung und die kontinuierliche Bewertung des Technologieaustauschs festzulegen. Diese Technologien müssen Nutzen bringen, sauber und sozial verträglich sein. Ebenso grundlegend ist die Einrichtung eines Fonds für die Finanzierung und Erfassung geeigneter Technologien, die von intellektuellen Eigentumsrechten befreit sein müssen, besonders vom Patentrecht, und von privaten Monopolen in die öffentliche Verfügung übergehen müssen, frei zugänglich und zu niedrigen Kosten. Das Wissen ist universal und darf unter keiner Begründung Objekt privaten Eigentums und ausschließender Nutzung sein, ebenso wenig seine Anwendungen in Form von Technologien. Es ist Pflicht der

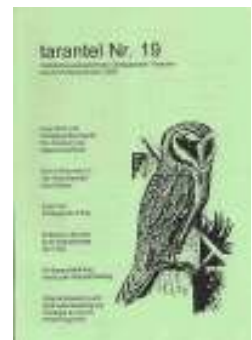


**tarantel Nr. 18 (10/2002)**

Anträge: Ökologische Plattform zum 8. Parteitag  
 Hochwasser: Zeit für die Oder: Offener Brief der AG Umwelt Brandenburg  
 Interview: Eva Bulling-Schröter. Bei Radio Aktiv in Hameln  
 Debatte: Plädoyer für eine ökologische Zeitenwende von Marko Ferst

**tarantel Nr. 19 (12/2002)**

Elke Wolf und Wolfgang Borchardt: Die Grenzen der Massenkaufkraft  
 Kuma'n Dumbell III.: Die Knechtschaft des Geldes  
 Franz Alt: Ökologische Ethik Ekkehard Jänicke: Zum Wahldebakel der PDS  
 Wolfgang Methling: Rede zum Naturschutztag  
 Alternativfassung und Diskussionsbeitrag zur Ökologie im neuen PDS-Programm



entwickelten Länder, ihre Technologien den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen, Forschungszentren für die Schaffung ihrer eigener Technologie und Innovationen zu schaffen wie auch ihre Entwicklung und Anwendung für das Vivir Bien zu schützen und zu fördern. Die Welt muss die Prinzipien und Ansätze des uralten Erbes ihrer Urvölker für die Abwendung der Zerstörung des Planeten zurückerobern, erlernen und wiederaufnehmen, ebenso das überlieferte Wissen und die Praktiken, die Spiritualität in der Wiedereingliederung in das Vivir Bien gemeinsam mit der Mutter Erde.

Angesichts des fehlenden politischen Willens der entwickelten Länder, in wirksamer Weise ihre Zusagen und Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Rahmen übereinkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel und im Kyoto-Protokoll übernommen haben, und angesichts der Nichtexistenz einer legalen internationalen Instanz, die Klima- und Umweltdelikten gegen die Rechte der Mutter Erde und die Menschheit vorbeugt und sie bestraft, fordern wir die Schaffung eines Internationalen Klima- und Umweltgerichtshofs, der die verbindliche juristische Kompetenz hat, Staaten, Unternehmen und Personen zu hindern, zu verurteilen und zu bestrafen, die durch Handeln oder Unterlassen Kontaminationen verursachen und den Klimawandel provozieren.

Es gilt die Staaten zu unterstützen, die Klagen vor dem Internationalen Gerichtshof gegen diejenigen entwickelten Länder einbringen, die ihre Verpflichtungen gemäß der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel und dem Protokoll von Kyoto nicht erfüllen, einschließlich ihrer Pflichten zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Wir rufen die Völker eindringlich auf, eine tiefgehende Reform der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) vorzuschlagen und zu unterstützen, damit alle ihre Mitgliedsstaaten die Entscheidungen des internationalen Klima- und Umweltgerichtshofs erfüllen. Die Zukunft der Menschheit ist in Gefahr, und wir können nicht akzeptieren, dass eine Gruppe von Regierenden entwickelter Länder für alle Länder entscheiden will, so wie sie es erfolglos auf der Konferenz der Teilnehmerstaaten in Kopenhagen versucht hat. Diese Entscheidung kommt uns, allen Völkern zu. Deshalb ist die Durchführung eines Weltreferendums, eines Plebiszits oder einer Volksbefragung über den Klimawandel notwendig, in dem die Meinungen eingeholt werden sollen über: das Niveau der Reduzierung von Emissionen, die die entwickelten Länder und die transnationalen Unternehmen vornehmen sollen; die Finanzmittel, die die entwi-

ckelten Länder zur Verfügung stellen sollen; die Schaffung eines internationalen Klimagerichtshofs; die Notwendigkeit einer Allgemeinen Erklärung der Rechte der Mutter Erde und die Notwendigkeit, das gegenwärtige kapitalistische System zu verändern. Die Durchführung des Weltreferendums, Plebiszits oder einer Volksbefragung wird Ergebnis eines Vorbereitungsprozesses sein, der die erfolgreiche Entwicklung desselbensichert.

Um unser internationales Auftreten zu koordinieren und die Zielstellungen dieses „Abkommens der Völker“ umzusetzen, rufen wir dazu auf, eine Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde aufzubauen, die sich auf die Prinzipien der Komplementarität und der Achtung der Verschiedenartigkeit des Ursprungs und der Sichtweisen ihrer Mitglieder stützt und sich als ein weiterer und demokratischer Raum der Koordination und Verbindung von Aktionen auf Weltebene konstituiert.

Mit diesem Vorsatz nehmen wir den beigefügten Weltaktionsplan an, auf dass in Mexiko die entwickelten Länder des Annex 1 den geltenden legalen Rahmen respektieren und ihre Treibhausgasemissionen um 50 Prozent reduzieren und die verschiedenen Vorschläge übernehmen, die in diesen Abkommen enthalten sind.

Abschließend kommen wir überein, die zweite Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde im Jahre 2011 durchzuführen, als Teil dieses Prozesses des Aufbaus der Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde und als Reaktion auf die Ergebnisse der Konferenz zum Klimawandel, die Ende des Jahres in Cancún, Mexiko, stattfinden wird.

Quelle:

<http://amerika21.de/hintergrund/2010/cochab-92637-erklarung> (Übersetzung Helma Chrenko, 02.05.2010)

Anmerkung d. Red.:

Die Weltkonferenz der Völker fand auf Einladung von Evo Morales, dem Präsidenten Boliviens, vom 19.-23.04.2010 als alternativer Klimagipfel in Cochabamba statt. Die Abschlusserklärung rechnet mit dem erfolglosen Klimagipfel von Kopenhagen ab, entwickelt erste Vorstellungen für eine alternative Weltordnung und enthält konkrete Vorschläge zum Stopp des Klimawandels. - Das Portal „amerika21.de“ bietet aktuelle und authentische Informationen zu den politischen Prozessen in Venezuela und Lateinamerika und möchte nicht nur informieren, sondern auch die Diskussion fördern.

### tarantel Nr. 20(04/2003)

Wolfgang Gehrcke: Georg W. Bush als Kriegsverbrecher nach Den Haag überstellen  
Marko Ferst: Geraer Kurs in neuen Politikstil übersetzen  
José Lutzenberger: Regenwaldzerstörung gefährdet Weltklima  
Herbert Burmeister: PDS muss Großflughafen Schönefeld verhindern  
Jochen Stay: Castortransport, Herbst 2002  
Roland Schnell: Thüringer Bratwurst nicht ewig Maßstab sozialistischer Esskultur



## Für eine kriegs-präventive dezentrale Energiewirtschaft in Bürgerhand. Desertec-Kritik

Henrik Paulitz

**Nach jahrelangen Diskussionen um die Wüstenstromkonzeption „Desertec“ soll mit dem vorliegenden Beitrag der Versuch unternommen werden, die wesentlichen Hintergründe und Motive wie auch die Erfolgchancen dieses Vorhabens zu beleuchten. Ein Plädoyer für eine kriegs-präventive dezentrale Energiewirtschaft in Bürgerhand.**

Spätestens seit den Ölpreiskrisen Ende der 1970er Jahre, dem Konflikt um Erdöllieferungen aus dem Nahen Osten, heißen die beiden Pfeiler der deutschen und europäischen Energiepolitik: Rückbesinnung auf heimische Energiequellen und Diversifizierung der Bezugsquellen von Energie.

Als heimische Energiequelle wurde damals wieder verstärkt die Steinkohle gefördert. Der Ausbau der Atomenergie wurde – sachlich völlig unzutreffend – als „quasi-heimische“ Energiequelle propagiert. Inzwischen stellen die von den Kohle- und Atomkonzernen bekämpften, heimischen erneuerbaren Energien das Rückgrat einer perspektivisch weitgehend unabhängigen und krisenfesten Energieversorgung dar. Mit den erneuerbaren Energien aus regionaler Produktion erweist sich der erste Pfeiler der Energiepolitik als tragfähige Strategie.

### Die „Energie-Außenpolitik“ ist zum Scheitern verurteilt

Weitgehend gescheitert ist hingegen die Strategie einer Diversifizierung der im Ausland liegenden Bezugsquellen von Energie. So sollen die Erdöl- und Erdgasvorkommen der Nordsee schon bald ausgebeutet sein. Zwar brachte das so genannte Erdgas-Röhren-Geschäft mit der damaligen Sowjetunion auf dem Wärmemarkt für einige Zeit Entlastung durch russisches Erdgas, und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erhoffte sich die Deutsche Bank mit der „Europäischen Energie-Charta“ den schnellen und billigen Zugriff auf deren gigantischen fossilen n  
Energiereserven. Schon vor Jahren mussten die westlichen Manager aber realisieren, dass sich

Russland vom Westen nicht einfach billig ausbeuten lässt.

Längst geht es um Strategien, wie man an Russland vorbei die fossilen Reichtümer Asiens nach Europa schafft. An die Stelle der Europäischen Energie-Charta trat ein Dauerkonflikt um Macht und Einfluss in den ehemaligen Staaten der Sowjetunion. Und auch die Erdgaslieferungen aus Russland selbst sind zum ständigen Streitpunkt im Poker um Energie geworden. Die deutsche und europäische Außenpolitik beschäftigt sich seit Jahren fast nur noch mit dem erhofften Import von Energie und anderen Rohstoffen. Heute firmiert die Diversifizierungsstrategie unter den Begriffen „Energie-Außenpolitik“ und „Energie-Sicherheit“. Diese Begriffe stehen zum einen für das Interesse an zuverlässigen Energielieferungen, zum anderen versteckt sich hinter diesen Begriffen die Bereitschaft, den Zugriff auf die Energiereserven fremder Völker mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Nicht umsonst warnte der deutsche Umweltschaftssekretär Michael Müller vor Jahren vor einem Zeitalter der Energie- bzw. Ressourcenkriege.

Im Kampf der Weltmächte um Energie werden alle Register gezogen. Rohstoffreiche Länder werden mit fadenscheinigen Begründungen wie dem stets brauchbaren Menschenrechtsargument mit Kriegen überzogen, man unterstützt gezielt oppositionelle Kräfte, finanziert sogar Revolutionen und installiert auf diese Weise Regierungen, die anschließend Verträge und Lizenzen mit den westlichen „Siegermächten“ abschließen sollen („Regime-Change“). Längst ist auch wieder Afrika in den Blickpunkt geraten, seit dort große Rohstoffvorkommen gefunden wurden, und schon läuft eine politische Debatte, wie man den Neokolonialismus positiv werten könnte – historische Schuld und Moralspiele dabei praktizieren keine Rolle. Heutzutage ist wieder alles möglich. Ausgeschlossen sind noch nicht einmal Stellvertreterkonflikte unter europäischen Staaten. Und natürlich findet auch der Konflikt im erdölreichen Nahen Osten kein Ende. Vor Jahren wurde der Irak überfallen, derzeit muss man mit einem Krieg gegen Iran rechnen. Nicht außer Acht lassen darf man in diesem Zusammenhang auch den Konflikt um die Erdgasreserven im Meer vor dem Gaza-Streifen.

Erfolgreich ist die „Energie-Außenpolitik“ mit ihren Dauerkonflikten und Kriegen nicht. Alle Unterstützung für Revolutionen und Kriegseinsätze der Bundeswehr bzw. Unterstützungen für US-Kriege führten nicht zu stabilen Verhältnissen und der Möglichkeit sich zuverlässig und dauerhaft die Bodenschätze der betroffenen Länder anzueignen (vgl. u.a. Georgien,



#### tarantel Nr. 21 (07/2003)

Dokumentezum Workshop "Welternährung"  
Meinungen zum Chemnitzer Parteitag und zum Programm  
Gesundheitsgefahr durch Mobilfunkantennen

#### tarantel Nr. 22 (10/2003)

Europawahlkampf: Ökologieaussage der PDS  
Manfred Wolf, Marko Ferst: Zehn Jahre Ökologische Plattform  
Bundestreffender Ökologischen Plattform 8./9. Mai: alle Informationen auf S. 12  
Franz Alt: Was will China mit der Hanauer Atomfabrik?  
Kurt Kretschmann: 90. Geburtstag  
Götz Brandt: Umweltkonferenz bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN





Irak, Afghanistan/Mittlerer Osten, Sudan, Demokratische Republik Kongo etc.). Aller Voraussicht nach wird dieses Konzept auch in Zukunft scheitern. Diese Energiepolitik ist ganz einfach deswegen zum Scheitern verurteilt, weil militärische „Erfolge“ nicht von Dauer sind. Diese Energiepolitik scheitert zusätzlich aber auch deswegen, weil Länder wie etwa China, Indien und selbst der Iran mit der EU und den USA um die knappen Energieressourcen konkurrieren und zum Teil weitaus erfolgreicher Lieferverträge aushandeln. Nicht umsonst bringen sich die USA und die Europäer in Zentralasien im Vorhof Chinas militärisch in Stellung.

Nicht umsonst ist Deutschland beispielsweise auch im Sudan politisch und militärisch engagiert und versucht, den ölreichen Süden vom Nordsudan bzw. der Zentralregierung abzuspalten, die Ölan-China-Lieferperspektivisch drohen im Namen dieser Energie-Außenpolitik ständige Kriege und Stellvertreterkriege und nicht zuletzt auch kriegerische Auseinandersetzungen mit China.

In diesem Gesamtkontext ist auch das Wüstenstrom-Konzept „Desertec“ zu sehen. Desertec ist der erneute Versuch Europas, in Konkurrenz zu anderen Weltmächten und vermutlich auch in Konflikt mit den betroffenen Ländern große Energiemengen aus einer Weltregion auszubeuten. Auch dieses Konzept birgt die Gefahr, dass es Anlass für ständige Konflikte, militärische Sicherungsmaßnahmen und möglicherweise auch Kriege sein würde. Eine dauerhaft stabile und konfliktarme Energieversorgung ist mit einem solchen Vorhaben kaum realisierbar.

Allein schon die enorme Anzahl der beteiligten Länder und Akteure auf afrikanischer wie auch auf europäischer Seite macht es äußerst unwahrscheinlich, dass es sich bei Desertec um eine erfolgversprechende Diversifizierungsstrategie handelt.

Die jüngste Ankündigung Frankreichs, in Konkurrenz zum deutschen Desertec-Konsortium seinerseits Solar- und Windenergie aus Afrika nach Europa transportieren zu wollen, offenbart den in Medien und Öffentlichkeit meist kaschierten, industriepolitischen Dauerkonflikt zwischen Deutschland und Frankreich. Das von deutschen Banken und Großkonzernen gesteuerte Desertec-Konsortium wird aus französischer Sicht natürlich als Kampfansage gesehen, weil Frankreichs Elite Afrika und den Mittelmeerraum primär als französisches Interessen- und Einflussgebiet betrachtet. Das zeigt, dass ein kooperatives Miteinander Deutschlands und Frankreichs bei der „Nutzung“ des nordafrikanischen „Sonnengürtels“ eher unwahrscheinlich ist.

Wie soll ein milliardenschweres Großvorhaben wie Desertec realisiert werden, wenn sich schon in der Frühphase Frankreich – ein zentrales Transitland für den Transport des Wüstenstroms nach Mitteleuropa – von den Deutschen übervorteilt fühlt?

### Diversifizierung durch Wüstenstrom scheitert seit über 30 Jahren

Die Realisierungschancen der Wüstenstromkonzeption „Desertec“ muss auch vor dem Hintergrund bewertet werden, dass es sich im Grunde um einen „alten Hut“ handelt, der schon seit mehr als drei Jahrzehnten propagiert, keinesfalls aber realisiert wird. Die Gründe für das Scheitern dieser Diversifizierungsstrategien sind vielfältig:

- Die erforderliche Kooperation der Energiekonzerne scheitert.
- Die erforderliche Kooperation der Staaten scheitert.
- Die nordafrikanischen Staaten wollen es vielleicht gar nicht. (Warum wurde noch nicht ein Wüstenkraftwerk konkret projektiert?)
- Realisierungsprobleme durch die Beteiligung zahlreicher Firmen aus Standortländern. (Vgl. Atomkraftwerksbau in Finnland mit vielen beteiligten Unternehmen: Alles geht schief.)
- Die vormals geplante Wasserstoffwirtschaft als Rieseninfrastruktur war technisch schwer umsetzbar und gegen den Widerstand der Mineralölwirtschaft praktisch nicht durchsetzbar.
- Beim heutigen Transportkonzept hohe Stromverluste trotz HGÜ-Leitungen\*.
- Die Stromkonzerne wollen keine Konkurrenz für die eigenen Kohle- und Atomkraftwerke; ein Milliardengeschäft steht mit Desertec in Frage.
- Großer Landbedarf (Problem in Küstennähe).
- Enormer Wasserbedarf (Problem in der Wüste).
- Evtl. schwere Verfügbarkeit von Standorten außerhalb von Sandwüsten (Sandsturmproblematik).
- Gewaltiger Finanzbedarf. (Die EU-Kommission ist skeptisch: „400 billion Euro is a lot of money“; EPR\*\* in Finnland war mit 3 Milliarden kaum finanzierbar.)
- Gewaltige finanzielle Risiken für Banken und

\* Anmerkung d. Red.: Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung.

\*\* Anmerkung d. Red.: European Pressurized Water Reactor (eng.); Europäischer Druckwasserreaktor-Kernreaktor



#### tarantel Nr. 23 (01/2004)

Dokument zum Workshop "Welternährung"  
Meinungen zum Chemnitzer Parteitag und zum Programm  
Gesundheitsgefahr durch Mobilfunkantennen

#### tarantel Nr. 24 (04/2004)

Europawahlkampf: Ökologieaussage der PDS  
Manfred Wolf, Marko Ferst: Zehn Jahre Ökologische Plattform  
Bundestreffender Ökologischen Plattform 8./9. Mai: alle Informationen auf S. 12  
Franz Alt: Was will China mit der Hanauer Atomfabrik?  
Kurt Kretschmann: 90. Geburtstag  
Götz Brandt: Umweltkonferenz bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



- Versicherungen.
- Fehlende Rechtssicherheit für die „Investoren“ (u.a. Eigentumsgarantie).
- Terror- bzw. Sabotagegefahr (vgl. Einschätzung von Vattenfall dazu).
- Gefahr der militärischen Aneignung der Anlagen durch andere Staaten
- Gefahr einer Energierevolte durch die lokale Bevölkerung (vgl. Probleme in Nigeria), daher Notwendigkeit von brutalen Sicherheitsapparaten.
- Eine vorrangige Abnahmegarantie zu garantierten hohen Preisen durch die Netzbetreiber ist nicht leicht durchsetzbar. (Wüstenstrom wird für die Verbraucher teuer!)
- Preiswerte Konkurrenz durch dezentralen Wind- und Solarstrom stellt die Finanzierung in Frage.

### Die unrealistischen Verheißungen von Großprojekten

Man darf in der Desertec-Diskussion auch die psychologische Komponente nicht außer Acht lassen. Die schiere Größe technischer Vorhaben begeistert und elektrisiert immer wieder die Menschen. Je größer die beteiligten Konzerne, je größer der Finanzbedarf und je größer das Vorhaben, desto eher glauben viele an eine schnelle Realisierung. Die Argumentation läuft ganz ähnlich wie während der Atom-Euphorie der 1950er und 60er Jahre: Mit dem konzentrierten Einsatz geballter Energie lösen die beteiligten Physiker, Ingenieure und Konzerne mit einem Streich die Energieprobleme der Menschheit. Die Sehnsucht auf der einen Seite trifft auf das Versprechen einer vollständigen und schnellen Erlösung auf der anderen Seite. Bei nächster Betrachtung ist allerdings festzustellen, dass es sich in aller Regel um völlig unrealistische, von den Medien und von interessierter Seite aufgeputzte Verheißungen handelt. Fast alle Großprojekte der Energiepolitik sind entweder vollständig, zumindest aber in der lautstark angekündigten Dimension gescheitert.

Hier einige Beispiele:

- Wiederaufarbeitung
- Schneller Brüter
- Hochtemperaturreaktor
- Fusionsreaktor
- Dutzende Atomexporte von Siemens
- Renaissance der Atomenergie mit Dutzenden Europäischen Druckwasser-Reaktoren (z.B.

auch die vor Jahren geplante EPR im russischen Smolensk mit HGÜ-Atomstromtrasse nach Berlin/Kassel)

- Europäische Stromtrassen
  - Zahllose Pipeline-Projekte
- Für all diese Projekte fließt zwar jede Menge Geld in die Taschen von Forschungseinrichtungen und Konzernen, realisiert wird aber so gut wie nichts. Vielleicht geht es auch beim Wüstenstrom nur um milliardenschwere Subventionen für viel beschriebenes Papier, Konferenzen und für heiße Luft?! Man darf jedenfalls nicht jede Ankündigung von Konzernen für bare Münze nehmen. Das Desertec-Konzept wird in der vorgeschlagenen Form niemals Realität werden – ebenso wie in den vergangenen drei Jahrzehnten.

### Deutsche Bank gibt Schnecken tempo vor

Das Desertec-Konzept ist ohnehin nichts anderes als ein Gedankenmodell, das mit der Realität nichts zu tun hat. In der Realität geht es lediglich um die mögliche Realisierung von Einzelprojekten, also um einzelne solarthermische Kraftwerke und um einzelne Stromtrassen oder gar nur um Lückenschlüsse. Und jedes einzelne Teilprojekt muss mühsam auf den Weg gebracht werden. Eine schnelle Realisierung ist völlig ausgeschlossen.

Das Desertec-Konzept sieht auf dem Papier optimistisch eine Realisierung bis 2050 vor, um dann lediglich 15% des Stroms zu liefern. Diese 15% Strom aber können zusätzliche dezentrale Anlagen in nur wenigen Jahren bereitstellen.

Diese optimistischen Vorhersagen der Desertec-Promotoren werden von den beteiligten Konzernen aber in keiner Weise unterstützt. Die Deutsche Bank bremst wie schon seit vielen Jahren beim Tempo. Tenor: Wir haben viel Zeit, keine unnötige Hektik. Die Deutsche Bank ist sich zudem alles andere als sicher, ob das Konzept tatsächlich umsetzbar ist. Mit Hilfe von Pilotprojekten soll zunächst die Frage beantwortet werden, ob das Vorhaben in Nordafrika realitätstauglich ist: „Does it work in this context?“

Ebenso zurückhaltend zeigt sich RWE: „Desertec heißt das Projekt. Aber noch ist es Vision“, so RWE Manager Frank Dinter in einer Anzeige des Unternehmens.

Das zeigt, dass es alles andere als wahrscheinlich ist, dass Desertec im Jahr 2050 15% des Stroms in Europa liefern wird.



#### tarantel Nr. 25 (06/2004)

Standpunkt zur Grünen Gentechnik:  
Chancen-Risiken-Verbrauchernutzen-Saatgutmarkt-Alternativen  
Biosafety-Protokoll-EU-Beschlusslage-„Life-Science“-Industrie  
Gentechniknovelle-PDS-Parteiprogramm-GVO-Zulassung  
Anhang: Saral Sarkar/Bruno Kern-Ökosozialismus oder Barbarei

#### tarantel Nr. 26 (09/2004)

Antrag der Ökologischen Plattform an den 9. Parteitag der PDS  
Wolfgang Methling, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050  
Götz Brandt und Helmut Horst. Ein Bericht von der 1. Tagung „Mythos  
Wirtschaftswachstum?“



## „The hidden nuclear agenda“

Der Europaabgeordnete Claude Turmes warnt obendrein vor einer versteckten Nuklear-Agenda („The hidden nuclear agenda“). Turmes verfügt über Dokumente und mündliche Informationen, wonach die Stromtrassen zwischen Nordafrika und Europa faktisch für den Transport von Kohle- und Atomstrom gebaut werden sollen. Italienische und französische Unternehmen wollen in Tunesien ein Kohlekraftwerk und in Ägypten und Albanien Atomkraftwerke bauen. Ein Großteil des Stroms soll nach Europa geliefert werden, und dafür werden die vermeintlichen Solarstromseekabel benötigt. Das Desertec-Konzept dient also möglicherweise der Legitimierung der Kohle- und Atomstromleitungen („Green Washing“). Insbesondere auch bei den Ankündigungen Frankreichs, man wolle in Konkurrenz zu Desertec Solarstrom aus Nordafrika nach Europa importieren, soll man vorsichtig sein und nicht vorschnell einen produktiven Solarwettbewerb annehmen. Gut möglich, dass es Frankreich insgeheim nur um die politische Durchsetzung von Atom- und Kohlestromtrassen zwischen Afrika und Europa geht. Die potenzielle Lüge bei der Legitimierung des Netzausbaus erinnert im Übrigen an Kommunikationsstrategien in Deutschland: Auch bei den geplanten Stromtrassen in Norddeutschland, die mit den geplanten Offshore-Windparks legitimiert werden, geht es interessierten Kreisen offenbar darum, Strom aus neuen Kohlekraftwerken von Nord nach Süddeutschland zu transportieren.

## „Desertec“ ist die Fortschreibung eines falschen „Geschäftsmodells“

Nimmt man an, dass es in den kommenden Jahrzehnten zur Errichtung einiger solarthermischer Kraftwerke in Nordafrika kommen könnte, so stellt sich die Frage nach den Motiven und Beweggründen der beteiligten Konzerne und nach dem möglichen Nutzen für die Bevölkerung: Die an dem Vorhaben interessierten Großbanken (insbesondere die Deutsche Bank), Versicherungsriesen (Münchener Rück) und Energiekonzerne haben allein deswegen ein Interesse am Desertec-Konzept, weil es eine Fortschreibung des gesellschaftsschädlichen „Geschäftsmodells“ der heutigen Stromwirtschaft zu erlauben scheint. Es geht um ein „System der Abzocke“, bei dem relativ günstig erzeugter Großkraftwerksstrom (niedrige Kosten) mit

staatlicher Billigung zu weit überhöhten Strompreisen (hohe Preise) an die Bevölkerung verkauft wird. Dadurch werden gigantische Gewinne realisiert. Von technischer Seite ist es hierbevolligegal, ob es sich um ein Atomkraftwerk, ein Kohlekraftwerk, ein Offshore-Windpark oder um ein Wüstenkraftwerk handelt. Ausschlaggebend ist allein, dass sich die Großkraftwerke in der Hand weniger Finanzhäuser und Energieriesen befinden. Der Staat soll auch wie üblich alles vorfinanzieren und das volle Risikotragen. Staatssubventionen sollen den Bau der HGÜ-Stromtrassen bzw. von Kraftwerken ermöglichen, das vermeintliche unternehmerische Risiko wird u.a. durch Hermes-Bürgschaften aufgefangen, öffentliche Banken sollen zinsgünstige Dumping-Kredite vergeben (vgl. Billigkredit für den EPR-Atomkraftwerksbau in Finnland), während private Großbanken selbstverständlich den vollen Zins kassieren. Es handelt sich im Kern um ein Konzept der Vermögenskonzentration bei den einschlägigen Großkonzernen und zur Verarmung breiter Bevölkerungskreise. Mit einem europäischen Verbundnetz im Zuge einer potenziellen Teilrealisierung des Desertec-Konzepts entstünde ein europäisches Supermonopol, das die Umverteilung von unten nach oben möglicherweise noch sehr viel aggressiver durchsetzen könnte als heute schon. In diesem Kontext ist zu sehen, dass schon heute ärmere Bevölkerungsschichten Probleme haben, ihre Energierechnungen zu bezahlen. Desertec könnte insofern zur weiteren Verarmung in Europa beitragen.

## Kein Konzept der Entwicklungshilfe

Auch in Entwicklungsländern profitieren erwartungsgemäß natürlich lediglich die reichen Eliten von Großkraftwerken. Die reichen und einflussreichen Clans werden es verstehen, Liefer- und Service-Verträge für eigene Firmen durchzusetzen, von Landverkäufen bzw. Verpachtungen zu profitieren, Miteigentümer der Großkraftwerke zu werden etc. etc. Die breite Bevölkerung hingegen zahlt – sofern und soweit sie sich einen Strombezug überhaupt leisten kann – wie bei uns üblich die Zechen durch überhöhte Strompreise. Desertec wäre insofern nichts als eine Kopie der europäischen „Stromdiktatur“ auf Entwicklungsländer. Obendrein würden die europäischen Stromkonzerne wie RWE und EDF (Électricité de France) ihre



### tarantel Nr. 27 (01/2005)

Workshop der Ökologischen Plattform, Sozialismus ist eine Bewegung... gegen die Ausplünderung der Natur“ (13.11.2004 Berlin)

### tarantel Nr. 28 (03/2005)

Erneuerbare Energien:  
Klimakatastrophe-Ressourcenendlichkeit-Industrialisierung  
Erneuerbare Energien-Vor- und Nachteile-Potential-Biomasse-Wasserkraft-  
Windenergie-Geothermie-Solarthermie-Photovoltaik  
Energieeinsparungen-Speicherung-Investitionen-Kosten-Rücklaufzeiten  
Staat und Monopole-Energiepolitik von EU und BRD  
Politische Grundsatzzpositionen der PDS zu den erneuerbaren Energien



Marktmacht nicht nur in Europa vertiefen, sondern auf Nordafrika und den Nahen Osten ausdehnen. Immer mehr Menschen in Nordafrika und im Nahen Osten würden Kunden von RWE & Co. Auch für Entwicklungsländer dürfte daher grundsätzlich die Empfehlung richtig sein, dass breite Bevölkerungskreise nur von „Kraftwerken in Bürgerhand“ profitieren können. Die Entscheidung über die Energieversorgungsstruktur obliegt aber natürlich den Betroffenen selbst.

### Wüstenstrom blockiert den dezentralen Weg

In Europa ist Desertec eine Kampfansage an den laufenden, dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien in Bürgerhand. Denn das deutsche Stromnetz ist schon heute „überevull“. Trotz der Stillstände mehrerer Atomkraftwerke exportierte Deutschland in den vergangenen Jahren jede Menge Strom ins Ausland. Geplante Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke, Weiterbetrieb und Neubau von Kohlekraftwerken sowie der dezentrale Zubau erneuerbarer Energien werden die Stromüberschüsse in Deutschland weiter erhöhen.

Das wird erwartungsgemäß zu deutlich verschärften Auseinandersetzungen um die privilegierte Einspeisung von Strom ins Netz führen. Für „Desertec-Strom“ ist im Netz eigentlich „kein Platz“, außer es gelingt den Konzernen, eine vorrangige bzw. privilegierte Einspeisung des Wüstenstroms politisch durchzusetzen.

Die Banken werden schlichtweg nicht dazu bereit sein, Wüstenkraftwerke mitzufinanzieren, wenn der Absatz des Stroms in das Netz nicht staatlich absolut wasserdicht garantiert ist und garantiert hohe Preise für den Strom bezahlt werden. Schon heute sieht man beim EEG, wie das läuft: Offshore-Windstrom kann privilegiert und zu deutlich höheren Preisen eingespeist werden als Binnenwindstrom. Die Finanzierung von Wüstenkraftwerken steht und fällt also mit wasserdichten langfristigen staatlichen Einspeisegarantien.

Welchen Strom aber wird der Wüstenstrom dann potenziell verdrängen? Die großen Energiekonzerne werden alles daran setzen, dass Strom aus Kohlekraftwerken und aus Atomkraftwerken nicht verdrängt wird. Erwartungsgemäß würde es dann darauf hinauslaufen, dass der erneuerbare Strom aus Bürgerkraftwerken nicht mehr privilegiert und zu adäquaten Preisen ins Stromnetz eingespeist werden kann. Dadurch würde der weitere dezentrale

Ausbau dann weniger wirtschaftlich und möglicherweise sogar weitgehend zum Erliegen gebracht. Doch selbst wenn – wie erwartet – der Wüstenstrom nicht in größerem Stil realisiert wird, so blockiert er schon heute den dezentralen Ausbau. Weil nämlich Konzerne, Bundesregierung, Medien, Grüne und Greenpeace die Illusion verbreiten, Desertec werde schon morgen alle unsere Energieprobleme lösen, fehlen wesentliche Triebkräfte zur weiteren Beschleunigung des dezentralen Ausbaus der erneuerbaren Energien. Potenziellen Investoren in dezentrale Anlagen wird vorgemacht, vermeintlicher „Low-Tech-Wüstenstrom“ sei besser als die Photovoltaikanlage auf dem eigenen Dach. Und im Vertrauen auf die schnelle Realisierung „guter“ Offshore-Windparks werden grüne Kommunalpolitiker davon abgehalten, vor Ort für die Durchsetzung von Binnenwindenergieanlagen zu kämpfen.

### Für „Kraftwerke in Bürgerhand“

Vor diesem Hintergrund spricht alles für dezentrale Kraftwerke in Bürgerhand. Wie die Realität der vergangenen Jahre zeigt, kommt der Ausbau dezentraler Energieanlagen mit großer Geschwindigkeit voran. Dafür gibt es sehr viel mehr Investoren als bei zentralistischen Weg. Diese Investoren müssen keinerlei Rücksicht auf ihre Monopolstrukturen und auf eigene Kohle- und Atomkraftwerke nehmen.

Eine dezentrale Energiewirtschaft stärkt die wirtschaftliche Potenz von Bürgern und Kommunen, stärkt die Freiheit und das Selbstbewusstsein der Menschen, fördert die Demokratie, sorgt für mehr Verteilungsgerechtigkeit, reduziert die Gefahr der Energiearmut, fördert regionale Wirtschaftskreisläufe, sorgt für Arbeitsplätze in der Region und fördert somit indirekt die Gesundheit der Menschen.

### Für eine kriegs-präventive dezentrale Energiewirtschaft

Durch die Nutzung heimischer erneuerbarer Energien werden Energieimporte im großen Stil überflüssig. Länder, die auf „Energieautonomie“ setzen, werden sich in Zukunft nicht mehr an Energiekriegen beteiligen (müssen). Eine dezentrale Energiewirtschaft ist daher ein ganz entscheidender Schlüssel für die Verhütung von Kriegen. Weder die Deutsche Bank, noch RWE, noch die Bundesregierung, noch die großen Medien, noch die Parteien, noch Verbände



#### tarantel Nr. 29 (06/2005)

Bundestreffen der Ökologischen Plattform am 11./12. 6. 2005 in Berlin-Malchow  
 Wahlalternative für Umweltpolitik? Ökologische Positionen der WASG  
 Thesen zur 5. Ökologischen Konferenz der PDS Brandenburg am 3. September 2005 in Müncheberg

#### tarantel Nr. 30 (III-09/2005)

Gentechnikfreie Stadt Leipzig 2005  
 Grünlackierte Betonpolitik  
 Staub soll erfressen und mit Lust  
 Konzepte einer ökologischen Ressourcenbesteuerung  
 Energiepolitik der PDS in Kommunen, Kreisen und Regionen



de wie Greenpeace können eine auf dem Reißbrett entworfene Energie-zukunft vollständig durchsetzen. Es wird in der Realität einige solarthermische Kraftwerke geben (evtl. auch in der Wüste), und es wird einen weiteren massiven dezentralen Ausbau geben. Auch wird es noch auf Zeit fossile und nukleare Großkraftwerke geben.

Einfluss haben die genannten Akteure allerdings darauf, den Energiemix mehr in die eine oder in die andere Richtung – möglicherweise ganz erheblich – zu verschieben. Vor diesem Hintergrund geht es nicht darum, das eine oder andere solarthermische Kraftwerk zu verteuern. Soll es doch gebaut werden. Kein Problem!

Es geht allerdings darum, dass sich der dezentrale Weg als der aus den dargelegten Gründen einzig sinnvolle möglichst weitgehend durchsetzt, nicht zuletzt auch aus friedenspolitischen Gründen. Dafür müssen sich möglichst viele Akteure gemeinsam stark machen.

Henrik Paulitz ist Energieexperte der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW). Kontakt: paulitz@ippnw.de; www.ippnw.de/atomenergie

Quelle:  
Solarzeitalter 2/2010, S. 3–9 ([http://www.eurosol.de/de/images/stories/pdf/SZA%202\\_2010\\_Paulitz\\_Desertec-Kritik.pdf](http://www.eurosol.de/de/images/stories/pdf/SZA%202_2010_Paulitz_Desertec-Kritik.pdf))

Diese Erde ist vielleicht nichts anderes, als eine Strafkolonie im Kosmos.

Franz Werfel

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

Molière



Diemeist 100000 Teilnehmer der Anti-Atom-Demonstration überflutet das Regierungsviertel mit Bundeskanzleramt und Reichstag.

## Brisanter Gigantismus. Hintergrund CCS: Sachgasse des Klimaschutzes – Methode zur Versenkung von Steuergebern

Jürgen Rochlitz

Mit dem Entwurf für ein „Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid“<sup>1</sup> stürzt sich die Bundesrepublik in ein Abenteuer der Technologiepolitik, dessen Ausgang völlig offen ist. Mitte Juli 2010 wurde das Papier vom Kabinett verabschiedet, Ende August finden die Anhörungen der Länder bzw. der Verbände statt – die vor dem Bundeswirtschaftsministerium heute -, Ende des Jahres soll der Bundestag entscheiden. Das einzige, was konkret vorliegt, ist derzeit die zweite Anlauf für ein CCS-Gesetz (Carbon Dioxide Capture and Storage). Dieses soll die Erforschung, Erprobung und Demonstration einer Technik ermöglichen, deren Ziel die „grüne“ Kohle ist. Das heißt eine Technik, beider der Hauptnacht

<sup>1</sup> www.bmu.de/files/pdfs/...gesetzentwurf\_ccs.  
\* Anmerkung d. Red.: d. h. 27. August 2010.



### tarantel Nr. 31 (IV-11/2005)

Wachsen oder Schrumpfen? Wachstum – Grenzen, Mythen, Profit und Wachstum  
Ökologischer Fußabdruck    Ökologischer Rucksack    Regierungsaufgaben  
Kommunale Autarkie    Umweltbewusstsein und Umweltverantwortung  
Bioprodukte    Was ist Ökosozialismus?    PDS und Wachstum

### tarantel Nr. 32 (I-03/2006)

Umweltkrise und Kapitalismus  
Eingrüner Baumwächstnurauf freiem Grund  
Wissen und Natur im Globalen Kapitalismus oder Heutige Bedingungen für den Sozialismus  
Energiepolitik der PDS in Kommunen, Kreisen und Regionen



derschwarzenKohle-dasbeiderVerbrennungentstehende Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) – abgeschieden (capture) und anschließend im Untergrund verschwinden (storage) soll.

Was sich anhört wie ein Märchen aus Tausendund-einer Nacht, ist tatsächlich eine Geschichte von Hoffnungen, Wünschen und Illusionen. Bedauerlicherweise wurde die Technik von „allerhöchster“ wissenschaftlicher Stelle, vom Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber, als besonders vorteilhaft für den Klimaschutz herausgestellt: „Ohne CCS haben wir keine Chance, das EU-Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad zu halten.“<sup>2</sup> Doch hat selbst diese Unterstützung dem ersten Gesetzentwurf der großkoalitionären Bundesregierung nicht geholfen; er ist im Juni 2009 sang- und klanglos gescheitert, und zwar am Widerstand von Bürgern in Schleswig-Holstein, die sich nicht als Versuchskaninchen für die CO<sub>2</sub>-Untergrundlagerung zur Verfügung stellen wollten.<sup>3</sup> Die dortige CDU sah ihre Wahlchancen schwinden, was den Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen zu der Drohung veranlasste, das Gesetz im Bundesrat zu Fall zu bringen. Begründung: „Gegen fast 100 Prozent der Bevölkerung etwas durchzusetzen, ist in einer Demokratie nicht möglich.“<sup>4</sup> Der Rest erledigten Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein gemeinsam mit CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer und einem zunächst verlorenen Häuflein von SPD-Abgeordneten um den „Solar-Papst“ Hermann Scheer.

Kanzlerin Angela Merkel, seinerzeit EU-Ratspräsidentin, musste eine herbe Niederlage einstecken. Sie hatte ja nur - auf Druck der Energiekonzerne - die im Dezember 2008 verabschiedete EU-Richtlinie zur Abscheidung von CO<sub>2</sub> und seiner Speicherung möglichst schnell in deutsches Recht umsetzen wollen. Übersehen hatten sie und die CCS-Begeisterten, dass die Richtlinie es den Mitgliedstaaten offenlässt, CO<sub>2</sub>-Speicher auszuweisen; dagegen benennt die EU-Kommission ausdrücklich die Risiken des Verfahrens. Die wurden jedenfalls in Schleswig-Holsteinschnellerkannt.

Der jetzige Gesetzentwurf ist genauso schlecht wie der erste, obwohl er sich auf Demonstrationsvorhaben mit maximal neun Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> beschränkt; er dokumentiert vor allem die Ahnungslosigkeit und das Nichtwissen aller Akteure über das

CCS-Verfahren. So liegt nun ein Gesetzentwurf als leere Hülle vor, die noch mit mindestens zehn Rechtsverordnungen gefüllt werden muss, die aber erst nach langjährigen Forschungen konkretisiert werden könnten.

Das Gesetzesvorhaben und seine Folgen könnten zum „Stuttgart 21“ der Energiepolitik werden, wenn in Brandenburg und Sachsen-Anhalt die dort von den CO<sub>2</sub>-Endlagerplänen betroffenen Bürger weiter jegliche Zustimmung verweigern. Worum geht es nun eigentlich?

### Mit CCS gegen den Klimawandel?

Verfahren zur Abtrennung und Speicherung von in Kraftwerken gebildetem CO<sub>2</sub> müssen sich den Vergleich mit anderen Optionen zur Minderung von Treibhausgasen gefallen lassen. Sie müssen zudem auch in das Gesamtbild der Energiepolitik der nächsten Jahrzehnte passen, dürfen also nicht kontraproduktiv zum Ausbau der CO<sub>2</sub>-freien Energiequellen sein. In diesem Zusammenhang ist die Position der chemischen Industrie aufschlussreich. Deren wirtschaftspolitische Interessenvertretung, der VCI, hat in einem Positionspapier zu CCS als Schlussfolgerung klar formuliert: „Grundsätzlich hat die Vermeidung zusätzlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Ausschöpfung aller möglichen Maßnahmen zur Energieeinsparung und Erhöhung der Energieeffizienz, zur Steigerung der Kraftwerkswirkungsgrade sowie zum Ausbau nicht-fossiler Energiequellen oberste Priorität und ist allen Optionen der Speicherung und Verwertung von bereits gebildetem CO<sub>2</sub> vorzuziehen.“<sup>4</sup> Dem ist nichts hinzuzufügen; ein Umweltverband hätte es nicht besser ausdrücken können. Einsparung von Energie und damit Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen sollte in allen Energiekonzepten von Bund, Ländern und Gebietskörperschaften an erster Stelle stehen. Auf diesem Sektor sollten prioritär Investitionen getätigt werden, dicht gefolgt von denjenigen für erneuerbare Energiequellen (EE).

Auch die Umweltverbände haben schon immer sowohl der Energieeinsparung als auch der Nutzung der EE oberste Priorität eingeräumt. In diesem Sinn haben sich auch kürzlich sowohl der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) als auch das Umweltbundesamt positioniert und sich damit eindeutig gegen CCS ausgesprochen (s.u.). Es muss daher

<sup>2</sup> Faltblatt IZ-Klima-Informationszentrum klimafreundliches Kraftwerke.V.

<sup>3</sup> Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ), 17.6.2009.

<sup>4</sup> Positionspapier Verwertung und Speicherung von CO<sub>2</sub>, VCI 2009.



#### tarantel Nr. 33 (II-05/2006)

Humane Produktivkräfte in der nachindustriellen sozialistischen Gesellschaft:  
 Mechanisches Weltbild – Megamaschine Industrielle Großtechnik –  
 Radikale Monopole Technikkritik – politische Kontrolle der Technik  
 Alternative Technologie – Technikfolgenabschätzung  
 Verantwortung und Pflicht der Wissenschaft  
 Kriterien und politische Ziele einer alternativen Wissenschaft

#### tarantel Nr. 34 (III-09/2006)

Bundestreffender Ökologischer Plattform in Wernigerode  
 Können Biokraftstoffe die fossilen Kraftstoffe ablösen?  
 Ökosozialistisches Manifest



verwundern, wenn auf einer Informationsveranstaltung im Europäischen Hauptsitz von Vattenfall in Cottbus von Konzernseite behauptet wird, „die CCS-Technik sei im Kampf gegen den Klimawandel die einzige Möglichkeit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren“<sup>5</sup> Schon hier wird deutlich: Man greift zu platten Lügen, um Akzeptanz zu erreichen.

## Abtrennung von CO<sub>2</sub>

Das CO<sub>2</sub> tritt in den Abgasen von Kohlekraftwerken in Konzentrationen von drei bis 14 Prozent auf<sup>6</sup>; jährlich emittiert ein Großkraftwerk (ab zirka 600 Megawatt) über fünf Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, das bedeutet aus etwa 50 Millionen Tonnen Rauchgasen müssen die etwa zehn Prozent CO<sub>2</sub> herausgefiltert werden. Anhand dieser Zahlen wird deutlich, welcher technische und ökonomische Aufwand betrieben werden muss, um die Konzentration von drei auf über 90 Prozent anzuheben. Mindestens zehn Prozent der Kraftwerksleistung sind für den Konzentrations-schritt nötig.

Für das Verfahren der Abtrennung stehen drei Methoden zur Verfügung, die Aussicht auf Realisierung haben könnten. In allen drei Fällen wird selbstverständlich die erwähnte zusätzliche Energie benötigt, und in allen drei Fällen bedeutet eine Verwirklichung den zusätzlichen Bau einer Chemiefabrik in der Größe des benachbarten Kraftwerksblocks. Solcherlei Überlegungen führten dazu, dass bereits in der Bundestags-Enquêtekommission „Nachhaltige Energieversorgung...“ von 2000 bis 2002 eine derartige Option von Vertretern der Grünen, der Umweltverbände und der damaligen PDS als Hirngespinnst abgetan wurde.<sup>7</sup>

Die drei Methoden werden bezeichnet als a) „Post-Combustion Capture“ (nach der Verbrennung findet die Absorption des CO<sub>2</sub> durch eine Wäsche mit Aminen statt), b) „Pre-Combustion Capture“ (Kohle wird vergast zu einem Gemisch aus CO<sub>2</sub> und Wasserstoff, der vom CO<sub>2</sub> getrennt und dann verbrannt wird) und c) „Oxyfuel“ (die Verbrennung der Kohle erfolgt mit reinem Sauerstoff statt mit Luft - zur Vermeidung der Stickoxide im Rauchgas). Während die erste Methode klassisches Kraftwerk und klassische Chemie vereint - daher für Nachrüstungen geeignet

ist - stellen die beiden anderen mehr oder weniger technisches Neuland dar und bergen zusätzliche Risiken (reiner Sauerstoff bzw. Wasserstoff). Der jetzige CCS-Gesetzesentwurf befasst sich nur mit Transport und Speicherung. Eigentlich müsste er auch die Capture-Stufe umfassen mit einem Artikel zur Änderung der Störfallverordnung, die notwendig ist wegen der zusätzlichen Risiken und Gefährdungsmöglichkeiten von Nachbarschaft und Umwelt durch Brände und Explosionen. Ein weiteres Defizit dieses Gesetzes zusätzlich zu den noch zu erwähnenden. Bei den Abtrennungsmethoden sind es vor allen Dingen die ungeheuren Mengen an CO<sub>2</sub> und an Verunreinigungen in den Rauchgasen, die zu beachten sind und die Probleme bereiten.

Solche Millionen-Tonnen-Einsätze oder -Produktionen gibt es in der Chemischen Industrie bis dato fast gar nicht, wenn nicht sogar überhaupt nicht. Auch dies ist eine beachtliche Herausforderung; es ist daher gar nicht ausgemacht, dass die erste Stufe großtechnisch funktioniert und ökonomisch beherrschbar ist. Im Gesetzesentwurf wird jedenfalls vorgebaut, in dem kein präziser CO<sub>2</sub>-Gehalt im Injektionsgas vorgeschrieben wird: „Ein Kohlendioxidstrom darf nur dann angenommen und in den Kohlendioxid-speicher injiziert werden, wenn er ganz überwiegend aus Kohlendioxid besteht und der Anteil von Kohlendioxid höchstens 90 Prozent beträgt, wie er nach dem Stand der Technik bei der jeweiligen Art der Anlage mit verhältnismäßigem Aufwand erreichbar ist.“ (Paragraph 24)

Der Aufwand für die Abtrennung des CO<sub>2</sub> ist aber als überverhältnismäßig zu bezeichnen: Zirka zehn Prozent des CO<sub>2</sub> werden nicht erfasst, mindestens zehn Prozent mehr Energie ist erforderlich, d. h. es werden mindestens etwa 25 Prozent mehr Kohle als Brennstoff benötigt, somit ist mit einem Mehrausstoß von mindestens 25 Prozent an CO<sub>2</sub> zu rechnen. Unter diesen Bedingungen wird verständlich, dass jede durch CCS eingesparte Tonne CO<sub>2</sub> die Kraftwerksbetreiber nach einer Prognose der Internationalen Energieagentur zwischen 40 und 90 Euro kosten würde. Das ist deutlich mehr als der Tonnenpreis für CO<sub>2</sub>, der gegenwärtig im europäischen Emissionshandel gezahlt wird.

Sowie bei der Post-Combustion-Methode noch eine großtechnisch und kommerziell akzeptable Rauchgaswäsche gesucht werden muss, steckt auch die Pre-Combustion-Methode noch in den Kinderschuhen; vor allem fehlt bisher eine großtechnisch erprobte und kommerziell akzeptable Gasturbine für das wasserstoffreiche Brenngas.

Bei der Oxyfuel-Methode ist die Situation ähnlich, al-

<sup>5</sup> MAZ, 3.6.2010.

<sup>6</sup> Verwertung und Speicherung von CO<sub>2</sub>, DECHEMA, 2008.

<sup>7</sup> Enquêtekommission „Nachhaltige Energieversorgung...“, 14. Wahlperiode, Kap. 4.3.5. (Endbericht).



### tarantel Nr. 35 (IV-12/2006)

Anti-Atom-Konferenz am 7. Oktober 2006 in Berlin

### tarantel Nr. 36 (I-03/2007)

Nanotechnologie

„Clean Coal“-Kohlekraftwerke ohne Klimafrevel?

Anträger der Ökologischen Plattform: die Partei der Grünen, die Partei der Linken, die Partei der PDS und die Partei der WASG



lerdings betreibt Vattenfall beim Kraftwerk Schwarz Pumpe eine Pilotanlage, und für den Kraftwerkskomplex Jänschwalde ist ein neuer Kraftwerksblock mit der Oxyfuel-Methode als Demonstrationskraftwerk im Aufbau begriffen. Erst dort soll gezeigt werden, wie und ob dieser erste Schritt der CCS-Technik überhaupt großtechnisch und kommerziell sinnvoll realisierbar ist. Die EU-Kommission stellt für dieses Projekt bereits 180 Millionen Euro in Aussicht.

## CO<sub>2</sub>-Transport

Wieschon ausgeführt, fallen in Großkraftwerken pro Jahr zwischen fünf und zehn Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> an - je nach Leistung. Diese Mengen können wirtschaftlich nur in Pipeline transportiert werden. Während in den USA bereits industrielle Anwendungen für den CO<sub>2</sub>-Pipeline-Transport existieren, fehlt in Europa jegliche Infrastruktur dafür.

Allerdings ist auch der Pipeline-Transport von CCS-CO<sub>2</sub> mit noch ungelösten Problemen behaftet und nicht ohne Risiko möglich. Erwähnt wurde schon, dass dieses CO<sub>2</sub> Verunreinigungen aus den Rauchgasen enthält. Wie hoch dieser sogenannte Schlupf aus den Rauchgasreinigungsschritten letztlich sein wird, ist noch unbekannt.

Optimistisch geht man von 0,3 Prozent aus. Das sind aber pro Jahr bei einem CCS-Kraftwerk zwischen 15000 und 30000 Tonnen, die zusammen mit CO<sub>2</sub> durch die Leitungen in den geologischen Untergrund gepresst werden sollen. In diesen Verunreinigungen sind stark korrosive Stoffe enthalten wie Schwefeloxide, Salzsäure, Flusssäure, die zusammen mit dem CO<sub>2</sub> den Stahl der Pipeline und die mit ihr verbundenen Apparate und Anlagen angreifen werden. Zu erwähnen ist noch, dass das CO<sub>2</sub> im „überkritischen“ Zustand transportiert werden muss (Druck: über 70 bar; Temperatur unter 30 Grad Celsius), damit die Reibung in der Pipeline nicht zu hoch wird und die Millionen Tonnens sich überhaupt bewegen.

Bei dem gescheiterten CCS-Projekt in Schleswig-Holstein sollte eine Hunderte Kilometer lange Pipeline vom RWE-Kraftwerk Niederaußem bei Köln nach Nordfriesland gebaut werden. Auch hier galt wieder einmal: Beim zentralistischen Gigantismus sind die Energieriesen unübertroffen.

Die Regelung des Transports fehlt im CCS-Gesetzentwurf gänzlich: Vielmehr können im Planfeststellungsverfahren Auflagen nach Belieben erteilt werden, sogar noch nach dem Planfeststellungsbe-

schluss. Statt aus übergeordneten Sicherheitsgründen den gesamten Prozess inklusive Transport dem Regime der Störfallverordnung zu unterwerfen, wird auch hier auf eine noch zu erlassende Rechtsverordnung verwiesen. Dies ist angesichts der Risiken des korrosiven Gasgemisches und seiner Erstickungswirkungen als Gas, das schwerer ist als Luft, z.B. in Kellern, Tiefgaragen, Niederungen usw., alles andere als angemessen.

Eine besondere Absurdität hat man sich im Zusammenhang mit dem Pipelinebau bei der Feststellung der Zulässigkeit von Grundstückenteignungen ausgedacht: Sie dienen „dem Wohl der Allgemeinheit, wenn der Transport einen nachhaltigen und wirksamen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energieversorgungssicherheit leisten kann“. Der Nachweis hierfür dürfte nur schwer zu erbringen sein angesichts der hohen Kosten der Pipeline (hochveredelter Stahl für Rohre und Anlagen), der zusätzlichen Energie bei der Abtrennung und der konkurrierenden wirtschaftlicheren Optionen zur Treibhausgasreduzierung. Erwähnt muss werden, dass für den Transport von fünf Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich ein Rohrdurchmesser von 50 Zentimetern erforderlich ist; den nötigen Druck von 70 bar hält nur eine Wandstärke von einem Zentimeter aus.

## Speicherung

Wie kompliziert und damit risikoreich die Stufe der Speicherung von CCS-CO<sub>2</sub> ist, kann daran ermesst werden, dass die Bundesregierung allein für diesen Komplex sechs Rechtsverordnungen zum Gesetzentwurf erlassen will. Für die Politiker, die bisher auf die CCS-Idee hereingefallen sind, sieht das Verfahren sehr einfach aus: Das flüssige CO<sub>2</sub> wird unter Druck in ein poröses Gestein in einigen hundert Metern Tiefe gepresst. Dort verbleibt es unter dem Gesteinsdruck „auf ewige Zeiten“. Dieser Illusion kann schnell ein Ende bereitet werden, wenn man sich die Parameter vergegenwärtigt, die bisher noch nicht erfasst bzw. gemessen wurden: Die Speicherkapazität, die Aufnahmefähigkeit pro Zeit und Volumen, die Fläche und Tiefe des unterirdischen CO<sub>2</sub>-Sees, die Mengen an salzhaltigem Tiefenwasser, die wohin verdrängt werden, müssen ermittelt werden; Druck und Temperatur des unterirdischen CO<sub>2</sub>, seine Wanderung durch und in den Deckschichten müssen messbar werden. Alte Bohrlöcher, Tiefenbrunnen, Risse und Unregelmäßigkeiten im Deckgestein, weitere natürliche und anthropogene Verbindungen zur



### tarantel Nr. 37 (II-06/2007)

Energiesicherheit - gerecht und umweltverträglich  
Sind die Tagedes Schneeleoparden gezählt?  
Der Klimawandel und die G8  
Kuba - Auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit?

### tarantel Nr. 38 (III-09/2007)

Johanna Scheringer-Wright. Umweltprobleme in Thüringen  
Oskar Lafontaine. Wirtschaftssysteme können ökologisch scheitern  
Konferenz: Klima & Energie - Macht - Arbeit in Hamburg 2.-4. November 2007  
Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform





Erdoberfläche müssen erfasst und kontrolliert werden, Messmethoden dafür entwickelt werden usw. Aber auch den Wissenschaftlern, die sich bisher mit der Problematik befasst haben, muss vorgeworfen werden, dass sie eine Illusion verbreiten. Sie wollen glauben machen, der geologische Untergrund ließe sich wie ein chemischer Reaktionskessel betrachten. Wie bei diesem ließen sich Untersuchungsergebnisse wie z.B. aus dem Pressversuch in Ketzin (Brandenburg) mit 600000 Tonnen CO<sub>2</sub> (bisher ohne die kritischen Verunreinigungen aus dem Abscheidungsprozess) in einem nächsten Schritt auf Millionen Tonnen übertragen.

Da „zerstörungsfreie“ Messmethoden (ohne Bohrungen) im geologischen Untergrund nur peripher existieren, müssen Computermodelle über die Ausbreitung des CO<sub>2</sub> und über sein dynamisches Verhalten während einer jahrelangen Injektion entwickelt werden - mit allen Schwächen solcher Simulationen. Diese theoretischen Modelle sollen den Aufschluss geben über die möglichen Risiken des Speichers: Welche Leckagewege, welche langsamen oder schlagartigen Freisetzungen könnten eintreten, wie könnten die salzhaltigen Tiefenwässer in Grund- bzw. Trinkwasserhorizonte verdrängt werden? Die Bundesregierung hat offensichtlich aus Gründen der Akzeptanzsicherung darauf verzichtet, folgende Punkte vorzuschreiben: Der Speicher fällt nicht unter die Sicherheitsanforderungen der Störfallverordnung; es wird keine Sicherheitszone um den Injektionsort festgelegt, und es fehlen flächendeckende Bodenluftmessgeräte in Kellern, Tiefgaragen usw. sowie flächendeckende Grundwasseremissionsstellen zur Erfassung erster Spuren von CO<sub>2</sub>.

Angesichts derart vieler ungeklärter Fragen und Versäumnisse ist es ein umweltpolitischer und rechtlicher Skandal ohnegleichen, wenn der Gesetzentwurf für einen sogenannten Forschungsspeicher das Planfeststellungsverfahren herabstufte zum einfachen Genehmigungsverfahren, die Öffentlichkeitsbeteiligung entfällt und der Beweis für die Langzeitsicherheit nicht erbracht werden muss.

Skandalös ist ebenfalls, dass weder die Bundesregierung noch die heftigen Befürworter der CCS-Technologie ein zentrales Dilemma noch nicht erkannt haben, das zum sofortigen Aus für CCS führen müsste: Je genauer man erfassen und messen will, umso unsicherer wird die Lagerung durch jede zusätzliche Messbohrung.

Damit verknüpft ist ein anderes Problem: Dem Betrug an den betroffenen Bürgern wird Tür und Tor

geöffnet, wenn mit unzureichenden bzw. falsch positionierten Messfühlern kein CO<sub>2</sub> signalisiert und damit eine Sicherheit vorgegaukelt wird, die faktisch überhaupt nicht gegeben ist. Wer wird das kontrollieren, wenn den Betreiber die Eigenüberwachung per Gesetz übertragen wird?

## Risiken

Das Hauptrisiko ist in den Eigenschaften des CO<sub>2</sub> zu suchen. Es ist zwar nicht giftig, wird deswegen bisher nicht von der Störfallverordnung erfasst. Es ist jedoch 1,5-mal schwerer als Luft und daher seit über hundert Jahren als Arbeitsplatzgefahr bekannt (vom Winzerkeller über Feuerlöschriskien bis zur modernen Biogasanlage und zur Festlegung eines Arbeitsplatzgrenzwerts von 0,5 Prozent). Über dem kritischen Druck von 74 bar ist es eine dichte Flüssigkeit, aber mit den Eigenschaften eines Gases, so dass es in diesem Zustand am besten per Pipeline transportiert werden kann.

CO<sub>2</sub> wirkt schon bei einer Konzentration ab zwei Prozent leicht narkotisch, ab 5,5 Prozent gibt es Atembeschwerden, Kopfweh und beschleunigte Herzfrequenz, ab 6,5 Prozent erzeugt es Verwirrtheit, und bei sieben bis zehn Prozent können schwere toxische Wirkungen ausgelöst werden. In diesem Konzentrationsbereich führt der fehlende Sauerstoff zu Todesfällen, was von der US-amerikanischen Umweltbehörde EPA zwischen 1975 und 2000 für 72 Personen dokumentiert wurde, die durch CO<sub>2</sub>-Freisetzung bei Feuerlöschanlagen ums Leben kamen.

Entlang der gesamten CCS-Strecke können schlagartige oder schleichende Freisetzungen stattfinden mit im schlimmsten Fall tödlichen Folgen. Am riskantesten ist der CCS-Speicher, der ein offenes geologisches System darstellt und nicht lückenlos überwacht werden kann. Dessen Langzeitsicherheit, nämlich „vollständige Rückhaltung auf unbegrenzte Zeit“ (Gesetzentwurf Paragraphen 3,1 und 8) kann, wie oben dargelegt, grundsätzlich nicht gewährleistet werden.

Daher ist die Übertragung der Verantwortung hierfür nach dreißig Jahren auf die Länder - wie im Gesetzentwurf verlangt - eine Posse, die die Energiekonzerne von der Langzeitverantwortung freispricht zu Lasten der Länder und damit der Steuerzahler.

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Ausdehnung des befüllten Speichers größer wird als die beantragte und genehmigte Fläche, was dazu führen



### tarantel Nr. 39 (IV-12/2007)

Kirsten Tackmann. Chancen und Risiken erneuerbarer Energien in Brandenburg  
Energiepolitische Konferenz: Gedanken und Eindrücke  
LAG Ökologische Plattform in Baden-Württemberg gegründet  
Vor 10 Jahren starb Rudolf Bahro: Band mit Texten aus dem Nachlass erschienen mit PDS-Essay

### tarantel Nr. 40 (I-03/2008)

Oskar Lafontaine. Es ist unerlässlich, die Systemfrage zu stellen  
Beschluss des Parteivorstands. Energie wende-sozial, ökologisch, verträglich!  
Stefan Rahmstorf. Klimaveränderungen und die Ozeane



kann, dass konkurrierende Nutzungen in der weiteren Nachbarschaft, wie Geothermie, Druckluftspeicherung, Erdgasspeicher usw. verhindert werden. Möglich ist dadurch auch der Austritt von CO<sub>2</sub> oder salzhaltigen Tiefenwässern an weit von der Injektion entfernten Stellen - z.B. mitten in Berlin in einem Tiefgeschoss, wenn in Beeskow injiziert werden sollte.

Ein weiteres Langzeitrisko ist das langsame Ausgasen des Speichers, was zu einem zusätzlichen Treibhauseffekt führen würde, womit der vermeintliche Nutzen von CCS für den Klimaschutz zunichte gemacht wäre.

### Energiepolitische Folgerungen

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (WI), vor zwei Jahren noch ganz auf der Linie der angeblich klimaschützenden Brückentechnologie, zweifelt mittlerweile am Erfolg dieser Technik. Sie werde nicht, wie geplant, um das Jahr 2020 zur Verfügung stehen, sondern erst fünf bis zehn Jahre später. Schon bis 2030 könnte Strom aus EE zum gleichen Preis wie CCS-Strom produziert werden - damit entfielen die behauptete Notwendigkeit für CCS.

Ähnliche Überlegungen müssen den Brandenburgischen Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Die Linke) umgetrieben haben, als er eine Verkürzung der Klagewege beim CCS-Gesetz und damit eine Beschneidung von Bürgerrechten forderte. Mit der gleichzeitigen Ankündigung der Verdoppelung von Mitteln für erneuerbare Energien erzeugte er den Eindruck von Brandenburg als einem Absurdistan der Energiepolitik. Doch in der Öffentlichkeit und noch mehr in der eigenen Partei war der Protest derart unüberhörbar, dass er nur wenige Tage später den Rückzug antrat und sogar für Korrekturen am CCS-Gesetzesentwurf im Sinne Brandenburgs eintrat, den er nun für unausgegoren hält.<sup>8</sup>

Schärfste energie- und umweltpolitische Kritik kommt von den Wasserverbänden und von den beiden höchsten Beratungsgremien der Bundesregierung in Sachen Umweltpolitik, dem Sachverständigenrat für

Umweltfragen (SRU) und dem Umweltbundesamt (UBA).

Die Landesgruppe Norddeutschland des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft spricht sich dafür aus, „bei der Nutzung des Untergrundes,



Auch viele Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN protestierten mit auf der Anti-Atom-Demonstration am 18.09.2010.

der Trinkwassergewinnung grundsätzlich den Vorrang einzuräumen (...) Diese Forderung der Wasserversorgungsunternehmen wird vom unlängst novellierten Wasserhaushaltsgesetz gestützt, in welchem die nachhaltige Gewässerbewirtschaftung und damit auch das Grundwasser vor nachteiligen Auswirkungen geschützt ist. Es ist zu befürchten, dass durch ein CCS-Sondergesetz diese allgemein anerkannten wasserwirtschaftlichen Festlegungen ausgehöhlt und unterlaufen werden.“

Sowohl SRU als auch UBA kommen beinahe zeitgleich zu dem Ergebnis, dass bis 2050 eine Vollversorgung und Versorgungssicherheit allein „aus erneuerbaren Energien möglich ist.“<sup>9</sup> Der Sachverständigenrat übertrifft die kritische Haltung des Bundesamtes in Sachen CCS noch mit folgenden Formulierungen: „Weder eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken noch der Bauneuer Kohlekraftwerke mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung sind notwendig für den Übergang zur erneuerbaren Stromversorgung (...) Die konventionellen Kraftwerke sind auf Dauer nicht mit der erneuerbaren Stromer-

<sup>8</sup> MAZ, 18.8.2010.



#### tarantel Nr. 41 (II-06/2008)

Dorothee Menzner, Ulrich Maurer: Einstiege in den Ökologischen Plattformen in Niedersachsen, Thüringen und in Bayern  
 Ulla Lötzer: Energiewende statt Krieg um Rohstoffe  
 Hans Joachim Schnellhuber: Mögliche anthropogene Klimageschichte im Erdsystem  
 Erklärung des Bundestreffens der ÖP in Trier

<sup>9</sup> SRU: [www.umweltrat.de/clin/137/DE/Presse ...](http://www.umweltrat.de/clin/137/DE/Presse...) (06.5. 2009); [www.umweltbundesamt.de/PresseinformationNr.39/2010](http://www.umweltbundesamt.de/PresseinformationNr.39/2010).

zeugung vereinbar, da ihre Leistung nicht schnell genug an die Schwankungen der Wind- und Sonnenenergie angepasst werden kann. Das dauerhafte Nebeneinander von konventioneller und wachsender erneuerbarer Stromerzeugung würde das System ineffizient und unnötig teuer machen.“ Der Energieexperte des SRU, Olav Hohmeyer, stellte lapidar fest: „Für die Übergangszeit sind weder Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke erforderlich. Die Brücke zu den Erneuerbaren Energien steht bereits.“

## Fazit

CCS ist energiepolitisch völlig überflüssig; es ermöglicht eine überholte Energiepolitik mit zentralen Großkraftwerken und verlängert die klimaschädliche Kohlenutzung. Die nötigen Investitionen in dezentrale, rekommunalisierte und regenerativ ausgerichtete Energieversorgung auf der Basis von „intelligenten Netzen und Speicherungen“ wird behindert. Mit CCS wird zudem ein Gefahrenpotential aufgebaut, das leicht durch Verzicht vermeidbar wäre.

*Prof. Dr. Jürgen Rochlitz ist Gründungsmitglied der Partei Die Grünen in Rheinland-Pfalz. Er ist zum wissenschaftlichen Sachverständigen in die Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung“ des Bundestags berufen worden und seit 2002 Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Bis zu seiner Emeritierung 2001 leitete er die Organische Chemie an der Fachhochschule für Technik in Mannheim.*

Quelle:

*Junge Welt, 27.08.2010 (Nr.199), S.10 –11  
(<http://www.jungewelt.de/2010/08/27/005.php>)*

## CCS – Vergraben des Abfalls statt reduzieren an der Quelle

### Peter Schott

Das Problem ist bekannt, Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) trägt wesentlich zur Klimaerwärmung bei. Das Ziel ist deshalb klar vorgegeben, die CO<sub>2</sub>-Emissionen müss-

sen weltweit drastisch gesenkt werden. Die einfachen Lösungen für diese Zielsetzung werden seit langem diskutiert: Effizienz bei der Energienutzung und der flächendeckende Ausbau der erneuerbaren Energieträger. Ökonomische Anreize für eine solche Entwicklung wurden auf den globalen Klimakonferenzen der letzten 30 Jahren diskutiert und zumindest ansatzweise geschaffen.

Im Kyoto-Protokoll zum Beispiel wurde die schrittweise Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen beschlossen. Um dies zu erreichen, wird ein Emissionsrechtshandel betrieben, wobei Emissionszertifikate an Unternehmen ausgegeben werden und die Emissionsberechtigung jährlich ein wenig abnimmt. Was liegt nun für die Industrie, die bei ihrer Produktion viel CO<sub>2</sub> emittiert, und bei den Betreibern von Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen näher, als nach Lösungen zu suchen, die ihnen die bisherige Produktion in vollem Umfang erlaubt, aber trotzdem die CO<sub>2</sub>-Emissionen verringern? Die Antwort wurde schnell gefunden, weil es eine Antwort ist, die seit Beginn der industriellen Revolution gegeben wird. Die gasförmigen, flüssigen und festen Abfälle werden in erster Linie nicht bei ihrer Entstehung reduziert, sondern in die Luft abgelassen, in die Gewässer verfrachtet und im Boden vergraben.

Auf dieselbe Weise wird jetzt mit dem CO<sub>2</sub>-Verfahren. Unter dem Begriff CCS (=Carbon Capture and Storage) wird die technische Möglichkeit beschrieben, das CO<sub>2</sub> aufzufangen und im Boden zu lagern. Ein Verfahren, das erst seit 14 Jahren weltweit an einem einzigen Ort mit großen CO<sub>2</sub>-Mengen angewandt wird und bei dem deshalb noch keine ausreichenden Erfahrungen vorliegen, um das hohe Gefahrenpotenzial durch die CO<sub>2</sub>-Lagerung auszuschließen.

Das Erdgasfeld Sleipner-West, etwa 260 km westlich der norwegischen Küste gelegen und 1974 entdeckt, wird von der norwegischen Firma Statoil betrieben. Da das dort geförderte Erdgas einen hohen, nicht handelsüblichen CO<sub>2</sub>-Anteil aufweist, wird das CO<sub>2</sub> vor Ort abgetrennt, aber nicht in die Atmosphäre entlassen. Das CO<sub>2</sub> wird verdichtet und in einer Bohrung in rund 1000 m Tiefe in Sandstein verpresst. Seit 1996 werden jährlich etwa 1 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> gelagert, was der CO<sub>2</sub>-Emission von etwa 400000 Pkw entspricht. Nach Schätzungen des Sleipner-Konzerns können dort 600 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> gelagert werden. Zum Vergleich, jährlich werden weltweit 23 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> produziert.

### tarante Nr. 42 (III-09/2008)

Götz Brandt. Von der Illusion einer „neuen Art des Wirtschaftswachstums“ – Die Linke und ihre programmatischen Irrwege  
Al Gore. Eine Generationen-Herausforderung: Neue Energie für Amerika  
Jochen Stay. Billiges Versprechen  
Thomas Mölich, Mark Höstermann. 20000 Kilometer Wanderkorridore. Ein Rettungsnetz für die Wildkatze



Die CO<sub>2</sub>-Einlagerung auf der Sleipner-Bohrinsel hat ihre Ursache in den norwegischen Umweltgesetzen, seit 1991 wird in Norwegen eine hohe Emissionssteuer erhoben. So beschloss Statoil, das CO<sub>2</sub> aus Kostengründen im Boden zu vergraben. Die längerfristige Planung sieht vor, dass Kohlekraftwerke und Stahlwerke CO<sub>2</sub> auf dem Sleipner-Feld im Meeresboden einlagern lassen. So müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht reduziert werden und gleichzeitig wird das Kyoto-Protokoll eingehalten. Zumindest vorläufig, bis die natürlichen Speicher undicht werden. Dies wird aber vielleicht nicht in dieser Generation erfolgen.

Auch in Deutschland wird die CO<sub>2</sub>-Speicherung in der Erde bereits betrieben. Die Firma Linde AG liefert seit 2007 CO<sub>2</sub> von der Raffinerie in Leuna nach Ketzin in Brandenburg. CO<sub>2</sub> wird bei -25°C verflüssigt, in Tankwagen 175 km weit zum Ort der Ablagerung transportiert, dort wieder erwärmt und anschließend bei einem Druck von 70 bis 1000 barg gasförmig in die Lagerstätte in 700 m Tiefe gepumpt. Für die Linde AG ist das CCS zurzeit die wichtigste technologische Option zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Eine andere Energieversorgung zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist kein Thema. In Deutschland, wo aus den Kraftwerken in Deutschland jährlich etwa 350 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> emittieren, sollen nach Auskunft aus der Energiewirtschaft Speicher für 20 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> bestehen. Die CO<sub>2</sub>-Speicherung wird als Brückentechnologie bezeichnet, die in Deutschland etwa 40 Jahre lang betrieben werden soll, also solange, bis alle geologisch möglichen Speicher mit CO<sub>2</sub> gefüllt sind. Diese müssen dann 10000 Jahre lang dicht sein und deshalb ebenso lange überwacht werden. Die gleiche Überwachung gilt bei einigen Tausend Kilometer langen CO<sub>2</sub>-Leitungen vom Ort der Entstehung bis zum Bodenspeicher.

Heute bestehen bereits konkrete Pläne für mehrere Hundert Kilometer lange Rohrleitungen, unter anderem vom Braunkohlekraftwerk Hürth bei Köln bis zur Nordsee mit Abzweigungen in Richtung Ostsee. Mit großen CO<sub>2</sub>-Speichern bestehen bisher keine Praxiserfahrungen. Die ökologischen Risiken der CO<sub>2</sub>-Lagerung sind weitgehend unerforscht. Trotzdem wird bereits mit Grenzwerten gearbeitet, wie viel CO<sub>2</sub> jährlich maximal aus einem Speicher entweichen darf, ohne dass Umweltschäden entstehen können.

Die Gefahren durch hohe CO<sub>2</sub>-Konzentrationen sind erheblich. CO<sub>2</sub> unterhält nicht die Atmung und führt zum Ersticken. Bekanntes Beispiel ist der Nyos-See

in Kamerun, wo 1986 in dem See 1,6 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> freigesetzt wurden und die CO<sub>2</sub>-Wolke in einem „glücklicherweise“ nur gering besiedelten Gebiet 1700 Menschen und Tausende von Tieren tötete.

Außerdem kann CO<sub>2</sub> mit dem im Gestein vorhandenen Wasser eine leichte Säure bilden und das Speichergestein angreifen und zersetzen. Damit ist die Gefahr groß, dass die unterirdischen Speicher undicht werden.

Für das CCS werden von der Bundesregierung große Mengen Fördermittel zur Verfügung gestellt. Nicht der Umstieg auf die erneuerbaren Energieträger wird mit diesen vielen Millionen Euro gefördert, sondern das Verbuddeln von Schadstoffemissionen im Boden, damit die Energieversorgung nicht ökologisch akzeptabel geändert werden muss.

Hinzu kommt, dass für die Energiekonzerne die unterirdischen Speicher kostenfrei sein sollen. Außerdem soll die Haftung der Betreiber für Schäden und Risiken und die Kosten für die Überwachung zeitlich begrenzt werden. Dies und andere Vorteile für die CO<sub>2</sub>-Emittenten sind im Gesetzentwurf „zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid“ vom April 2009 verankert.

In § 31 steht unter „Übertragung der Verantwortung“ dass frühestens nach Ablauf von 30 Jahren, also nach 30 von etwa 10000 Jahren, der Betreiber verlangen kann, dass die Pflichten der Überwachung und der Kosten für Schäden am Speicher, Lecks usw. auf das zuständige Land übertragen werden.

Darauf hinzuweisen ist, dass nach der CCS-EU-Richtlinie in einem Mitgliedsstaat der EU keine CO<sub>2</sub>-Speicherung durchgeführt werden muss.

Schon allein die Bezeichnung des Gesetzentwurfs ist irreführend. „Gesetz zur Demonstration der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid“ vermittelt, dass eine dauerhafte und sichere Lagerung von CO<sub>2</sub> in der Erde möglich wäre. Dies kann nach den heutigen Erkenntnissen jedoch in keiner Weise beurteilt werden.

In § 1 wird das Interesse des Klimaschutzes aufgeführt. Die CO<sub>2</sub>-Speicherung in der Erde sei „im Interesse des Klimaschutzes“ und im Interesse „einer möglichst sicheren, effizienten und umweltverträglichen Energieversorgung“. Das Verbuddeln der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Erde ist keine umweltverträgliche Lösung.

„Die Verantwortung für zukünftige Generationen“, wie im Gesetzentwurf steht, klingt gerade zu zynisch. Die nachfolgenden Generationen müssen sich 10000 Jahre lang damit beschäftigen, das CO<sub>2</sub> si-



**tarantel Nr. 43 (IV-12/2008)**

Götz Brandt. Ist die Welt noch zu retten?  
 Michael Machatschek. Der Ökolandbau kappt seine Wurzeln  
 Ralf Henrichs. Das CDU-Programm und die Ökologie  
 Damian Arikas. Wieviele Braunkohletagebaue in der Lausitz brauchen wir?  
 Volksbegehren "Kein neuen Tagebaue" bis 09.02.2009 unterschreiben!

**tarantel Nr. 44 (I-03/2009)**

Angelika Zahrt. Ein ökologischer Kurswechsel ist nötig  
 Anträge an den Europaparteitag der Partei DIE LINKE  
 Evo Morales. Klimawandel. Vom Prinzip der Solidarität  
 Götz Brandt. Die LINKE braucht eine Theorie der „ökologischen Ökonomie“



cher in der Erde zu behalten. Der Fall ist eher wahrscheinlich, dass in Zukunft die Speicher aus Sicherheits-, aber auch aus Kostengründen wieder langsam geleert werden müssen. Der Effekt, CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre zu entziehen, wird, in einem längeren Zeitraum betrachtet, mit großer Wahrscheinlichkeit gleich Null sein.

Interessant ist, dass selbst aus Kreisen der Stromwirtschaft verlautet, dass kein natürlicher Speicher vollkommendicht sein kann. Damit werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen nur zeitlich verschoben, ein wirksamer Klimaschutz ist mit dem CCS nicht gegeben.

Der kurzfristige Nutzen der CCS-Technologie liegt darin, dass die Energieversorgungsunternehmen und die Industriebetriebe mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen enorme Kosten sparen, indem sie den CO<sub>2</sub>-Müll mit Steuergeldern in der Erde vergraben. Langfristig verursacht dieses Vorgehen hohe volkswirtschaftliche Kosten und ein hohes Risiko für die menschliche Gesundheit.

## Emissionshandelseinnahmen für Erneuerbare, nicht für CCS!

### Eva Bulling-Schröter

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Hype um Carbon Capture and Storage (CCS) ist mittlerweile unerträglich. Als liege die Lösung unserer Klimaprobleme tief in der Erde. Immer mehr stellen sich jedoch heraus, dass die Abscheidung und unterirdische Speicherung von Kohlendioxid ein Irrweg ist. Zuletzt musste die Höhe der verfügbaren Speicher deutlich nach unten korrigiert werden. Bis vor kurzem wurde auf Basis von Abschätzungen des Bundesamts für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) davon ausgegangen, dass die verfügbaren Speicherformationen in Deutschland potentiell eine CO<sub>2</sub>-Menge von 12 bis 28 Gigatonnen (Gt) aufnehmen könnten. Dann wäre Platz für ungefähr 30 bis 60 Jahre Verpressung, geht man von den heutigen Kraftwerksemissionen von rund 390 Millionen CO<sub>2</sub> und der niedrigeren Effizienz der CCS-Kraftwerke aus. Im Mittelwert entspräche diese Zeit ungefähr dem Ausstoß einer Kraftwerksgeneration.

Das Wuppertal-Institut hat in seinem Zwischenbericht zur Studie RECCS plus diese Abschätzung in

Frage gestellt. Es rechnet nur mit 6 bis 12 Gigatonnen. Auf eine ähnliche Größenordnung kommt neuerdings auch das BGR selbst in einer aktualisierten Berechnung. Damit reduziert sich die Zeit, in welcher der gesamte heutige Kraftwerkspark seine CO<sub>2</sub>-Emissionen mittels CCS unter die Erde bringen könnte, ungefähr auf die Hälfte, nämlich auf 15 bis 30 Jahre. Das wäre dann nur noch eine halbe Kraftwerksgeneration.

Berücksichtigt man nun noch, dass aus Wirtschaftlichkeitsgründen für Kraftwerke eigentlich nur Speicher in Frage kommen, die eine größere Kapazität haben als 50 Millionen Tonnen, so sind wir nun noch am unteren Rand, nämlich bei gerade einmal 6 Gt. Und auch dies ist eine sehr theoretische Zahl, denn die Erkundungen stehen erst am Anfang. Wie viele Räume wegen geologischen Störungen oder Konflikten mit anderen unterirdischen Nutzungen, wie etwa Geothermie, ausgeschlossen werden müssen, ist noch weitgehend unbekannt.

Ferner werden beim Verpressen die bestehenden Formationswässer verdrängt, was natürlich Druck erzeugt und das Fassungsvermögen der Speicher zusätzlich vermindern wird.

Zudem sind in obiger Rechnung die prozessbedingten Emissionen der Industrie (85 Millionen Tonnen) oder die viel diskutierte Speicherung von Biomasseemissionen als Option für den Nettoentzug von Treibhausgasen aus der Atmosphäre noch gar nicht berücksichtigt. Sie würden die Speicherzeit noch weiter verkürzen. All dies zeigt: Mit enormem Aufwand wird nun eine Technik entwickelt, die noch nicht einmal eine halbe Kraftwerksgeneration genutzt werden kann, weil dann die Speicher voll wären!

Die Menge des CO<sub>2</sub>, die jedes Jahr tatsächlich verpresst werden kann, ist zudem technisch begrenzt. Dies wird merkwürdigerweise in der Debatte bislang kaum berücksichtigt. Doch wegen dem höchstmöglichen Verpressungsdruck, der maximalen unterirdischen Ausbreitungsgeschwindigkeit etc. könnten jährlich maximal nur etwa 50 bis 75 Millionen Tonne gespeichert werden. Diesen Flaschenhals in dieser Größenordnung beschrieb Dr. J. Peter Gerling vom BGR bei der IZ-Klima-Tagung im Januar 2010 in Berlin. Stimmt dies, so würden die Speicher zwar länger reichen. Allerdings würde das CCS-System dann gerade einmal leistungsfähig genug sein, um in jedem Jahr die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industrie unter die Erde zu bringen.

Wer also ernst meint mit der Argumentation, nach der CCS auf jeden Fall für die Industrieemissionen genutzt werden müsse, da dieses sich prozessbedingt

### tarantel Nr. 45 (II-06/2009)

Franz Groll. Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft  
Götz Brandt. Die Naturfrage bei Marx

Hermann Scheer. Die Ausnahmen sind System: Das Drama der Klimakonferenzen

Mal richtig abschalten! Aufruf zur bundesweiten Demonstration gegen Atomenergie am 5. September 2009 in Berlin  
Laurie Guevara-Stone. Viva la Revolución Energética . Kubahat in zwei kurzen Jahren alle Länder im Sinne

von Energieeffizienz überholt  
Götz Brandt. Die LINKE braucht eine Theorie der „Ökologischen Ökonomie“



kaum vermeiden ließen, müsste in Bezug auf Kohlekraftwerke konsequent sein: Für die parallele Verpressung von Emissionen aus Kohlekraftwerken bietet das CCS-Regime schlicht keinen Platz!

Und genau deshalb dürfen auch keine Fördermittel für Demonstrationsvorhaben fließen, die sich mit der CO<sub>2</sub>-Abscheidung aus Kohlekraftwerken beschäftigen. Da gehen wir mit der Forderung der Grünen mit.

Der Grünen-Antrag weist auch auf die Möglichkeit hin, Biomasse-CO<sub>2</sub> ab Mitte des Jahrhunderts abzuscheiden und zu verpressen, um der Atmosphäre netto CO<sub>2</sub> zu entziehen.

Wir sind da skeptisch. Denn die angedachte Verpressung von Emissionen aus Biomassekraftwerken würde wahrscheinlich energetisch unfug sein: CCS ist wegen der teuren Abscheidungstechnik und der punktförmigen Verpressung ein im Wesen zentralistisch ausgerichtetes System. Biomasseanlagen dagegen – wenn sie energetisch Sinn machen sollen – sind dezentral ausgerichtet. Nur so lässt sich aus überschaubaren Räumen regional Biomasse beziehen, nur so finden sich Abnehmer für die anfallende Wärme. Setzt man hier CCS ein, so würde aus Tausenden Kilometern ferne Biomasse angekarrt werden müssen. Zudem müsste die Wärme in den meisten Fällen in die Luft geblasen werden. Beides sind unserer Ansicht keine Optionen für eine zukunftsfähige Energiewirtschaft.

Insgesamt sieht die LINKE in CCS keinen Beitrag zur Lösung der Klimaprobleme.

Das Technologieversprechen kommt erst nach 2020 zum Einsatz, also zu spät – wenn es den überhaupt Realität wird. Die Erneuerbaren sind dagegen heute schon verfügbar.

Die Kosten von CCS sind absurd hoch, und die Effizienz der Kraftwerke verringert sich.

Außerdem sind die Risiken der Verpressung weitgehend unbekannt. Über den zähen Widerstand der Bevölkerung vor Ort werden sich die Befürworter noch wundern. Gorleben lässt grüßen!

Vor allem aber sind CCS-Kraftwerke nicht mit einem Energiesystem vereinbar, in dem mehr als ein Drittel erneuerbare Energien eingespeist werden. Dies hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen mehrmals betont. Gerade die fluktuierende Windkraft erfordert in der Übergangsphase zur Vollversorgung flexible fossile Kraftwerke, wie Gasturbinen, um Berge und Täler bei der Erzeugung auszugleichen. CCS-Kraftwerke sind dafür viel zu träge und würden darüber hinaus unrentabel, wenn sie ständig runtergefahren werden müssten.

Diese ist sie übrigens mit der Atomkraft.

Mittel für die Forschung und für Demonstrationsvorhaben sollten darum vor allem für regenerative Energien und neue innovative Speicherlösungen ausgegeben werden. Bei CCS eingesetzt sind es von vornherein eingesträndete Investitionen.

Quelle:

Bundestag, Zusatzpunkt – zu Protokoll, 08.07.2010, <http://www.linksfraktion.de/reden/emissionshandelseinnahmen-erneuerbare-nicht-ccs/>

## Atomkraft abschaffen! – Die Zukunft ist erneuerbar!

### Resolution der Energiekonferenz Hamburg 3./4. September 2010

Die Energiekonferenz der Fraktionen DIE LINKE in den Bürgerschaften Bremen und Hamburg, in den Landtagen Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und im Bundestag beschließt folgende Resolution Hamburg, den 4. September 2010

#### Präambel

Wir stehen vor einem heißen Herbst. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Energiepolitik ist in vollem Gange. Es gibt Anzeigenkampagnen der Atom-Lobby auf der einen und geplante Demonstrationen und Blockaden der Anti-Atom-Bewegung auf der anderen Seite. Die Bundesregierung hat sich auf die Seite der Atomkonzerne geschlagen. Der Streit um die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ist nur der Gipfel des Eisbergs. In den nächsten Wochen und Monaten geht es um die Energieversorgung der Zukunft. Wird der fossile nukleare Status quo zementiert oder der Ausbau erneuerbarer Energien konsequent vorangetrieben? Denn Atom- und Kohle meilenblockieren diesen Ausbau. Sie passen schon rein technisch nicht in ein erneuerbares Energien orientiertes Energiesystem. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung sieht daher die „Notwendigkeit einer Systementscheidung“.



#### tarantel Nr. 46 (III-09/2009)

Katrin Lompscher, Es geht nicht ohne Verbote. Bis zum Herbst ist ein besonders weitreichendes Klimaschutzgesetz  
Björn Schering, Atom-Stopp. Konzept zur Stilllegung der 17 Atomkraftwerke in Deutschland innerhalb der 17. Wahlperiode  
Bruno Kern, Öko-kapitalistische Illusionen. Energiewende zwischen infantilen Fantasien und Ernüchterung

Weltweit wird derzeit das hohe Lied von der angeblichen „Renaissance der Atomkraft“ gesungen. Atomkraft soll massiv ausgebaut werden, obwohl auch Uran ein endlicher Rohstoff ist. Selbst wenn man die atomare Katastrophe in Kauf nehmen und die Anzahl der derzeit 439 Atomkraftwerke weltweit verdoppeln würde, lassen sich damit Energieprobleme nicht lösen. Der am Anfang des Atomwahnsinns stehende Uranabbau ist ein dreckiges Geschäft. Er ist ein Raubzug gegen die Natur, gefährdet Menschenleben und findet zu Dreiviertel auf indigenem Boden statt. Wir brauchen eine ganz andere Energiepolitik. Die technischen Voraussetzungen dafür sind längst gegeben. Die Kombination aus Energiesparen und Versorgung mit regenerativer Energie könnte Atomstrom und Strom aus fossilen Energieträgern mittelfristig ersetzen. Die sogenannte Stromlücke, die Drohung „das Licht ginge aus“, das Gerede von der „Brückentechnologie“ sind Propagandalügen der Energiekonzerne. Die Entscheidung für eine Energiewende ist also keine Frage der technischen Realisierung, es ist eine Frage des politischen Willens. In den bestehenden marktradikalen kapitalistischen Strukturen wird es keine Energiewende und vor allem keine soziale Energiewende geben. Sie ist nur durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen, durch eine Demokratisierung der Energieversorgung und vor allem durch massive öffentliche Investitionen zu erreichen. Die Weichen für eine vollständig erneuerbare und damit dauerhaft klimafreundliche und sozial gerechte Stromversorgung im Jahr 2050 werden nicht 2020 oder 2030, sondern heute gestellt. Gemeinsam mit der Anti-Atom-Bewegung werden wir für die richtige Weichenstellung und den unverzüglichen, unumkehrbaren Atomausstieg kämpfen, auch auf Straßen und Schienen.

## I. Atomkraft abschaffen!

### 1. Atomkraftwerke: Die Gefahr stilllegen!

Der unter Rot-Grün beschlossene „Atomkonsens“ von 2000/2001 stellt keinen Atomausstieg dar. Statt dessen garantiert der „Konsens“ einen reibungslosen Betriebsablauf der AKWs. Steuerfreie Rückstellungen in Milliardenhöhe bleiben gesichert; dadurch verfügen die Energiekonzerne über „günstige Hausbanken“ für ihre wirtschaftliche Expansion. Die garantierten Reststrommengen dienen allein den Profitinteressen der Atomindustrie. Die Stilllegung besonders unsicherer AKW kann durch Strommengen-

- übertragen und reduzierte Stromerzeugung verzögert werden.
- Die sogenannte „Eignungshöflichkeit“, d.h. die Hoffnung auf Eignung des Salzstocks Gorleben als Endlager, wurde bestätigt, und die Inbetriebnahme von Schacht Konrad zugesichert. Zu ASSE II und zu den Sanierungskosten enthält der „Konsens“ bewusst kein Wort, d.h. es bleibt dabei: Diese Kosten trägt die öffentliche Hand – also wir alle.
- Der schwarz-gelbe Plan einer Laufzeitverlängerung um 10, 20 oder mehr Jahre wäre also die Verschlechterung eines sowieso schon katastrophalen Zustands. Für jedes Jahr zusätzliche Laufzeit der 17 Reaktoren könnten sich die Energiekonzerne mindestens sieben Milliarden Euro Gewinn in die Taschen stecken. Jedes weitere Atomstromjahr bedeutet auch: Die Energieversorger sichern ihre Monopolstellung auf dem Strommarkt und der notwendige Einstieg in eine konsequente Energiewende wird verhindert.
- **Die Energiekonferenz fordert deshalb:** Alle Atomreaktoren müssen durch ein Atomstilllegungsgesetz unverzüglich und endgültig stillgelegt werden. Die Abwicklung der AKW soll durch ein transparentes Verfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit festgelegt werden. Die Betreiber tragen die Kosten. Bei Verweigerung der unverzüglichen Stilllegung werden außerdem alle Atomanlagen per Bundesgesetz, verfassungsgemäß nach Grundgesetz, vergesellschaftet. Die steuerfreien Rückstellungen der Energiekonzerne werden dann in einen öffentlichen Fonds überführt. Als Sofortmaßnahme muss in jedem Fall ein ausreichender Versicherungsschutz durch die Energiekonzerne finanziert und damit die indirekte Subvention sofort beendet werden.

### 2. Atomtransporte und globale Atomwirtschaft

Deutschland - und insbesondere Norddeutschland - ist zu einer Drehscheibe für die globale Ver- und Entsorgung der Atomwirtschaft geworden. Hunderte internationale Atomtransporte gingen und gehen nachweislich über Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Ob Atombrennstoffe oder deren Rohmaterial, ob Atom Müll oder sonstige radioaktive Stoffe - die Transportzahlen steigen. Die Kapazitäten der Urananreicherungsanlage in Gronau sollen perspektivisch verdoppelt werden. Auch der Druck auf die geplante Lagerung in den Anlagen Schacht Konrad und Gorleben steigt an. Das Risiko ist groß, dass selbst nach einem Ende der Laufzeit-

**tarantel Nr. 47 (IV-12/2009)**  
 BUND. Ökologie: Deutschland kann mehr. Die BUND-Bewertung des Koalitionsvertrages von Union und FDP  
 Elmar Altvater. Marschins Treibhaus  
 Presseerklärung der LINKEN im Europaparlament. Klimaschutzabkommen ja - atomarer Energiemix, nein danke!  
 Marko Ferst. Das Kreuz mit der Kohle. Wird rot-rote Umweltpolitik in Brandenburg ein Erfolgsmodell?  
 Stellungnahme des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform beider LINKEN zum Koalitionsvertrag des Landes Brandenburg zwischen SPD und LINKEN



ten für Atomkraftwerke Deutschland ein Logistikstandort der globalen Atomwirtschaft bleiben wird. Ein Ausstieg ist aber nur dann ein Ausstieg, wenn neben der Stilllegung aller deutschen Atomkraftwerke auch keinerlei logistische Unterstützung für den globalen Atomwahn mehr gibt. Niemand kann außerdem die Sicherheit von Atomtransporten aus der Bundesrepublik über beispielsweise Frankreich, Belgien, USA, Kanada, Südkorea, Russland garantieren. Die Verwendung der radioaktiven Stoffe ist letztendlich nicht mehr zu kontrollieren. Anreicherungsfähiges und damit atomwaffenfähiges Material steht überall zur Verfügung. Damit sind die globale Zunahme der Atomtransporte und der Ausbau der Atomlogistik auch ein wesentlicher Beitrag zur atomaren Aufrüstung.

**Die Energiekonferenz fordert deshalb:**

Deutschland muss vollständig aus der globalen Atomwirtschaft aussteigen. Es darf keinerlei Unterstützung mehr geben, in welcher Form auch immer. Alle Atomversorgungs- und Atom Mülltransporte müssen bis auf die zum Abbauder Atomanlagen umgänglichen sofort gestoppt werden. Jede Beteiligung am Uranabbau muss verboten werden. Die atomare Anreicherung muss ebenfalls sofort verboten werden. Atomforschung soll sich auf Strahlenschutz und die Sicherung atomarer Abfälle beschränken. Atomwaffen sind weltweit zu züchten.

**3. Atom Müll: verscharrt, verschaukelt, vertuscht**

Es gibt keine sichere Endlagerungstechnologie, und eine endgültige „Entsorgung“ wird es auch nie geben. Die Geschichte der Atomenergie ist eine Geschichte der maßgeschneiderten Bedingungen für die Bedürfnisse der Atomindustrie. Das hat der ASSE II-Skandal einmal mehr bewiesen. Ein Kartell aus politischen Parteien, versagenden Behörden und hörigen Wissenschaftlern hat diese Bedürfnisse stet neu im Interesse und auch im Auftrag der Energiekonzerne formuliert. Dies zeigt die Skrupellosigkeit der Atombefürworter im Umgang mit radioaktiven Stoffen. Das Medium Salz ist aufgrund seiner Wassergängigkeiten und seiner chemischen Eigenschaften für eine Atom Mülllagerung nicht geeignet. Das zeigen die Erfahrungen aus ASSE II und Morsleben. Der Salzstock Gorleben ist zur Lagerung von Atom Müll, der Hunderttausende von Jahren strahlt, nicht geeignet. Das Deckgebirge ist nicht intakt, Laugenester befinden sich im Salzstock, und Oberflächenwasser wird über die Gorlebener Rinne zu laufen. Für ein Lager in tiefen geologischen Formationen ist

nicht erkennbar, ob die Gesteinsschichten ungestört und homogen sind. Somit ist auch das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad nicht mehr in Betracht zu ziehen. Bei untertägiger Lagerung besteht grundsätzlich die Gefahr der radioaktiven Verseuchung des Grundwassers. Ein seriöses Verfahren für eine Lagersuche war und ist aber politisch nicht gewollt, Konzepte zum Umgang mit Atom Müll können nur mit vollkommener Transparenz und unter Beteiligung der Bevölkerung eingeleitet werden. Auch in den oberirdischen Zwischenlagern tickt eine täglich wachsende atomare Fracht als Zeitbombe. Nur ein unverzüglicher Atomausstieg kann diese Gefahr verringern.

**Die Energiekonferenz fordert deshalb:**

Der weitere Ausbau des Salzstocks Gorleben unter dem Deckmantel der Erkundung muss sofort abgebrochen und Gorleben als Standort aufgegeben und zurückgebaut werden. Schacht Konrad darf nicht in Betrieb genommen werden. Eine unverzügliche, vollständige Rückholung des Atom Mülls aus ASSE II und Morsleben ist alternativlos. Anwohner und Beschäftigte dürfen dabei nicht gefährdet werden. Atom Müll muss jederzeit kontrollierbar und Entscheidungen der Lagerung müssen reversibel sein. Unter dieser Prämisse muss die Frage der Atom Mülllagerung neu aufgerollt werden. Wir brauchen ein neues Konzept, das nicht davon ausgeht, dass man sich des Atom Mülls ein für allemal entledigen kann.

**II. Die Zukunft ist erneuerbar!**

**1. Erneuerbare Energie und Netze ausbauen!**

Der Einstieg ins erneuerbare Zeitalter fängt mit einem Abschied an. Das Konzept „Grundlastkraftwerk“ mit Atom und Kohle steht einem konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien entgegen. Die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien ist natürlichen Schwankungen unterworfen. Zum Ausgleich dieser Schwankungen werden als „Brückentechnologie“ schnell regulierbare Kraftwerke gebraucht – also genau das Gegenteil der unflexiblen Grundlastkraftwerke mit Kohle und Atom. Die Abscheidung und unterirdische Verpressung von CO<sub>2</sub> (CCS) zementiert das Grundlast-Konzept von gestern. CCS ist teuer, unsicher und daher schon lange vor seiner großtechnischen Anwendbarkeit eine überholte Technologie.

Die Technologie für die Energiewende existiert. Die bisherige Infrastruktur des Stromsektors bildet abe



**tarantel Nr. 48 (I-03/2010)**

Friedrich Sixel. Überlegungen zur Systemveränderung  
 Götz Brandt. Die LINKe muss gleichermaßen sozial wie ökologisch sein  
 Marko Ferst. Ökologische Utopie eines solidarischen Zivilisations  
 Heiko Balsmeyer. Nureinleeres Endlager ist ein cheres Endlager

**tarantel Nr. 49 (II-06/2010)**

Saral Sarkar. Ökosozialismus oder "Green New Deal". Ist ökologisches Wachstum noch möglich? Entwicklung statt Wachstum  
 Bundestreffender Ökologischen Plattform  
 Marko Ferst. Die Lehren aus Tschernobyl für Deutschland





ein Nadelöhr für den Ausbau erneuerbarer Energien. Energiespeicher existieren kaum, die Stromnetze sind noch auf „Grundlast“ gepolt. Die großen Übertragungsnetzbetreiber folgen nur ihren Profitinteressen, der notwendige Ausbau wird verschleppt. Die bisher gesetzlich vorgeschriebene vorrangige Einspeisung von erneuerbaren Energien steht unter Schwarz-Gelb kurz vor dem Kippen, mit Verweis auf fehlende technische Möglichkeiten, die die Energiekonzerne selbst verursacht haben. Kohle- und Atomkraftwerke sollen so am Netz gehalten werden. Nur mit einer gesetzlichen Grundlage kann ein zielgenauer und für alle Beteiligten planbarer Ausstieg aus der Kohle gewährleistet werden. Nur so ist der notwendige Wandel in den bisher vom Bergbaue geprägten Regionen ökologisch und sozial ausgewogen zu gestalten.

**Die Energiekonferenz fordert deshalb:**

Das Energiesystem muss endlich auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Neben der unverzüglichen Stilllegung der Atomkraftwerke müssen Neubauten von Kohlekraftwerken verhindert werden. Statte eines Emissionshandelsmarktes für neue Profite fordern wir ein Kohleausstiegsgesetz mit festen Restlaufzeiten für die bestehenden Kohlekraftwerke. Energiespeicher müssen massiv ausgebaut und der europäische Energieverbund gestärkt werden. Wir brauchen massive Investitionen in Regelungs-technologie für eine Kombination aus lokaler, regionaler Energieversorgung und einem großen Verbund. Die Einspeisung und Preisgestaltung muss transparent erfolgen und demokratisch kontrolliert werden. Die großen Stromübertragungsnetze müssen ausgebaut und an die neue Strategie angepasst werden, damit sie den neuen Ansprüchen flexibler Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energiengenenügen. Der Ausbau der Verteilnetze muss durch sogenannte intelligente Stromnetze (smart grids) zur Optimierung von Einspeisung und Verbrauch ergänzt werden.

**2. Rekommunalisierung: Energiekonzerne entmachten!**

Mehr als zehn Jahre nach der sogenannten Liberalisierung des Stromsektors haben die vier großen



Nachdem Demonstrationsende blieb der Atom Müll vor dem Bundeskanzleramt zurück.

Energiekonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW eine unverändert marktbeherrschende Stellung im Großhandelsmarkt. Sie verfügen über 80 Prozent der Kraftwerksleistung, kontrollieren nach wie vor einen beachtlichen Teil der Übertragungs- und Verteilnetze sowie durch Beteiligungen einen großen Teil regionaler und kommunaler Energieversorger. Sie arbeiten rein profitorientiert und dienen nicht der Daseinsvorsorge. Sie sind der demokratischen Kontrolle entzogen. Durch den mit der Anzeigenkampagne im August 2010 verbreiteten energiepolitischen Appell an die Bundesregierung wurde auch der hohe Grad der gesellschaftlichen Organisation dieser Macht offenbar. Hinter Öko-Rhetorik verbirgt sich in -allerdings recht plumper - Erpressungsversuch der Politik durch die vier großen Energiekonzerne. Dieses Vorgehen hat eine unsägliche Tradition, denn ein großer Teil der Gesetze im Energiebereich geht auf den Einfluss der Energiekonzerne und ihre Verflechtung mit den jeweiligen Bundesregierungen zurück.

**Die Energiekonferenz fordert deshalb:**

Die Bürgerinnen und Bürger müssen ihre demokratische Gestaltungsmacht wiedergewinnen, die Energieversorgung muss wieder zum Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge werden. Die Energieversorgung ist eine Frage des Allgemeinwohls und muss wieder in öffentliche Verantwortung überführt werden. Zur Durchsetzung fordern wir die Vergesellschaftung der Energiekonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW. Die Stromübertragungsnetze müssen



Die alte „Atomkraft Nein Danke“-Sonne aus den Achtziger Jahren ist auch das Banner der Energiekonferenz und 4. September.

igernzierte auch das Banner der Energiekonferenz

erLINKEN in Hamburg am 3.

zum Restbuchwert an die öffentliche Hand überführt, Konzessionsverträge mit privaten Netzbetreibern für Verteilnetze beendet werden. Durch eine Reform der Kommunalfinanzierung müssen Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, Stadtwerkebeteiligungen der Energiekonzerne zurückkaufen zu können. Das Gemeindefinanzierungsrecht muss von bestehenden Beschränkungen befreit werden, damit die Kommunen endlich wieder am Gemeinwohl- und nicht am Profit orientiert - wirtschaftlich gestalten können.

### 3. Stadtwerke der Zukunft: sozial, ökologisch, demokratisch!

Staatskonzerne wie Vattenfall, die agieren wie private Energiekonzerne, sind keine Lösung. Auch Stadtwerke sind kein Modell, wenn sie in die fossile und atomare Stromerzeugung eingebunden sind. Eine gesetzliche Verpflichtung öffentlicher Unternehmen zu 100% erneuerbarer Energieversorgung gibt es bisher nicht. Weitere Probleme sind Verfilzung, Klientelwirtschaft und Intransparenz. Die parlamentarische Kontrolle ist geschwächt, findet gar nichts oder wird bewusst unterlaufen. Eine Einwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung gibt es kaum. Deshalb sind neue Formen öffentlichen Eigentums und der demokratischen Partizipation zwingend notwendig, damit Stadtwerke transparent und im Sinne sozialer und ökologischer Ziele handeln. Möglich sind Abstimmungen über grundlegende Entscheidungen, die z.B. parallel zu Parlamentswahlen oder in EinwohnerInnenversammlungen stattfinden könnten. In Deutschland nimmt außerdem die Energiearmut zu, wird jedoch politisch ignoriert. Der Energiekonzern E.ON kündigte mehreren tausend Gaskunden, die von ihrem gesetzlichen Recht auf Preisminderung Gebrauch machen. Insgesamt wurden 840000 Haushalte im Jahre 2007 vom Strom abgeklemmt.

#### Die Energiekonferenz fordert deshalb:

Energieversorgung ist und bleibt ein Grundrecht! Stadtwerke in öffentlicher Hand müssen die Energiefrage konsequent vorantreiben. Dabei sollte die Energieversorgung mit anderen Bereichen der Daseinsvorsorge, wie etwa Verkehr und Wohnungswirtschaft, im Interesse der Bürgerschaft gekoppelt werden. Stadtwerke müssen Sozialtarife oder eine kostenlose Grundversorgung anbieten, mit linear steigenden Energiepreisen über dieses Grundkontingent hinaus. Abklemmungen von Strom, Wasser, Gas und Wärme müssen verboten werden. Die vollständige Umstellung kommunaler Energieversorgung auf 100% erneuerbare Energien wird gesetzlich mit einem festen Zeitplan vorgeschrieben. Stadtwerke ermöglichen direkt demokratische Einflussnahme der EinwohnerInnen im Versorgungsgebiet durch Leitentscheidungen zu zentralen Fragen, wie z.B. die Verwendung der Erlöse. In kommunaler Hoheit lassen sich am besten Projekte der Energieeffizienz und der umfassenden Nutzung erneuerbarer Energien verwirklichen. Träger dieser Entwicklung sind in erster Linie Stadtwerke in öffentlichem Eigentum, aber auch Energiegenossenschaften und Energieini-

tiativen, die sich das Ziel setzen, ihre jeweilige Region vollständig regenerativ zu gestalten.

Quelle:

[http://www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/energiekonferenz/die\\_resolution/bzw.\\_http://www.linksfraktion-hamburg.de/fileadmin/user\\_upload/Energiekonferenz/Resolution-Energiekonferenz\\_04\\_09\\_2010\\_2010.pdf](http://www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/energiekonferenz/die_resolution/bzw._http://www.linksfraktion-hamburg.de/fileadmin/user_upload/Energiekonferenz/Resolution-Energiekonferenz_04_09_2010_2010.pdf)

## GEWÄSSERSCHUTZ

### Besondere Herausforderungen und Ansprüche an den Gewässer- und Hochwasserschutz

Sabine Stüber

Frau/Herr Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Thema Gewässer- und Hochwasserschutz wird immer dann aktuell, wenn die Resultate von jahrelangen Versäumnissen in aller Härte spürbar werden. Nämlich dann, wenn es Hochwasser gibt. Das Vorsorgeprinzip verlangt aber, vor Eintreten der Katastrophe Maßnahmen zu ergreifen, die diese zumindest eindämmen oder bestenfalls sogar ganz verhindern. Deshalb würde ich mir eine Beschäftigung des Parlaments mit dem für viele Menschen existenziellen Thema „Hochwasserschutz“ auch mal unabhängig von aktuellen Hochwasserereignissen wünschen. Die bedeutendsten Klimaprognosen für den mitteleuropäischen Raum sagen voraus, dass sich fortschreitend die Jahresniederschlagsmengen auf immer weniger, aber umso heftigere Niederschlagsereignisse verteilen werden. Das stellt bereits heute, da wir die ersten Auswirkungen dieser Entwicklung zu spüren bekommen, besondere Herausforderungen und Ansprüche an den Gewässer- und Hochwasserschutz.

Die Forderungen nach einem integrierten Hochwasserschutzkonzept sind sinnvoll und begrüßenswert, in der vorliegenden Form aber nicht konsequent genug. Sie wären besser angelegt in konkreten Gesetzesänderungen oder Programmen. In den Anträgen findet sich unserer Meinung nach auch die europäische Komponente nicht ausreichend wieder. Eine bessere Koordinierung als bloße Formulierung reicht nicht aus, denn hier muss schnellstens gehandelt werden. Höhere Deiche in Brandenburg allein sind zwar gut für die örtliche Bevölkerung. Sie können aber nicht die Lösung des Problems sein, wenn auf der anderen Seite der Oder ganze Dörfer unter Wasser stehen. Hochwasser kennt keine Grenzen. Grenzenloses Denken und Planen muss auch Leit-

schnur jeder Hochwasserpolitik sein.

Die Wechselwirkungen zwischen Fluss und Aue beeinflussen maßgeblich den ökologischen Zustand beider Lebensräume. Flussauen haben vielfältige Funktionen. Sie dienen als Lebensraum, als Biotopverbundachsen, sie sorgen für sauberes Grundwasser und sind Erholungsräume. Als Retentionsräume für Flüsse dienen sie auch dem Hochwasserschutz.

Der Schutz von Flussauen ist daher ein wichtiger Bestandteil zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, die uns verpflichtet, bis 2015 für einen guten ökologischen und chemischen Zustand der Gewässer zu sorgen. Aus dem Auenenschutzbericht geht allerdings hervor, dass die Auen in Deutschland ihre Funktion als Lebensraum, Wasserfilter und Überflutungsflächen nicht ausreicherend erfüllen.

Deshalb begrüßt DIE LINKE den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, der die Bundesregierung auffordert, die Ergebnisse des Auenenschutzberichtes endlich in konkretes Handeln umzusetzen.

Wir stimmen zu, dass die Einbeziehung der verschiedenen Akteure zum überregionalen Ausgleich unterschiedlicher Nutzungsinteressen erforderlich ist. Genauso hoch schätzen wir auch den jeweiligen regionalen Interessenausgleich ein. Hier erinnere ich noch einmal an das geglückte Beispiel der Deichrückverlegung an der Elbe bei Lenzen. Dort entstanden 425 Hektar Überflutungsfläche, und nach Initialpflanzung wächst seit 10 Jahren auf 300 Hektar Auwald. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass es gehen kann, wenn der politische Wille vorhanden ist. Dass es aber gravierende Defizite gibt, zeigen die Ziele für Feuchtgebiete und Moore in der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, die bis heute nicht erreicht sind. Deshalb geht uns der Antrag der SPD zum Schutz von Nass- und Feuchtgebieten auch nicht weit genug. Für uns ist es wichtig, dass Prioritäten gesetzt werden, die in konkretem Handeln münden statt allgemeiner Erklärungen zum Ernst der Lage.

Um ein Beispiel zu nennen: Moore bedecken nur 3 Prozent der Landfläche, binden aber 30% des terrestrischen Kohlenstoffs in sich. Das zeigt, welche Bedeutung ihnen nicht nur für die Artenvielfalt, sondern auch für den Klimaschutz zukommt. Moorschutz hat daher höchste Priorität! Die Länder sind aufgefordert, Moorschutzkonzepte zu erstellen. Als Grundlage müssen Zustandsbewertungen her als Basis für einen flächendeckenden Moorschutz. Ein Umbruchverbot von Moorböden kann nur ordnungsrechtlich durchgesetzt werden. Dazu muss sich die Bundesregierung für eine konsequente Umsteuerung der EU-Agrarpolitik in diesem Punkte einsetzen.

Intensive Landnutzung, Begradigung von Flüssen und Dezimierung natürlicher Auenflächen muss mit konkreten Programmen begegnet werden – durch Renaturierung von Gewässern, Rückverlegung von Deichen und Verbesserung der Wasserrückhaltefähigkeit von Mooren und Feuchtgebieten. Die Bundesregierung ist gefordert, endlich die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, es ist höchste Zeit.

Ich danke.

Quelle:

Bundestag, Rede zum Protokoll der Plenarsitzung am 17.06.2010 Top 21, <http://www.linksfraktion.de/reden/besondere-herausforderungen-ansprueche-gew-aesser-hochwasserschutz/>

## **DIE LINKE: Landesregierung muss Ramsauers Elbeausbau stoppen!**

### **Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag**

Die Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag fordert die Niedersächsische Landesregierung und Bundesverkehrsminister Ramsauer auf, umgehend die Ausbauvorhaben an der Elbe zu stoppen. „Ramsauer selbst hat angekündigt, Maßnahmen stoppen zu wollen, die einer kritischen Nutzen-Kosten-Analyse nicht standhalten“, sagte der umweltpolitische Sprecher der Fraktion, Kurt Herzog. Konkret sprach Ramsauer davon, nur noch Verkehrsprojekte mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis von mehr als 4 umsetzen zu wollen.“ Damit sei sowohl das 400-Millionen-Projekt der Vertiefung von Außen- und Untere Elbe vom Tisch als auch der völlig unsinnige weitere Ausbau der mittleren Elbe. „Die mittlere Elbe ist der letzte halbwegs naturbelassene große Fluss in Deutschland. Die von CDU und FDP gewollte ganzjährige Schiffbarmachung mit einer Fahrrinnen-tiefe von 1,60m ist eine Illusion. Im Schnitt fährt dort momentan auch weg der monatlichen Niedrigwasserstände 1 bis 2 Schiffe pro Tag. Das sind läppische 900000t pro Jahr“, so Herzog weiter. Über den parallel verlaufenden Elbe-Seiten-Kanal würde dagegen ca. das 30-Fache an Lasten transportiert. Ramsauer müsse umgehend eine belastbare Nutzen-Kosten-Rechnung für die mittlere Elbe vorlegen. „Das wäre das sofortige Ende für diese Schimäre des weiteren Ausbaus“, so Herzog weiter. Die vorgesehene halbe Milliarde € für die ökologisch und ökonomisch unsinnigen Ausbaumaßnahmen am Flussbett der Elbe sollte deshalb umgehend in eine Ertüchtigung des Scharnebecker Schiffshebewerks gesteckt werden, um das Nadelöhr in dem Elbe-Seiten-Kanal zu beheben, forderte der Umweltpolitiker der LINKEN. „Auf dem Papier haben das Landtag und Umweltminister auch schon gefordert. Die praktische Politik ist das Gegenteil.“

Quelle

Presseerklärung, 23.06.2010, <http://wendland-net.de/index.php/artikel/20100623/die-linke-landesregierung-muss-ramsauers-elbeausbau-stoppe-39877>

Der Kapitalismus hat nichts so sehr zu fürchten wie seine Vollendung

Rudolf Leonhard

# FORSTWIRTSCHAFT

## EUaktivgegenHolzausRaubbau

Sabine Wils

„Ich bin froh, dass das Europäische Parlament den Weg für ein Holzhandelsgesetz freigemacht hat. Die EU spricht sich nun klar gegen Holz aus illegalen Quellen aus“, kommentiert die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Dr. Kirsten Tackmann, die heutige Zustimmung des Europaparlaments zur „EU-Verordnung über die Verpflichtung von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr zu bringen“.

„Die langen Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, der EU-Kommission und dem Ministerrat haben zu einem Kompromiss geführt. Das ist ein wichtiger erster Schritt. Die EU macht klar: Wir wollen kein Raubbau-Holz! Wir werden dagegen vorgehen“, so die Umweltexpertin der LINKEN im Europaparlament Sabine Wils. „Nachdem das EP sich nun entschieden hat, der illegalen Rodung den Kampf anzusagen, muss nun nur noch der Agrarministerrat zustimmen. Das dürfte eine Formsache sein, da es sich um einen monatelang verhandelten Kompromiss handelt“, so Wils weiter.

Tackmann ergänzt: „DIE LINKE im Bundestag hat gemeinsam mit vielen Umwelt- und Naturschutzverbänden die Bundesregierung mehrfach aufgefordert, ihre Blockadehaltung aufzugeben und sich aktiv für den Urwaldschutz einzusetzen. Dass diese Korrektur erreicht wurde, ist gut für die nachhaltig wirtschaftende Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland und Europa. Sie braucht politische Unterstützung für den wirkungsvollen Kampf gegen Raubbauholz. Dieses Holz gefährdet wichtige Naturschutzprojekte im Süden, fördert illegale Strukturen und drückt den legalen Holzpreis.“

Quelle:

Presseerklärung, Strasbourg/Berlin, 07.07.2010, [http://www.dielinke-europa.eu/nc/wir\\_in\\_europa/sabine\\_wils/presseerklarungen/detail/zurueck/presseerklarungen-10/artikel/eu-aktiv-gegen-holz-aus-raubbau](http://www.dielinke-europa.eu/nc/wir_in_europa/sabine_wils/presseerklarungen/detail/zurueck/presseerklarungen-10/artikel/eu-aktiv-gegen-holz-aus-raubbau)

Es ist nicht gesagt, dass es besser wird, wenn es anders wird. Wenn es aber besser werden soll, muss es anders werden.

Georg Christoph Lichtenberg

Das Krisengerede lügt: Denn der Kapitalismus ist nicht bedroht. Er ist die Bedrohung.

Georg Schramm

# BÜCHERECKE

## Die Welt im Soja-Wahn

Norbert Suchanek

Seit mehr als vier Jahrzehnten ist Soja sprichwörtlich in aller Munde. Sei es – als Futtermittel – im Schweine- oder Rindersteak, als Butter, Hühner- und Putenschnitzel, sei es direkt als Soja-Milch, Tofu, Miso und Sojasoße oder als Rohstoff in Margarine, Fleisch- oder Käse-Imitat und in Tausenden von anderen Produkten der erfindungsreichen Nahrungsmittelindustrie. Von der Schokolade bis zur Tütensuppe, von der Eiscreme bis zur Semmel: Soja-Bestandteile wie Lecithin, Sojaöl oder Sojamehl stecken fast überall drin, ohne dass wir es wissen. Selbst im „traditionellen“, den Franzosen eigentlich heiligen Baguette, ist Sojamehl zugelassen. Doch nicht nur in Lebensmitteln ist Soja allgegenwärtig. Inhaltsstoffe der an Eiweiß reichen Wunderbohne finden ebenso in vielen technischen Produkten wie Farben und Lacke Anwendung. Auch in Dynamit (TNT) kann Soja-Glyzerin stecken.

Der Löwenanteil der jährlich über 200 Millionen Tonnen weltweit geernteten Sojabohnen landet seit Jahrzehnten allerdings in den Futtertrögen. Über 60 Prozent der global verwendeten Eiweißfuttermittel sind Sojaschrot. Für einen Liter Milch werden durchschnittlich 50 Gramm Soja, für ein Kilogramm Schweinefleisch 540 Gramm Soja und für ein Kilogramm Rindfleisch gar fast die gleiche Menge an Soja (920 Gramm) als Futtermittel benötigt. Ohne Massen von importiertem Soja als Mastfutter ist Nordamerikas, Europas, Chinas und Japans tierquälerische Massentierhaltung kaum denkbar. So auch in Deutschland. Nach Berechnungen des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) nimmt der derzeitige Sojabedarf der deutschen Tierproduktion rund 28000 km<sup>2</sup> (2,8 Mill. Hektar) Anbaufläche in Übersee ein – und damit eine Fläche größer als Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Saarland. „Unsere Kühe weiden am Rio de la Plata“ – Mit diesem nach wie vor gültigen Spruch haben bereits vor gut 20 Jahren Entwicklungsorganisationen auf die Problematik der Futtererzeugung für deutsche Milchkühe in Brasilien hingewiesen. Geändert hat sich nichts. Die ökologischen und sozialen Folgen sind dramatisch: In Lateinamerika wurden Millionen von Hektar artenreiche Trocken- und Regenwaldgebiete, Naturweiden und kleinbäuerliche Kulturräume für Soja vernichtet, Tausende von Menschen aus ihren traditionellen Lebensräumen vertrieben, Dutzende von Flüssen mit Pestiziden verseucht.

\* Anmerkung d. Red.: Japanische Paste aus Sojabohnen mit bestimmten Anteilen von Getreide, z. B. Reis oder Gerste; nach Dämpfung erfolgt Gärung mit bestimmtem Schimmelpilz; traditionelles chinesisches Herstellungsverfahren.

Früher richtete sich die Kritik am Soja-Anbau in Lateinamerika noch hauptsächlich daran, dass die eiweißreichen „Wunderbohnen“ nur an Tiere verfüttert werden und nicht zur direkten Bekämpfung des Hungers in Welt dienen. Nicht zur Debatte stand der von der Soja-Lobby über Jahrzehnte hinweg clever aufgebaute Mythos der China-Bohne als gesundes Nahrungsmittel für jung und alt und als idealer Fleischersatz für Vegetarier. Doch seit einigen Jahren entzaubern wissenschaftliche Studien zunehmend diesen Soja-Gesundheitskult. Statt uns vor Krebs, Herzanfall oder Menopause zu schützen, scheint der regelmäßige Konsum moderner Sojaprodukte eher das Gegenteil zu bewirken.

Während sich diese Kritik und Skepsis gegenüber den gesundheitsfördernden Eigenschaften der Sojabohne in deren bisherigen Hauptverbraucherregionen, den USA und Europa, nach und nach mehr Raumschafft, weitet das Agrobusiness die Monokulturen unbekümmert aus und schafft sich neue Absatzmärkte vor allem in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern. Nicht Europa, sondern China ist heute der größte Importeur von Soja aus den USA und Lateinamerika. Gleichzeitig schickt sich die mächtige Soja-Lobby an, nicht nur neue Absatzmärkte, sondern auch neue Anbaugelände in Paraguay, Bolivien aber auch in den afrikanischen Flächenstaaten Angola und Mosambik zu schaffen.

Verarbeitet als Biodiesel soll Soja-Öl nun das Klima retten, und die Verbreitung der Massentierhaltung auf Basis von Sojaschrot soll den Amazonasregenwald vor der Abholzung bewahren. Selbst der wachsende Hunger in der Welt dient dem Agrobusiness heutzutage als „Verkaufsargument“. „Nachhaltig“ angebautes Gen-Soja soll es möglich machen, die weltweit knappe eine Milliarde hungernden Menschen zu ernähren.

Höchste Zeit also für ein Buch über Soja, das kein Blatt vor den Mund nimmt! Auf dem Spiel stehen nicht nur Artenvielfalt und zahllose bäuerliche Existenzen, sondern ebenso die Gesundheit von Millionen von Menschen. Dabei geht es nicht darum, die Bohne aus Ostasien mit Stumpf und Stiel zu verdämmen, sondern sie wieder auf ihren rechten, eher bescheidenen Platz im menschlichen Nahrungsspektrum zu rücken, wo sie seit Anbeginn ihrer Nutzung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hingehörte. *Suchanek, Norbert: Der Soja-Wahn. Wie eine Bohne ins Zwielicht gerät. Oekom 2010, 109 S., ISBN 978-3865812162, 8,95 €*

## „Könnt Ihr denn mit der Erde tun, was Ihr wollt?“

Manfred Wolf

Die Titelfrage stellt der Duwamish-Häuptling Seattle im Jahre 1855 in einer Rede vor dem amerikani-

- schen Kongress. Anlass zu dieser Redegabe in Angebot des amerikanischen Präsidenten Franklin Pierce, das Land der Duwamish-Indianer an weiße Siedler zu verkaufen. Seattle konnte zwar nicht ver-  
- stehen, wie man die Wärme der Erde, das Glitzern des Wassers, die frische Luft und den Himmel über der Erde, also Güter, die eigentlich niemandem ge-  
- hören, kaufen und verkaufen könne, sagte aber in seiner anrührenden Rede, sie würden das Angebot bedenken, denn sie wüssten auch, wenn sie nicht verkauften, käme der weiße Mann mit Gewehren und würde sich das Land einfach nehmen.  
Und er stellte dem weißen Mann Bedingungen für den Fall des Verkaufs, wie er mit ihrem Land, dem Land ihrer Väter und Kinder, umzugehen habe.  
Die Rede Seattles kann beim heutigen Lesernur hohe Achtung gegenüber indigenen Völkern, im speziellen Falle indianischen, für deren Verständnis d  
er  
Einheitlichkeit der Natur, als deren Bestandteil si  
e  
sich selbst sehen, und ihr sich daraus ergebenden Umgangsmittel der Erde hervorrufen.  
Rita Kindler versucht, Seattle aus heutiger Sicht  
ine  
Antwort zu geben und darzulegen, welche Bemühungen es in Deutschland zur Reduzierung des Landschaftsverbrauchs gibt. Diese Antwort fällt ihr schwer, weil sie ihm sagen muss, wie heutzutage,  
- über anderthalb Jahrhunderte nach seiner bedeutenden Rede vor dem Kongress, noch immer mit unserer Mutter Erde umgegangen wird, wie Tag für Tag  
- mit Gütern, die allen gehören, im Interesse des Pro  
- fits spekuliert wird, durch Versiegelung und Zersie  
d-  
lung große Flächen fruchtbarer Erde ihrer natürlichen, lebenserhaltenden Bestimmung entzogen werden.  
Sie kann aber auch darauf verweisen, dass immer mehr Menschen diese Entwicklung als verhängnisvoll erkennen, es mittlerweile auch schon zaghafte Ansätze gibt, mit ökonomischen und ordnungspolitischen Mitteln die um sich greifende Natur- und Flächenzerstörung einzudämmen. Aber mit großer Zuversicht hält sie sich zurück, denn sie muss in ihr  
er  
Antwort dem Häuptling auch sagen, dass die gegenwärtig noch wirkenden ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung noch viel stärker sind als erste zaghafte Versuche einer Veränderung, dass ein Umdenken sehr schwer, aber eben die Voraussetzung für eine Alternative zur herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist.  
Tom Kirschey möchte mit seiner Vermutung „Vielleicht liegt darin die Bedeutung der Häuptlingsrede...?“ den Menschen in den Industrieländern eigentlich ins Gewissen reden. Das von Rita Kindler angemahnte Umdenken sei sicher deshalb so schwer, weil uns unsere eigenen ökonomischen Belange immer noch viel wichtiger sind, als der Schutz  
z  
unserer Mitbewesen, der Schutz der ganz globalen Natur. Es fällt uns immer noch viel leichter, i  
n  
anderen Regionen der Welt die Erhaltung der Regenwälder zu fordern als z.B. bei uns für den Hunger der Kormorane oder der Wölfe Verständnis aufzubringen.

Wer die sehr empfehlenswerte Schrift zur Hand nimmt, wird sie sicher in einem Zug durchlesen. Rita empfiehlt in ihrer Bescheidenheit, besonders auf die Rede Seattles und ihren Wert vor allem für junge Menschen zu verweisen. Aber ihre Informationen über den neuesten Stand in Sachen Flächenverbrauch sind für alle Interessierten ebenfalls sehr wichtig zu kennen.

Rita Kindler ist Autorin einschlägiger Fachbücher, u.a. „Landschaftsfraß – Flächenwende in Sicht?“ (edition bodoni, Berlin 2004). Für die Ökologische Plattform schrieb sie für die „Beiträge zur Umweltpolitik“ die Broschüre 1/2006 „Bodeneigentum – Bodenspekulation – Landschaftsfraß“.

Tom Kirschey ist Vorsitzender des NABU Brandenburg.

*Rita Kindler, Tom Kirschey: Können wir denn mit der Erde tun, was wir wollen?, edition bodoni 2010, ISBN 978-3-940781-14-7, 16,- €*

## Volksbegehren über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben „Schluss mit den Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück!“

Träger: Berliner Wassertisch

Die zweite Stufe des Volksbegehrens läuft noch bis zum 27.10.2010. Bis dahin müssen ca. 173000 Unterschriften gesammelt werden.

Zunächst wollte der Berliner Senat das Volksbegehren verbieten, das Landesverfassungsgericht befand das Anliegen aber rechtmäßig. Die Offenlegung der geheimen Privatisierungsverträge ist für alle Berliner Bürger von Bedeutung. Dieser wichtige Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge muss unbedingt wieder in die volle staatliche Verantwortung übernommen und den Profitinteressen der Großkonzerne entzogen werden!

## Abbildungen

Titelseite:

Annerose Fogel fotografierte die Teilnehmer der Sitzung des Koordinierungsrats der Ökologischen Plattform in Berlin am 10.10.2009.

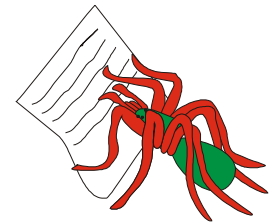
S.7,19,24,31:

Die Bilder von der Anti-Atom-Demonstration in Berlin am 18.09.2010 stellte G. Franke zur Verfügung.

## Autorenangaben

Brandt, Götz: Sprecherrat der Ökologischen Plattform  
Bulling-Schröter, Eva: Umweltpolitische Sprecherin der BTF DIE LINKE, Vorsitzende Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Methling, Wolfgang: siehe Beitrag  
Paulitz, Henrik: siehe Beitrag  
Rochlitz, Jürgen: siehe Beitrag  
Schott, Peter: in den 90er Jahren Sprecherrat der Ökologischen  
Stüber, Sabine: Abgeordnete der BTF DIE LINKE  
Wils, Sabine: Europaabgeordnete der LINKEN in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen  
Wolf, Manfred: Sprecherrat der Ökologischen Plattform

## Entdeckung: *Tarentula erythroecologica* LINKE



Der Redaktionist es nach 15 Jahren endlich gelungen, beim Großreinemachen im Zusammenhang mit dem planmäßigen Wechsel der Redakteure im letzten Winkel des Redaktionskammerleins ein Exemplar der mysteriösen Spinne zu finden, die offenbar der Namensgeber unserer Zeitschrift gewesen sein muss. (Es war aber leider nicht mehr zu ermitteln, wer damals aufgrund welchen Umstands diesen Namen erfand bzw. diese Spinne gesichtet zu haben scheint.) Das ausgewachsene Exemplar machte einen relativ harmlosen, aber recht vitalen Eindruck, wie es sich in seiner Ecke an altem Hochglanzpapier mit Bekennnissen zum Wirtschaftswachstum abarbeitete. Offenbar stellt unsere Namensgeberin eine zoologische Besonderheit dar, denn wieder geneigte Leser wissen wird, sind Spinnen ja eigentlich räuberisch veranlagt. Es kann noch keine Aussage darüber gemacht werden, ob die Art gefährdet ist. – Weitere Exemplare haben wir bisher nicht feststellen können. Vorsicht halber werden wir uns bemühen, sie in die Rote Liste der bedrohten Arten aufnehmen zu lassen. Denn der ökologische Aspekt der Parteipolitik der LINKEN stellt sich immer noch als zu gering entwickelt dar, vom Wirtschaftswachstum wird immer noch vehement geredet. Wir suchen Mitarbeiter – nein, keine Pfleger für unser kleines Spinnenmaskottchen; ihr werden wir nur genügend „Wachstums“-Dokumente zur Verfügung stellen müssen, von denen noch stapelweise Material vorhanden ist; sondern aktive Mitstreiter für die Zeitschrift und die Ökologische Plattform!

## Inhaltsverzeichnis

		„Könnt Ihr denn mit der Erde tun, was Ihr wollt?“ <i>Manfred Wolf</i>	35
INEIGENERSACHE	1	Volksbegehren über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben „Schluss mit den Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück!“	36
Dank an die Redaktion <i>Manfred Wolf</i>	1		
PROGRAMMDISKUSSION	1		
Weiterer Schritt der Verständigung über Grundsatzfragen des Programmentwurfs <i>Götz Brandt, Manfred Wolf</i>			
Sozial und ökologisch. Die Zentralität der ökologischen Frage erfordert Zentralität der ökologischen Antwort. Ein Beitrag zur Programmdiskussion <i>Wolfgang Methling</i>	2		
GRUNDSATZFRAGEN UND PERSPEKTIVEN	5		
Wachsen und Weichen – Produktion, Lebensweise und Konsum umwälzen <i>Detlef Bimboes</i>	5		
KLIMA UND ENERGIE	7		
„Die Ursache für Klimawandel liegt im Kapitalismus“. Abkommender Völker <i>Erklärung der Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde</i>	7		
Für eine kriegs-präventive dezentrale Energiewirtschaft in Bürgerhand. Desertec-Kritik <i>Henrik Paulitz</i>	14		
Brisanter Gigantismus. Hintergrund CCS: Sachgasse des Klimaschutzes – Methode zur Versenkung von Steuergeldern <i>Jürgen Rochlitz</i>	19		
CCS – Vergraben des Abfalls statt reduzieren an der Quelle <i>Peter Schott</i>	25		
Emissionshandelseinnahmen für Erneuerbare, nicht für CCS! <i>Eva Bulling-Schröter</i>	27		
Atomkraft abschaffen! – Die Zukunft ist erneuerbar! <i>Resolution der Energiekonferenz Hamburg 3./4. September 2010</i>	28		
GEWÄSSERSCHUTZ	32		
Besondere Herausforderungen und Ansprüche an den Gewässer- und Hochwasserschutz <i>Sabine Stüber</i>	32		
DIE LINKE: Landesregierung muss Ramsauers Elbe ausbauen stoppen! <i>Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag</i>	33		
FORSTWIRTSCHAFT	34		
EU aktiv gegen Holz aus Raubbau <i>Sabine Wils</i>	34		
BÜCHERECKE	34		
Die Welt im Soja-Wahn <i>Norbert Suchanek</i>	34		

## Impressum

Kontakt:  
Ökologische Plattform beider Parteien DIE LINKE  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
oekoplattform@die-linke.de  
www.oekologische-plattform.de



Herausgeber:  
Sprecherrat der Ökologischen Plattform

Redaktion:  
zeitschrift-oekoplattform@web.de  
(ausschließlich für Veröffentlichungen)

Redaktionsschluss: 23.09.2010  
Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat.  
Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik INEIGENERSACHE von der Redaktion.

geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.11.2010

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) bzw. [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) verfügbar.

Bestellung/Adressänderung:  
kontakt-oekoplattform@web.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:  
Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000  
C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

## Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen beider Adressen sowie Abonnement der Tarantel und des Mailverteilers (Newsletter) bitte über kontakt-oekoplattform@web.de.

### Bundesebene

#### Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de, oekoplattform@die-linke.de  
Manfred Wolf, Tel. 0302411127, manfredwolfberlin@gmx.de  
Petra Beck, pcbe@gmx.net  
Marko Ferst, marko@ferst.de  
Götz Brandt, Prof. Goetz.Brandt@t-online.de  
Mailverteiler (Newsletter):  
Anmeldung unter kontakt-oekoplattform@web.de

#### BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Prof. Dr. Wolfgang Methling (Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de

#### Bundestag

Eva Bulling-Schroeter (Vorsitzende Umweltausschuss), Tel. 03022772485, Fax 03022776485  
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de  
Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel. 030227-73167, Fax 030227-76166, dorothee.menzner@bundestag.de  
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030227-72638, Fax 030227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de  
Sabine Stüber (MdB, Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz), Tel. 030227-72138, Fax 030227-76138, sabine.stueber@bundestag.de

#### Landesebene

**Baden-Württemberg** Ökologische Plattform  
Heinrich Dubell, Heggbacher Str. 41, 88477 Schönbühl, h.dubell@online.de

#### Bayern

LAG Umwelt  
Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 08413796284, Fax 08418814230, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de; Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

#### Berlin

LAG Umwelt  
Marion Platta (MdB, umweltpolitische Sprecherin), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 03023252550, Fax 03023252515, platta@linksfraktion-berlin.de

#### Brandenburg

LAG Umwelt  
Peter Engert (Sprecher), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel. 03361344351  
Carolin Steinmetzer-Mann (MdB, umweltpolitische Sprecherin), Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

#### Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, umweltpolitischer Sprecher), Tiefer 8, 28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

#### Hamburg

AG Umwelt, Energie, Verkehr  
Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de  
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, umweltpolitische Sprecherin), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

#### Hessen

ÖPF Hessen  
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421163873, hajo.zeller@web.de  
Marjana Schott (MdB, umwelt- und landwirtschaftspolitische Sprecherin), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

#### Mecklenburg-Vorpommern

Wolfgang Griese (MdB, energie- und umweltpolitische Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.griese@dielinke.landtag-mv.de  
Birgit Schwebs (MdB, finanz- und verkehrspolitische Sprecherin), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, Tel. 03820363519, b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de

**Niedersachsen** ÖPF Niedersachsen  
Heinz Preuß (ÖPF Niedersachsen, Koordinierungsrat ÖPF Bund), Sedanstr. 6, 31787 Hameln, Tel. 05151409481, Hpborusso@aol.com  
Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover, rolf.koehne@arcor.de  
Kurt Herzog (MdB, umweltpolitischer Sprecher), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, kurt.herzog@lt.niedersachsen.de

#### Nordrhein-Westfalen

ÖPF Nordrhein-Westfalen  
www.oepf-nrw.de  
Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, Tel. 015118479447, ralfhenrichs@gmx.de  
Jörg Bütefür, Spittlerstr. 24, 45144 Essen, joerg.buetefuer@gmx.de

#### Rheinland-Pfalz

LAG ÖPF Rheinland-Pfalz  
www.oepf-rlp.de  
Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de  
Wolfgang Huste, whuste@aol.com

#### Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdB, umwelt- und tierschutzpolitische Sprecherin), Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

#### Sachsen

ADELE – ÖPF Sachsen  
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 03589135290, an-sa-kunze@t-online.de  
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 03419424882, micha.lauter@web.de  
Dr. Reinhard Natke (Koordinierungsrat ÖPF Bund), Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 017498484127, drnatke@web.de  
Dr. Jana Pinka (MdB, umwelt- und technologiepolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, jana.pinka@slt.sachsen.de,  
Dr. Monika Runge (MdB, energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, monika.runge@slt.sachsen.de

#### Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt  
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 034529418-63, Fax 034529418-64  
Angelika Hunger (MdB, Sprecherin Verbraucherschutz und Energiepolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de  
Andre Lüderitz (MdB, Sprecher Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

#### Schleswig-Holstein

ÖPF Schleswig-Holstein  
Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe, silke.mahrt@web.de  
Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz, Flensburg, Tel. 04633966624, dettmergruenefeld@hotmail.com

#### Thüringen

ÖPF Thüringen  
oekosozialisten.de  
Dr. Johanna Scheringer-Wright, johanna@scheringer.de  
Thomas Pätzold, webmaster@oekosozialisten.de  
Tilo Kummer (MdB, landwirtschaftspolitischer Sprecher), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 03613772317, kummer@die-linke-thl.de  
Katja Wolf (MdB, umweltpolitische Sprecherin), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, wolf@die-linke-thl.de

#### linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de  
www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt  
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 03044339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf